14.15

GB

Geschäftsbericht

INDUSTRIE.BASIS

PERSPEKTIVEN

Nichteisen-Metalle
Symbol der modernen Gesellschaft

WVM
WirtschaftsVereinigung Metalle

02 / 23

Gesellschaft

Die Nichteisen-Metallindustrie wird ihrer Verantwortung gegenüber einer aufmerksamen und anspruchsvollen Gesellschaft gerecht. Unsere Branche steht für ein umsichtiges Wachstum, welches die Aspekte Nachhaltigkeit und Zukunftsvorsorge impliziert. Die Unternehmen übernehmen soziale Verantwortung vor Ort. Zugleich ist die Nichteisen-Metallindustrie offen für den Dialog und beteiligt sich aktiv an gesellschaftlichen Debatten. Der WVM-Geschäftsbericht spiegelt diese Verantwortung der Grundstoffindustrie für das Industrieland Deutschland wider und informiert über die Leistungen der Branche. Die Leserinnen und Leser finden Positionen und Botschaften, die zur Diskussion und zum Dialog einladen.

24 / 61

Politik

Die WVM versteht sich als Mittler zwischen Industrie und Politik. Die politischen Themenbereiche Rohstoffe, Energie, Umwelt, Gesundheit, Steuern, Handel, Europa sowie Chemikalien stehen im Mittelpunkt unserer fachlichen Arbeit. Wir greifen gesellschaftspolitische Entwicklungen und Themen aktiv auf und formulieren Interessen und Anliegen unserer Branche transparent. Dabei sind wir mit Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft in einem beständigen Dialog. Als Netzwerker und in strategischen Allianzen tragen Verband und Unternehmen ihren Teil bei zu einem erfolgreichen Industriestandort Deutschland. Der Jahresbericht präsentiert und erläutert die Positionen der WVM.

62 / 93

Konjunktur und Statistik

Die Metallindustrie zählt zu den industriellen Führungsbranchen in Deutschland und Europa. Nichteisen-Metalle bestimmen in vielfältiger Art die Lebenswelt einer modernen Industriegesellschaft: Eine große Zahl von Werkstoffen und Produkten, geschlossene Wertschöpfungsketten, große unternehmerische Vielfalt und die enge Vernetzung mit anderen Industriezweigen formen ein unverwechselbares Branchenbild. 657 Unternehmen mit 108.000 Beschäftigten erwirtschafteten im Jahr 2014 Umsätze von über 45 Milliarden Euro. Der statistische Anhang öffnet den Blick in die ökonomische Struktur der deutschen Nichteisen-Metallindustrie und liefert Zahlen und Fakten zur Lage der Branche.

01

GESELLSCHAFT

Gesellschaft

METALLE FÜR DIE GESELLSCHAFT

Metalle für eine moderne Gesellschaft

02 – 23

Politische und gesellschaftliche Positionen der Nichteisen-Metallindustrie

02 **Editorial**
Oliver Bell, Franziska Erdle und Martin Kneer

04 **Wachstum braucht mehr Fürsprecher**
Oliver Bell, Präsident der WirtschaftsVereinigung Metalle

10 **Haltung schafft Vertrauen**
Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der WirtschaftsVereinigung Metalle

16 **Verbände sind Seismographen der Veränderung**
Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer der WirtschaftsVereinigung Metalle 1998–2015

22 **Interview mit Matthias Machnig**
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

23 **Interview mit Dr. Jürgen Heraeus**
WVM-Präsident 1985–1990

„Die Industrie wird die Basis für einen erfolgreichen und ausgewogenen Standort Deutschland bleiben.“

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wenn der Wind der Veränderung weht, bauen manche Schutzmauern, andere Windräder. Das Schutzbedürfnis dominiert das aktuelle Lebensgefühl in Deutschland und nimmt politisch immer breiteren Raum ein. Politik und Institutionen sehen sich auf zahlreichen Feldern einer wachsenden Skepsis der Bürger gegenüber. Die Bedenken nehmen Bezug auf die Zukunft unserer Gemeinschaftswahrung Euro, außerdem auf neue Infrastrukturprojekte bis hin zu Wachstum und Freihandel und sind oftmals mit rationalen Argumenten nicht zu erklären. Fakten können in einem solch emotionalisierten Umfeld nur sehr schwer überzeugen.

Unsere Gesellschaft steht, bewusst oder unbewusst, vor großen Herausforderungen. Wie lässt sich der demographische Wandel aktiv gestalten? Wie verändert sich die Arbeitswelt im Zuge der Digitalisierung? Und wie können wir unseren Wohlstand und den unserer Kinder im internationalen Wettbewerb erhalten?

Deutschland war nie ein Land der Revolution aber sehr wohl der Evolution, des Wachstums. Dieser Weg muss mutig weiter beschritten werden, anstatt dem Stillstand hinter den Schutzmauern zu großen Raum zu gewähren. In die Diskussion über Wachstumskritik muss die Zukunft der sozialen Sicherung inkludiert werden. Ein Wachstumsverzicht wird automatisch zu Verteilungskämpfen führen und einen Generationenkonflikt nach sich ziehen.

Unsere Branche setzt weiterhin auf Wachstum – nachhaltig und verantwortungsbewusst. Unsere Unternehmen übernehmen aktiv soziale Verantwortung und engagieren sich vor Ort. Die Industrie wird damit die Basis für einen erfolgreichen und ausgewogenen Standort Deutschland bleiben.

„Wer lebt, muss auf Wechsel gefasst sein“, schrieb schon Goethe, und auch zwei Jahrhunderte später hat sich daran nichts geändert. Ob Industrie 4.0 oder Energiewende – wir alle sind täglich mit Veränderungen konfrontiert. Die WVM ist zukunftsoffen und setzt auch bei diesen Themen weiterhin auf den Dialog. Schließlich ist unsere Branche ein wichtiger Teil des Wandels: Ohne Nichteisen-Metalle wäre weder eine fortschreitende Digitalisierung noch eine Energiewende möglich. Mit unseren Werkstoffen bauen wir die Windräder, die sich im Wind der Veränderung drehen.

Auch in der WVM hat es im Februar 2015 mit dem Wechsel in der Hauptgeschäftsführung eine Veränderung gegeben. Ein weitere steht im Mai 2015 mit der Wahl eines neuen Präsidenten an. Wir schauen dankbar auf die vergangenen Jahre und frohgemut in die Zukunft. Dieser Geschäftsbericht ist ein Ausdruck unserer Haltung.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf den weiteren Dialog mit Ihnen.

Oliver Bell
Präsident

Franziska Erdle
Hauptgeschäftsführerin

Martin Kneer
Hauptgeschäftsführer 1998–2015

Wachstum braucht mehr Fürsprecher

Unternehmer setzen schon heute auf verantwortungsbewusstes Wachstum

Oliver Bell, Präsident der WirtschaftsVereinigung Metalle

Wann ist Wachstum eigentlich Wachstum? Vor kaum zwei Jahrzehnten war eine positive Wirtschaftsentwicklung erst dann Wachstum, wenn die jährliche Zunahme des Bruttoinlandprodukts mindestens eine Drei vor dem Komma aufwies. Heute loben wir eine Volkswirtschaft als Wachstumslokomotive, wenn die ökonomische Gesamtleistung eines Jahres um ein Prozent oder weniger gegenüber dem Vorjahr ansteigt.

Was ist in diesem Zeitraum von zweimal zehn Jahren passiert? Die Wachstumserwartungen sind bescheidener geworden. Die Einstellung vieler Menschen gegenüber der wichtigsten ökonomischen Bemessungsgrundlage für Erfolg hat sich verändert. Der Begriffs- und Wertewandel zu Lasten des Wachstums beschleunigt sich sogar. Wer auf Wachstum setzt, steht heute auf einer Verteidigungsposition und morgen vielleicht schon im Abseits.

Der natürliche Partner des Wachstums ist Freihandel. Ohne Güteraustausch ist Wachstum unmöglich.

Wohlstandsmehrung durch Wachstum war lange Zeit gesellschaftlicher Konsens und eines der wichtigsten Gestaltungsziele im Sinne der Ordnungspolitik. Jeder Standort produziert das, was er am besten kann, und importiert die Dinge, die anderswo preiswerter oder hochwertiger hergestellt werden können. Durch diese einfache Distinktion der Produktion kann insgesamt mehr und besser produziert werden – in einer Stadt, in einer Region, in einem Wirtschaftsraum oder im globalen Maßstab.

Der natürliche Partner des Wachstums ist der Freihandel. Ohne Güteraustausch ist Wachstum unmöglich. Weder Angebot noch Nachfrage dürfen ohne triftigen Grund behindert werden. Der enge Zusammenhang zwischen Wachstum und Handel macht zugleich deutlich, warum Wachstumskritiker auch Kritiker des Freihandels sind: Wer sich gegen Wachstum wendet, muss sich auch gegen TTIP und den kleineren Bruder CETA wenden. Oder umgekehrt: Wird Freihandel verhindert, ist Wachstum am Ende.

WACHSTUMSKRITIK WEITET SICH AUS

Der Weg zur aktuellen Wachstums- und Freihandelskritik führt über mehrere Stufen der Entwicklung. Wachstumskritiker berufen sich in der Regel auf den Club of Rome. Allerdings waren Dennis L. Meadows und seine Kollegen und Kolleginnen keine Wachstumskritiker im modernen Sinne. Sie erklärten lediglich, dass die Menge der Rohstoffe begrenzt ist, und zogen daraus den Schluss, dass die limitierenden Faktoren der Natur der anthropogenen Wachstumsökonomie natürliche Grenzen setzen. Gesellschaft, Politik und vor allem die Industrie haben die Kritik des Club of Rome überraschend schnell angenommen und reagiert: Der Umgang mit den Rohstoffen hat sich in den zurückliegenden 40 Jahren grundlegend verändert: Neue Verfahren der Gewinnung und Verarbeitung sowie das Recycling haben die vom Club of Rome aufgezeigten Grenzen der Rohstoffverfügbarkeit weit in die Zukunft verschoben.

Noch beeindruckender ist die ökologische Entlastung: Wasser, Boden und Luft müssen heute nur noch einen Bruchteil der früheren Belastungen aufnehmen, allerdings gilt dies bei weitem nicht für jede industrielle Region dieser Erde.

SUCHE NACH DER RICHTIGEN STRATEGIE

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und ein gesundes und nicht unbändiges Wachstum sind auch im Sinne der Unternehmer. Wir denken und handeln nachhaltig, weil wir erfolgreich bleiben wollen. Umwelt- und Ressourcenschutz verteuert zwar die Produktion und erhöht die Innovationskosten, zwingt uns aber zugleich zu sorgfältiger Investitionsplanung

→

und macht unser Wachstum nachhaltiger. Ausbrüche aus oder Verstöße gegen diesen Trend werden über kurz oder lang von der Gesellschaft aufgedeckt und sanktioniert.

Wachstumsdämpfung aus Gründen der Ressourcenverantwortung wäre konsensfähig. Trotzdem reißt die Kritik nicht ab. Sie reicht von der Forderung nach Nullwachstum bis hin zur Vision eines um Lebenszufriedenheit ergänzten Glücks-BIP.

Die Strategie des verantwortungsbewussten Wachstums hat unternehmerisch gesehen viel Gutes. Sie versucht, die positiven Seiten des Wachstums mit den ökologischen und sozialen Aspekten der Nachhaltigkeit und der Zukunftsvorsorge zu verbinden. Die Entkopplung von wirtschaftlicher Produktion und Energieverbrauch ist heute ein volkswirtschaftlicher Klassiker. Die Differenzierung zwischen echtem Energieverbrauch und Energiebanking in Produkten steckt methodisch noch in den Kinderschuhen, wird aber in der Metallindustrie seit Jahren durch das Recycling und die Sekundär-Erzeugung erfolgreich gelebt.

ÄLTERE GESELLSCHAFTEN ARTIKULIEREN SICH WACHSTUMSSKEPTISCHER

Völlig unabhängig von der Kritik des Club of Rome und der Anpassung an unser verändertes Ressourcenbewusstsein haben sich primär in den entwickelten Industriestaaten die mit dem Wachstum verknüpften Wohlstandsziele verändert: Wir streben heute vor allem nach Gesundheit, Alterssicherung, Beschäftigung und Konsum. Besonders ältere Gesellschaften artikulieren sich wachstumsskeptischer als früher. In diesen alternden Gesellschaften verbreiten sich organische Modellvorstellungen und werden sachfremd auf die Ökonomie angewendet: So wie Pflanzen, Tiere und Menschen einem individuellem Optimum ihrer Entwicklung zustreben und versuchen, diesen Status möglichst lange zu stabilisieren, so soll auch die ökonomische Entwicklung an den Grenzen ihres Wachstums auf hohem Niveau stabilisiert werden.

WACHSTUM DARF AUCH GRÜN SEIN

Dieses Modell der organisch-ökonomischen Analogie ist naiv. Jedoch bildet es die Basis für die nächste Stufe der Wachstumskritik: das Post-Wachstum. Vertreter dieser Denkrichtung wie die französische Journalistin und Filmemacherin Marie Monique Robin paaren Wachstum mit Zufriedenheit oder suggestiver: mit Glück.

Post-Wachstums-Gesellschaften mit beschäftigungsintensiver Landwirtschaft, dezentraler Energieversorgung und nachhaltigem Wohn- und Städtebau sollen die Wirtschaftskreisläufe am Leben erhalten und das Glücksversprechen einlösen. Grünes Wachstum ist schon seit längerem ein ernstzunehmendes ökonomisches und politisches Paradigma. Wird

Gesellschaft, Politik und vor allem die Industrie haben die Kritik des Club of Rome überraschend schnell angenommen und reagiert.

grünes Wachstum komplementär eingesetzt, kann es wichtige Beiträge zur Anpassung unserer Lebensumstände leisten. Wird grünes Wachstum substitutiv eingesetzt, kann es unsere Lebensgrundlagen ernsthaft gefährden.

Deutschland hat mit der Energiewende einen nicht unbedeutenden Schritt in Richtung einer Post-Wachstums-Gesellschaft gewagt. Die Bereitstellung von Energie erfolgt heute nicht mehr ausgewogen sicher, preisgünstig und umweltgerecht, sondern zu enorm hohen Preisen, mit sinkender Sicherheit und einer im globalen Kontext wirkungsarmen, europaskeptischen Klimavorsorge.

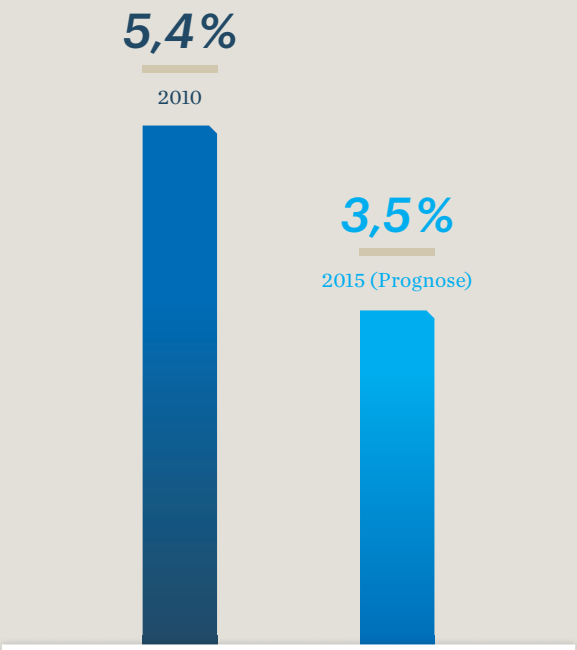
Noch sichern Belastungsbegrenzungen bei den Energiekosten und Maßnahmen gegen das Carbon Leakage die industriellen Standorte und damit ein residuales Wachstum. Der Bedarf an Belastungsbegrenzungen für die Industrie und die erbitterte Diskussion über ihre Notwendigkeit sind allerdings weniger Grund zur Beruhigung als Anlass zu weiterer Besorgnis.

Wir können darüber diskutieren, ob unsere Volkswirtschaft künftig exponentiell, linear, begrenzt oder gar nicht mehr wachsen soll. Aber zunächst müssen wir erörtern, was Wachstum eigentlich leisten kann. Um zu entscheiden, ob der Einstieg in eine Post-Wachstums-Gesellschaft ein gangbarer Weg ist, gilt es, Leistung und Grenzen des klassischen Wachstums exakt zu bestimmen, aktuelle Entgrenzungen des Begriffs zu hinterfragen und darauf zu verzichten, die Zukunft bereits medial zu verwirklichen.

→

WACHSTUM DES WELTWEITEN REALEN BRUTTOINLANDPRODUKTS

gegenüber dem Vorjahr



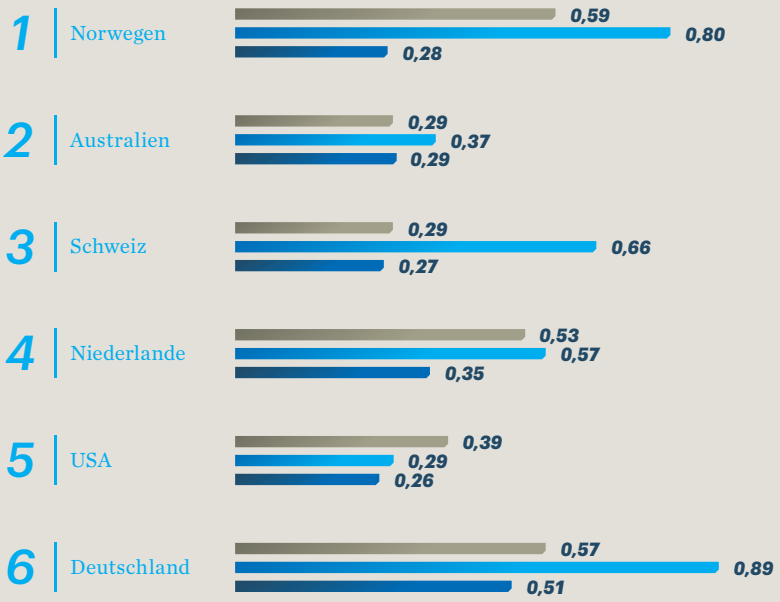
Quelle: Statista 2015

Umwelt- und Ressourcenschonung verteuert zwar die Produktion und erhöht die Innovationskosten, zwingt uns aber zugleich zu sorgfältiger Investitionsplanung und macht unser Wachstum nachhaltiger.

HUMAN DEVELOPMENT INDEX*

1980–1990 | 1990–2000 | 2000–2013 | sortiert nach Rang 2013

Der Index ist ein Wohlstandsindikator für Länder und berücksichtigt neben dem Einkommen pro Kopf auch Lebenserwartung, Schulbesuch, etc.



Quelle: United Nations Development Program, Human Development Report 2014

WAS KANN WACHSTUM LEISTEN?

Wer die Konsequenzen ausbleibenden Wachstums analysieren will, braucht gegenwärtig die Grenzen des Euro-Raums nicht zu verlassen. Unsere europäischen Partner zeigen, wie schnell finanzielle Solidität und soziale Sicherung leiden, wenn wirtschaftliches Wachstum ausbleibt. Verteilungskämpfe werden sich zuspitzen, wenn Umverteilung nicht mehr aus Zuwächsen organisiert werden kann. Wir müssen untersuchen, welche Wechselwirkungen zwischen Wachstum einerseits sowie Finanzmärkten, Bildung, Innovationen und Gesundheitswesen andererseits bestehen.

Auf der anderen Seite ist zu verdeutlichen, dass Wachstum nicht der generelle Problemlöser für alles ist. Wachstum kann keine Rahmenbedingungen setzen und garantieren. Das ist und bleibt Aufgabe des Staats. Wachstum ist keine Glücksgarantie. Die Lebensgestaltung liegt in der Verantwortung des Individuums. Für die Zukunft ist es wichtig, dass Wachstum nicht weiter als kollektives und per-

Der ökonomische Zuwachs bleibt die wichtigste Ressource, um Gesundheit, Bildung, Infrastrukturen und Sicherheit zu finanzieren.

OLIVER BELL

Präsident der WirtschaftsVereinigung Metalle

sönliches Bedrohungsszenario wahrgenommen wird. Dazu ist es notwendig, Wachstum wieder stärker an den Gedanken der Wertschöpfung zu koppeln. Der ökonomische Zuwachs bleibt die wichtigste Ressource, um Gesundheit, Bildung, Infrastrukturen und Sicherheit zu finanzieren.

RÜCKKEHR ZUM GETEILTEN WACHSTUM

Es muss gelingen, den Wachstumsbegriff wieder im Konsens zu diskutieren. Wachstum sollte näher und positiver an den Wertschöpfungsbegriff gebunden werden und darf nicht weiter als Synonym für Ressourcenverzehr, Umweltbelastung und soziale Ängste dienen. Die Industrie muss dazu möglicherweise die im Nachhaltigkeitsdiskurs stark betonten Begriffe Effizienz und Produktivität transparenter erläutern. Effizienzsteigerungen orientieren sich daran, den pro Leistungseinheit erforderlichen Input an Energie und Material zu minimieren. Zur Akzeptanz des Effizienzmodells gehört aber auch, dass der Nutzen unter Wahrung der übrigen Wohlstandmerkmale beim Verbraucher ankommt und ihm bewusst wird. Wachstum muss sich gesamtgesellschaftlich neu und verändert arrangieren.

ANFORDERUNGSPROFIL ÜBERDENKEN

Das von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft formulierte Anforderungsprofil an das Wachstum hat einen Umfang erreicht, der sinnvolles Wachstum überfordert und zunehmend diskreditiert. Wachstum ist weder Vision noch Apokalypse, sondern ein profundes und bewährtes Werkzeug. Wachstum schafft Grundlagen für gute Politik, sinnvolle individuelle und kollektive Lebensplanung und nachhaltige Lebensgrundlagen. Post-Wachstums-Gesellschaften werden gezwungen sein, Mangel zu verwalten und Konflikte zu lösen oder zu regulieren. Ich halte es für eine wichtige Aufgabe der Industrie, dass sie Politik und Gesellschaft auf diese Risiken hinweist.

Es darf zudem nicht übersehen werden, dass sich Wachstum nicht auflöst, sondern lediglich verlagert. Wenn sich Wachstum in den industriellen Kernzonen Europas abschwächt, sorgt die globale Nachfrage für höhere Zuwächse in anderen Regionen. Deutlich erkennbar ist dies nicht nur an den Volkswirtschaften in Asien, sondern auch in Nordamerika. Stimuliert wird diese Entwicklung nicht zuletzt durch unser eigenes Konsumverhalten.

Auswege bietet ein offener Dialog über den Wachstumsbegriff. Dieser Dialog umfasst notwendigerweise auch die Handlungsfelder Energie, Freihandel und die sozialen Faktoren Glück, Gesundheit und Bildung. Der Wachstumsbegriff der Zukunft besteht aus bewährten Elementen der Ökonomie, den Bedürfnissen der Ökologie, den Besorgnissen der Menschen und dem Gestaltungswillen der Politik.

→|

Haltung schafft Vertrauen

Über Glaubwürdigkeit und Leidenschaft in der Politik

Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der WirtschaftsVereinigung Metalle

Das Vertrauen von Politik, Bürgern und Wirtschaft untereinander ist geradezu systemrelevant. Demokratie ist die Staatsform des Vertrauens.

Das Vertrauen bröckelt. Schon seit Längerem erleben wir eine zunehmende Entfremdung zwischen Bürgern, Wirtschaft und Politik. Im vergangenen Jahr hat es diese Erkenntnis von einer schwer quantifizierbaren, individuell geprägten Wahrnehmung der politischen Stakeholder bis in die Meinungsumfragen und sogar auf die Titelseiten politischer Magazine geschafft.

Doch Vertrauen beruht immer auf Gegenseitigkeit. So vertraut der Staat nicht mehr in einen mündigen Bürger und in eine verantwortungsvolle Wirtschaft. Regulierungsdichte und -intensität nehmen stetig zu. Der Staat schwingt sich in Teilen selbst zum gestaltenden Marktakteur auf oder diktiert Lebensentwürfe des Einzelnen im Sinne einer Verzichtskultur. Eigenverantwortliches Handeln wird dem Bürger, dem Verbraucher und den Unternehmen kaum mehr zugetraut.

DEMOKRATIE IST DIE STAATSFORM DES VERTRAUENS

Dabei ist das Vertrauen von Politik, Bürgern und Wirtschaft untereinander geradezu systemrelevant. Die gewählten Volksvertreter handeln im Namen der Bürger. Voraussetzung dafür ist es, die Abgeordneten mit Vertrauen auszustatten.

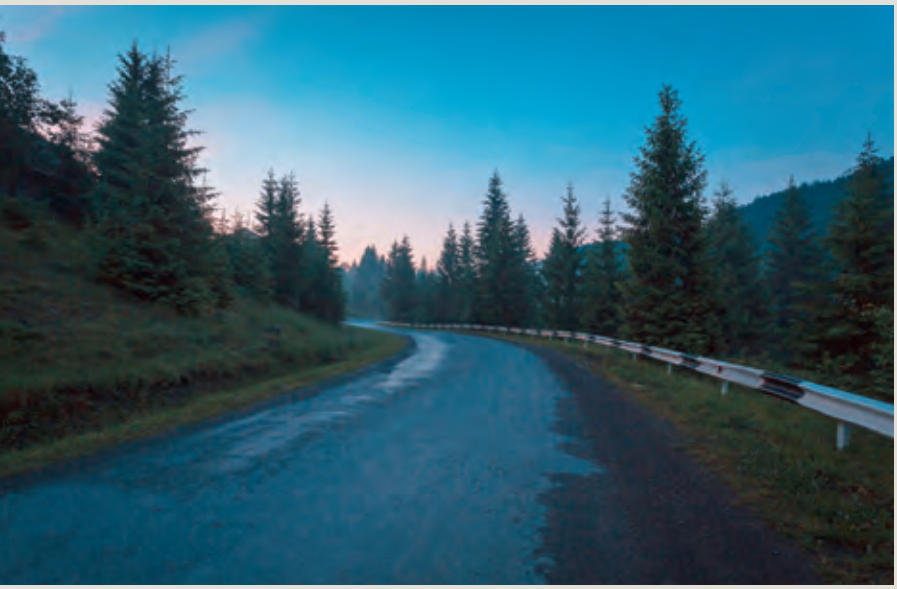
Wem vertrauen wir? Wem glauben wir? Der Professor für Öffentlichkeitsarbeit Günter Bentele sieht Glaubwürdigkeit als Teilphänomen von Vertrauen. Er schreibt: „Akteure werden dann als glaubwürdig wahrgenommen, wenn die Erwartung beziehungsweise die Erfahrung vorhanden ist, dass deren Aussagen beziehungsweise ihr gesamtes kommunikatives Handeln richtig/wahr und konsistent sind.“

Die Politik sieht sich damit gleich zwei Schwierigkeiten ausgesetzt. Zum einen muss sie sich im oftmals als Haifischbecken titulierten politischen Raum behaupten. Zum anderen handelt sie auch täglich kommunikativ – in Zeiten einer durch die Digitalisierung entstandenen medialen Vielfalt sogar teilweise mehrmals täglich. Dabei stellt sich bei manchem „O-Ton-Geber“ die Frage, welche Halbwertzeit seine Aussagen haben.

Man könnte es mit dem etwas aus der Mode gekommenen Wort Haltung beschreiben, welches in der Politik zumindest gefühlt weniger wahrgenommen wird als früher. Für die Gesellschaft und für uns als Industrie ist es schwer einzuschätzen, welche Aussagen längerfristig, über die Grenzen einer Legislaturperiode hinweg, Bestand haben werden. Damit wird das Vertrauen auf die Probe gestellt.

→

Unter diesen politischen Voraussetzungen ist die Zukunftsplanung der Unternehmen so etwas wie eine nächtliche Fahrt auf einer kurvigen Landstraße.



BEISPIEL 1

Die politische Diskussion über Kohlekraftwerke

Noch im Dezember 2013 stellt Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel fest, man könne nicht gleichzeitig aus der Atomenergie und der Kohle aussteigen. Seiner Ansicht nach würden Kohlekraftwerke noch auf mehrere Jahrzehnte ihre Berechtigung haben.

Am 9. November 2014 wird über einen Streit zwischen Gabriel und Bundesumweltministerin Hendricks über die Klimaziele der Bundesregierung berichtet: Hendricks will Kohlekraftwerke abschalten, Gabriel bleibt bei seinem Nein.

Bereits zwei Tage darauf kommt die Einschränkung, Gabriel wolle „die Entscheidung über das Abschalten einzelner Kraftwerke den Unternehmen überlassen".

Mitte März 2015 legt Gabriels Haus ein Eckpunkte-Papier vor, mit dem er Braunkohlekraftwerke indirekt zum Abschalten zwingen will.

BEISPIEL 2

Die Steuer-Posse um das Reverse-Charge-Verfahren

Reverse Charge steht für die Umkehrung der Steuerpflicht, bei der der Leistungsempfänger die Umsatzsteuer bezahlen muss. Versteckt in einem Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens wird das Reverse-Charge-Verfahren für den Handel mit Neumetallen zum 1. November 2014 eingeführt.

Den Unternehmen bleiben drei Monate für die Umstellung von Materialwirtschaft, Rechnungswesen und Finanzbuchhaltung auf das neue und komplexe Verfahren. Die Fristen werden anschließend auf Ende Dezember 2014 und später ein weiteres Mal auf Mitte 2015 verlängert.

Nach Hinweisen der betroffenen Verbände und Branchen werden die Regelungen im laufenden Umstellungsverfahren erneut radikal geändert. Ein teures Hin und Her für die Unternehmen und das Gegenteil von Planungssicherheit.

Mehr zum Thema Reverse Charge lesen Sie auf Seite 34.

BEISPIEL 3

Die versteckte CO_2-Steuer der Regierung

In der Klimapolitik haben die regierenden Parteien stets betont, man wolle keine CO_2-Steuer einführen. Man setze mit dem Emissionshandel auf ein marktwirtschaftliches Instrument, welches CO_2-Einsparungen auf dem wirtschaftlich günstigsten Weg erreiche.

Die Wahrnehmung der Bürger steht in deutlichem Gegensatz zu den täglichen Leistungen der Unternehmen vor Ort. Wirtschaft nimmt Verantwortung wahr!

Mit der Marktstabilitätsreserve, für die sich die Bundesregierung vehement eingesetzt hat, wird nun zusätzlich zu der im Emissionshandelssystem festgelegten CO_2-Höchstmenge auch noch ein Preissignal gesetzt.

Das ist eine CO_2-Steuer unter dem Deckmantel des marktwirtschaftlichen Instruments und widerspricht damit früheren Aussagen der politischen Entscheidungsträger.

EINE KULTUR DES MISSTRAUENS SCHAFFT IHRE KAMPAGNEN

Welche Aussagen haben Bestand? Im September 2014 berichtet der Spiegel unter der Überschrift „Regieren nach Zahlen“, die Kanzlerin orientiere ihre Arbeit viel stärker an Umfragen als bislang bekannt. Es zeige sich, dass es eine profane Erklärung für die bei politischen Entscheidungen abwartende Haltung der Kanzlerin geben könnte. „Auch die Bürger müssen sich erst eine Meinung bilden und diese in Umfragen für die Bundesregierung zum Ausdruck bringen“.

Trotz der angeblichen Fokussierung auf demoskopische Ergebnisse genießt die Kanzlerin unzweifelhaft und vermutlich zu Recht das Vertrauen der Bürger. Zugleich aber behindert eine abwartende, umfragenbasierte und inkonsistente Politik den Diskurs über den richtigen Weg in die Zukunft.

Wenn eine konsistente Haltung keine Rolle mehr spielt, wenn nun Umfragen Meinungen bilden und sich nicht mehr umgekehrt nur Meinungen in Umfragen abbilden, wenn im hochtourigen Kommunikationsumfeld der Politik wichtiger ist, dass etwas gesagt wird und nicht mehr, was gesagt wird, vergibt die Politik die Möglichkeit, künftige Entwicklungen aktiv mitzugestalten, sie wird reaktiv. Dabei sollte sie durch Handeln Gegenwert gestalten und Zukunft schaffen.

Stattdessen öffnet sie regelrecht die medialen Tore für eine überschaubare Gruppe von lautstarken Nein-Sagern, deren Projektionsfläche in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals in einem Missverhältnis zur Zahl ihrer tatsächlichen Unterstützer steht.

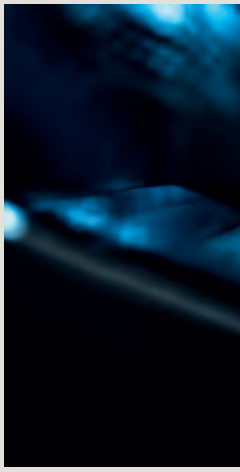
Kampagnen, zum Beispiel die der TTIP-Gegner, begründen ihren Erfolg auf einer Kultur des Misstrauens und des Pessimismus. Ihren Nährboden findet die Bewegung in diffusen Globalisierungsängsten und der Kritik an einer angeblichen Postdemokratie.

NIMBY UND BANANA – DIE NEUEN STRATEGIEN DER WUTBÜRGER

Unter diesen politischen Voraussetzungen ist die Zukunftsplanung der Unternehmen so etwas wie eine nächtliche Fahrt auf einer kurvigen Landstraße. Niemand weiß, was einen hinter der nächsten Kurve erwartet. Planungshemmnisse finden sich in einer Politik, deren nächste Schritte immer schwerer vorauszusehen sind.

Und sie finden sich in einer Gesellschaft, die seit einigen Jahren den Neologismus Wutbürger kennt.

→



Die Digitalisierung im Allgemeinen und die Industrie 4.0 im Speziellen werden gesellschaftliche und industrielle Umwälzungen mit sich bringen, die wir zum Teil vermutlich noch gar nicht erfassen können.

Strategien wie NIMBY („Not in my backyard“) haben sich im Laufe der Zeit gesteigert zu dem neuen Motto BANANA („Build absolutely nothing anywhere near anybody“).

UNTERNEHMEN ÜBERNEHMEN AKTIV SOZIALE VERANTWORTUNG

Sicherlich kommt hier eine gute Portion Skepsis der Bürger gegenüber der Industrie zum Ausdruck. Persönliche Verfehlungen Einzelner haben zu einem Vertrauensverlust auch in die Wirtschaft und Unternehmen geführt. Die Wahrnehmung der Bürger steht im deutlichen Gegensatz zu den täglichen Leistungen der Unternehmen vor Ort. Wirtschaft nimmt Verantwortung wahr! Jeden Tag und auf vielfältige Art und Weise.

Die Industrie finanziert über Stiftungen zahlreiche Förderprogramme. Unternehmen organisieren die betriebliche Kinderbetreuung für ihre Angestellten oder sponsern den lokalen Sportverein und integrieren sich damit in die soziale Gemeinschaft ihres Standorts.

Unternehmen übernehmen aktiv soziale Verantwortung und bilden darüber hinaus durch Arbeitsplätze und Wertschöpfung das Fundament des Wohlstands in Deutschland. Im Jahr 2014 arbeiteten laut Statistischem Bundesamt bundesweit 5,3 Millionen Menschen in der Industrie, das war der höchste Wert seit 2005. Und in dieser Statistik sind Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern nicht einmal erfasst. Die Industrie trägt mehr als ein Fünftel zur gesamten Wertschöpfung in Deutschland bei. Und sie ist vor allem im ländlichen Raum stark verankert. Nahezu 30 Prozent der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe wohnen und arbeiten auf dem Land.

Möglicherweise ein Grund dafür, dass die Bedeutung der Industrie im politisierten Berliner Bezirk Mitte oftmals weniger deutlich wahrgenommen wird als anderswo. Nirgendwo ist der Begriff „ländlicher Raum“ weiter entfernt als hier.

DIE INDUSTRIE SETZT WEITER AUF DEN STANDORT DEUTSCHLAND

Für die Industrie und für unsere Branche gibt es nach wie vor gute Gründe, auf den Standort Deutschland zu setzen. Neben der zentralen Lage unseres Landes ist die hervorragende Qualifikation der Fachkräfte von hohem Wert. Und auch bei Forschung und Entwicklung ist Deutschland weiterhin Weltspitze dank der sehr guten Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Industrie.

Voraussetzung dafür, dass Unternehmen ihren Beitrag zu sozialen und gemeinschaftlichen Aufgaben leisten können, ist und bleibt ihre Wirtschaftlichkeit. Unternehmer müssen viele Faktoren im Fokus behalten und weit in die Zukunft denken. Wer heute Millionen in eine neue Maschine investiert, rechnet

FRANZISKA ERDLE

Hauptgeschäftsführerin
der WirtschaftsVereinigung Metalle

nicht nur im Kopf die nächsten zwanzig Jahre durch. Er fragt sich dabei auch: Welche Vorgaben wird es von der Politik in zwanzig Jahren geben? In zwanzig Monaten? In zwanzig Tagen?

DAS WESENTLICHE IM BLICK BEHALTEN

Man könnte meinen, die großen politischen Fragen gibt es heute nicht mehr. So sehr dominiert das politische Klein-Klein die tägliche Berichterstattung. Doch die wichtigen Fragen gehen trotz medialer und politischer Kurzatmigkeit nicht aus, auch heute nicht. Entwicklung findet in großen Schritten statt: ungefragt, spürbar, sichtbar.

Wie werden sich Industrie und Arbeitswelt in Zeiten der Digitalisierung verändern? Wie werden wir damit umgehen, wenn aus wenigen großen industriellen Produktionsstandorten viele kleine werden? Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, wenn viele Arbeitnehmer andere und spezifische Qualifikationen benötigen? Wie erreichen wir, dass der deutschen Industrie im Zuge der Digitalisierung aus den USA nicht die technischen Standards vorgegeben werden?

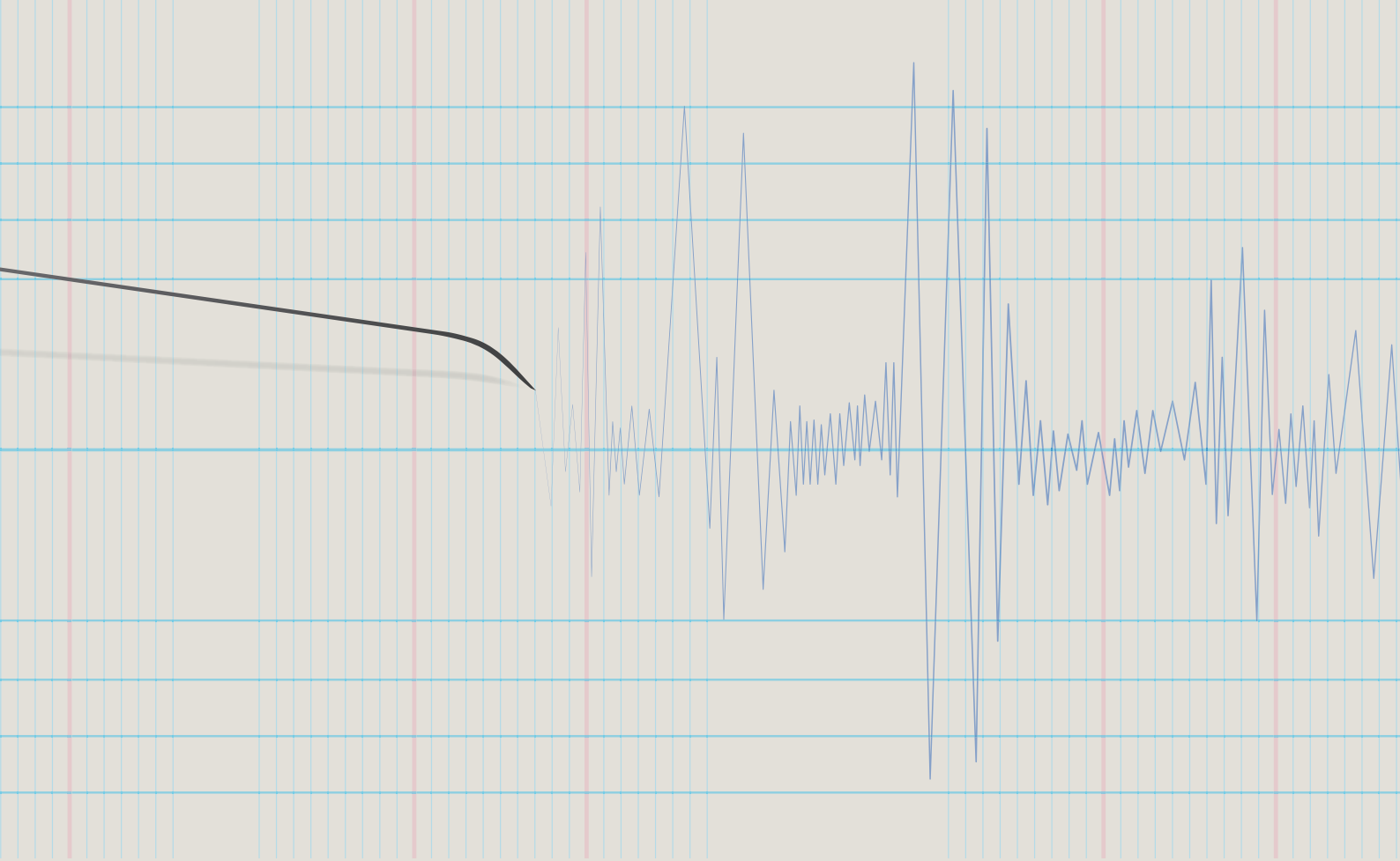
Denn, so hat es Matthias Machnig, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium auf der Veranstaltung metals meet politics der WirtschaftsVereinigung Metalle gesagt: „Wer die Standards definiert, der bestellt auch die Musik.“ Die Digitalisierung im Allgemeinen und die Industrie 4.0 im Speziellen werden gesellschaftliche und industrielle Umwälzungen mit sich bringen, die wir zum Teil vermutlich noch gar nicht erfassen können.

HALTUNG VERTRAUEN

Für den Soziologen Max Weber ist „Leidenschaft in der Sache“ eine der wichtigsten Qualitäten eines Politikers. Diese „Festigkeit des Herzens“ würde dem politischen Diskurs in Deutschland gut tun und auch Vertrauen schaffen, dass Meinungen wieder einen längerfristigen Wert haben.

Der Konsens wird auch weiterhin eine wichtige Größe in der deutschen Politik bleiben. Aber er steht erst am Ende von Debatten, die geführt werden müssen. Wir brauchen wieder die Leidenschaft, für etwas sachlich zu streiten. Damit wäre auch eine Debatte über eine immer größer werdende Zahl von Nichtwählern, die bei den vergangenen Wahlen wieder verstärkt zu beobachten ist, leichter zu führen. Haltung, Prinzipien, Verantwortung sollten die Kernbegriffe einer modernen Politik sein.

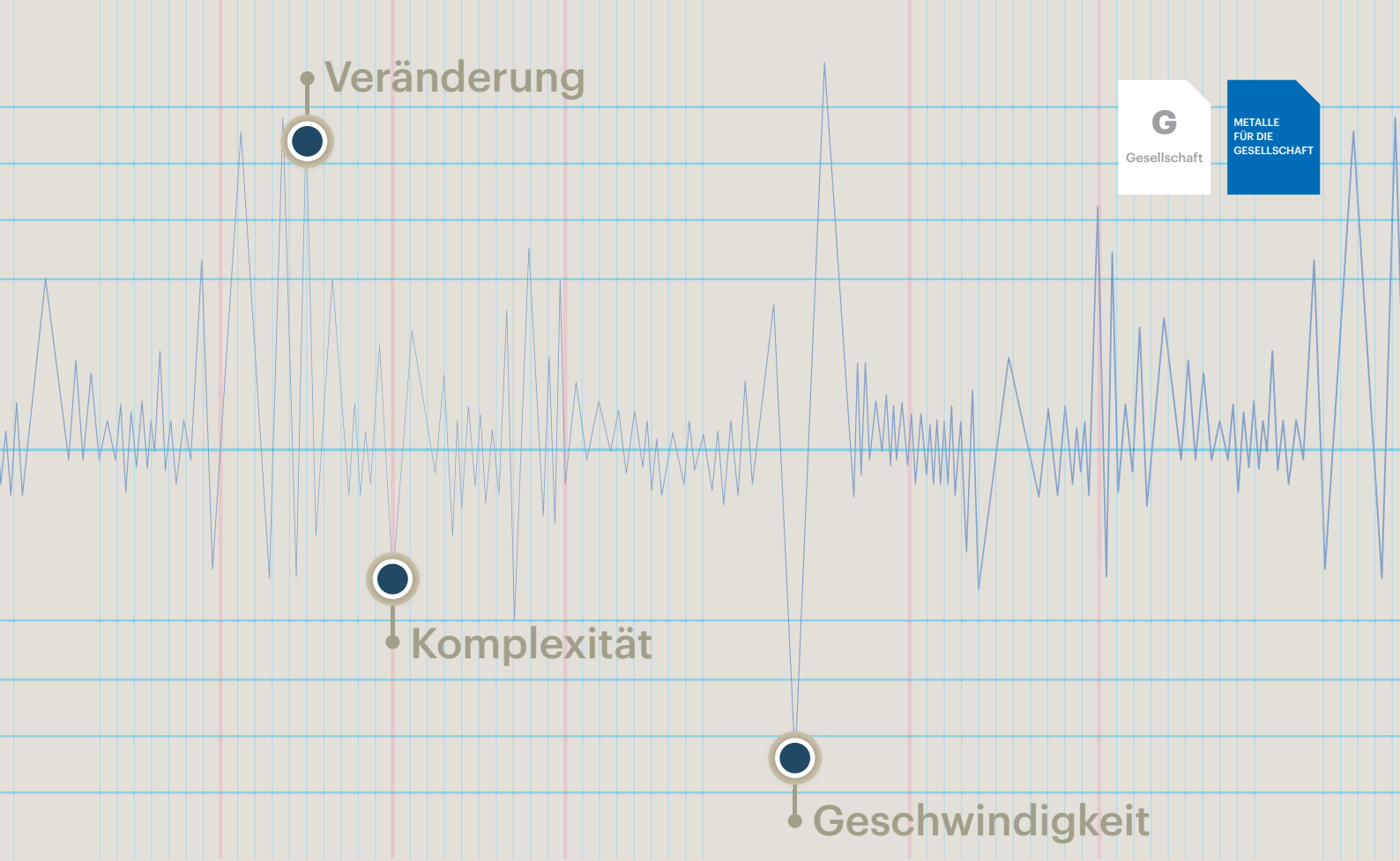
Mit einem Fundament aus diesen Werten wird Vertrauen nicht mehr bröckeln, sondern gefestigt.



Verbände sind Seismographen der Veränderung

Ein Resümee ohne Ratschläge

von Martin Kneer,
WVM-Hauptgeschäftsführer 1998–2015



Komplexität und Veränderung sind als Begriffe zur Beschreibung des sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandels ebenso bewährt wie klassisch. Aber nicht die Beobachtung von Komplexität und Veränderung ist das eigentlich Bedeutsame; viel wichtiger sind die Messung des Tempos und die Stärke der Beschleunigung, durch die sich die Welt um uns herum und wir uns mit ihr verändern.

Wenn sich die Welt verändert und komplexer wird, muss Leistung bereitstehen, die zur Veränderung befähigt. Wir Menschen machen die Welt komplexer und wir beschleunigen oder verlangsamen den Wandel. Mit der digitalen Technik haben wir die Möglichkeit, hochkomplexe Fragestellungen zu bearbeiten. Die Digitalisierung der gesamten Lebenswelt befähigt uns zu Entscheidungen und zu Kommunikation in Echtzeit oder zumindest in extrem verkürzten Zeiträumen.

Bei aller Veränderung ist es die Aufgabe von uns Akteuren, über Chancen und Risiken des sozioökonomischen und technischen Wandels zu reflektieren. Dabei wäre eine schwarz-weiß Sicht fatal.

SCHLAGKRÄFTIGER NE-DACHVERBAND

Verbände, insbesondere solche mit kleinen bis mittelgroßen Ressourcen, sind besonders veränderungssensibel. Sie sind intensiv gefordert, wenn es darum geht, sich auf Veränderungen, Komplexität und Geschwindigkeit strategisch und operativ einzustellen.

Das Credo der WirtschaftsVereinigung Metalle lautet, über kontinuierliches Veränderungs- und Verbesserungsmanagement einen schlagkräftigen Dachverband für die Nichteisen-Metallindustrie zu positionieren. Nicht administrieren, sondern die Zukunft des Industriestandorts Deutschland mitzugestalten, bleibt unsere Aufgabe.

Dabei gilt es, sich nicht mit sich selbst zu beschäftigen und dabei Kräfte zu verschleißen, sondern zielorientiert im Interesse der Branche und des Standortes vorwärtsorientiert zu handeln. „Wer keinen Stein ins Wasser wirft, wird keine Wellen erzeugen“, ist eine persönliche Handlungsmaxime, wenn es um vorausschauendes Denken und Handeln geht.

ES IST NICHT ALLTÄGLICH, RESÜMIEREN ZU DÜRFEN

Der persönliche Blick fällt auf 38 Berufsjahre an der Schnittstelle von Politik, Industrie und Gesellschaft. 16 Jahre davon für und in der Nichteisen-Metallindustrie. Es ist nicht alltäglich, resümieren zu dürfen: Es war ein spannendes, erfüllendes Berufsleben.

→

Für die Zukunftsgestaltung und die aktive Teilhabe an Veränderung reicht es nicht aus, abzusichern und zu bewahren. Als homo politicus der viel und oft zitierten 68er-Generation war mein Fokus auf Gestalten, Verändern und Verantworten gerichtet. Dies ist ein Dreiklang, der auch die zentralen Lebenswerte widerspiegelt.

Den Imperativ, an der Zukunft mitzuarbeiten, hat der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel in die zugleich romantisch wie modern klingende Formel gesetzt: Suchet der Stadt Bestes. Die Methode des Suchens einschließlich des Irrtums, die Vision vom guten sozialen Miteinander und das Streben nach dem Optimum sind die Energiepotenziale, die wir brauchen und einsetzen müssen.

„NICHT WIR SIND WICHTIG. WIR MÜSSEN EINEN GUTEN JOB MACHEN“, SCHREIBT ULRICH GRILLO

Es geht um die Sache, die beste Lösung und nicht um die Wichtigkeit von Akteuren oder gar um das spannende Leben im Politik-Raumschiff Berlin. „Nicht wir sind wichtig“, schreibt Ulrich Grillo in der WVM-Chronik 1998–2015. „Wir müssen einen guten Job machen.“

Im hochdynamischen Berlin ist es etwas Besonderes, wenn ein Verbandsgeschäftsführer einen wesentlichen Teil seines Berufslebens politiknah erlebt, noch dazu wenn es ihm glückt, diese Zeit mit vier herausragenden Präsidenten und Persönlichkeiten zu gestalten. Ich habe bei Werner Marnette, Karl-Heinz Dörner, Ulrich Grillo und Oliver Bell gern, mit vollem Engagement und mit ehrlichem Respekt auf dem hinteren Sitz des Tandems gesessen.

Dankbar bin ich, dass mich alle vier mit meinen Stärken und Schwächen akzeptiert haben. Wir sind mit gegenseitigem Vertrauen und einem klar eingestellten Kompass viele Wege gemeinsam gegangen.

DIE WVM AUF VERÄNDERUNGSKURS

Die WirtschaftsVereinigung Metalle ist keine Institution, die vom sicheren Ufer aus abwartet, was passiert. Die WVM wirft Steine ins Wasser und erzeugt Wellen. Unser Radar und die Themensetzung reichten von der Energie- und Klimapolitik über Rohstoffe bis zur Umwelt- und Gesellschaftspolitik. Unsere Größe und Kräfte haben wir dabei weitestgehend realistisch eingeschätzt. Manchmal haben wir, wie Karl Heinz Dörner es ausdrückt, auch „zu viel zu schnell“ gewollt.

Veränderungsbereitschaft kann auch Gegenkräfte auslösen. Innerverbandlich konnten wir uns erst nach intensiven Diskussionen darauf einigen, uns in Berlin und Brüssel zu positionieren.

Als Verbände haben wir die Aufgabe der Übersetzung und Moderation. Wir sind gleichzeitig Politik- und Industrieerklärer.

Ein wichtiges und sehr modernes Merkmal der WVM ist, auf Allianzen zu setzen und diese mit Leben zu füllen. Wir sind Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie. Für die WVM ist dies weit mehr als ein formelles Bekenntnis zur Industriepolitik. Verbandspolitisch und persönlich sind wir sehr eng mit dem BDI, seinen Themen, seinen Mitarbeitern und Repräsentanten verbunden.

An der Spitze des BDI steht heute der frühere WVM-Präsident: Ulrich Grillo. Er genießt einen hervorragenden Ruf und startete Ende 2014 in seine zweite Wahlperiode als oberster Repräsentant der deutschen Industrie. Wir freuen uns für ihn und haben die Empfindung, dass ein wenig von seinem Erfolg auf uns, die WVM, zurückstrahlt.

LOBBYING AT ITS BEST

Für einen Verbandsvertreter ist sein politisches Netzwerk überlebenswichtig. In Berlin entstehen ständig neue Kontakte zu Politikerinnen und Politikern. Ich habe mich besonders gern denen zugewandt, die erstmalig ein Mandat in Berlin oder in Brüssel übernommen hatten. Über die Jahre hinweg haben sich zu Abgeordneten in Berlin und Brüssel, ihren Büros und zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien enge fachliche Kontakte ergeben. Als Lobbyisten erfüllen wir mit unserer Arbeit eine Bringschuld gegenüber der Politik. Wir verdeutlichen die Auswirkungen politischen Handelns auf unsere Industrie.

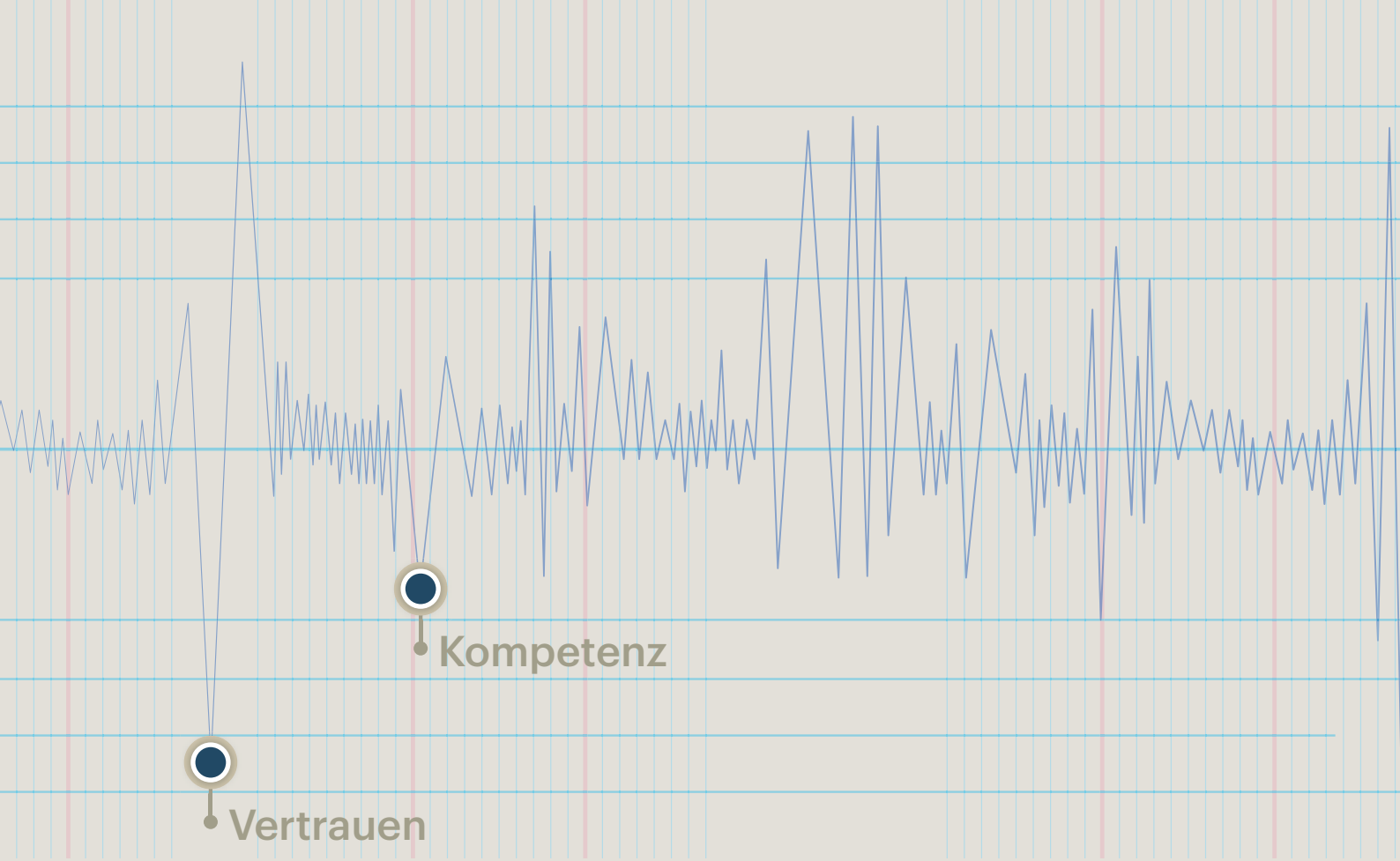
EID IST ZU EINER MARKE IN BERLIN GEWORDEN

Es ist ein bekanntes und doch immer wieder mysteriöses Phänomen, dass sich Politik und Industrie auf unterschiedlichen Bahnen bewegen. Die gegenseitige Kenntnis der jeweiligen Strukturen und Handlungsabläufe gilt es auch weiterhin auszubauen.

Als Verbände haben wir daher die Aufgabe der Übersetzung und Moderation. Wir sind gleichzeitig Politik- und Industrieerklärer. Nur wenn die Akteure das jeweils andere Handlungsfeld kennen, wird man einander realistischer begegnen und bessere Lösungen finden. Und genau dazu tragen wir als Lobbyisten zielführend bei. Unser Beitrag zu sachgerechten Lösungen ist weit höher und besser als unser Ruf. Das sollten wir offensiver vertreten.

Dem Allianzgedanken folgend, haben wir die energieintensiven Industrien Deutschland, kurz EID genannt, initiiert. Dieser strategische und operative Verbund der Grundstoffindustrie arbeitet ohne administrativen Aufwand und ohne Konkurrenzdenken erfolgreich. EID ist zu einer Marke in Berlin geworden, die die Bedeutung der Grundstoffindustrie deutlich profiliert hat.

→



KEINE DIGITALISIERUNG OHNE METALLE

Das gilt auch für „Metalle pro Klima“. In dieser Unternehmensinitiative kommunizieren unsere Branchenvertreter offensiv die Bedeutung unserer Werkstoffe für Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz. Metalle sind Werkstoffe der Zukunft und Voraussetzung einer erfolgreichen Energiewende!

Diese Botschaft ist vielfach angekommen. Wir werden sie immer wieder kommunizieren, damit sie nicht im Zuge der Digitalisierung wieder in Vergessenheit gerät. Denn auch Industrie 4.0 und die digitale Wirtschaft sind nicht ohne Metalle möglich.

DIE WVM SETZT AUF DEN DIALOG

Seit langem setzen Verband und Branche auf Dialog. In Zeiten beschleunigten gesellschaftlichen Wandels glauben immer mehr Menschen, Wachstum und Wohlstand kommen, wenn schon nicht aus dem Himmel, so doch jedenfalls vom Staat und seinen vielstimmigen Ratgebern.

Das „Industrieland Deutschland“ braucht auch eine Konjunktur im Bewusstsein und in den Herzen der Bevölkerung. Das bedeutet für uns, dass Kommunikation und die Haltung, für die Industrie einzutreten, ganz oben auf der Agenda stehen müssen. Wer die Akzeptanz für unsere Industrie wahrnehmbar steigern will, muss anstrengungsbereit, kreativ und robust sein. Denn wir wissen: „Wer nicht gehört wird, wird überhört.“

So war es im Zuge des kontinuierlichen Veränderungsmanagements klar, dass die WVM nicht nur fachlich tief in der Materie stecken durfte und Positionen in Briefen und Stellungnahmen an die Politik richtet, sondern auch andere, neue Wege suchen muss. Heute kommunizieren wir fast auf allen Kanälen und werden es online noch intensivieren.

Unser Dank gilt vielen Unternehmerinnen und Unternehmern, die dazu bereit sind, sich persönlich vor Ort in ihrem Unternehmen und an den politischen Standorten einzubringen. Sie sind mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren Familien wichtige Multiplikatoren. Sie schaffen Wissen, Sympathie und Akzeptanz für unsere Industrie.

ES GEHT UM 108.000 ARBEITSPLÄTZE IN UNSERER BRANCHE

Die Arbeit für einen Verband ist kein Selbstzweck. Die Sicherung von 108.000 Arbeitsplätzen in der NE-Metallindustrie und am Standort Deutschland macht die tägliche Arbeit zu einer verantwortungsvollen Aufgabe: Hinter vielen Arbeitern und Angestell-

MARTIN KNEER

der Hauptgeschäftsführer 1998–2015
WirtschaftsVereinigung Metalle

ten steht eine Familie mit Kindern, die auch künftig im Industrieland Deutschland arbeiten wollen. Es lohnt sich für einen Verband, an dieser Aufgabe zu arbeiten. Doch die Arbeit eines Einzelnen reicht dazu bei weitem nicht aus. „Wenn Du schnell gehen willst, geh allein. Wenn Du weit gehen willst, geh gemeinsam." – Ohne ein starkes Team gäbe es keinen erfolgreichen Verband. Ausgestattet mit unterschiedlichen Kompetenzen und Charakteren, haben wir in der WVM immer wieder eine erfolgreiche Mannschaft aufgestellt. Kompetenz, Vertrauen, Engagement und Teamgeist haben uns stark gemacht.

Ein Verband hat niemals so viele Ressourcen, um alle bearbeitungswürdigen Themenfelder abzudecken. Arbeit und dringende Aufgaben zu negieren, ist allerdings kurzsichtig. „Make or buy" war unsere Devise in diesen Fällen. Wir haben uns extern professionell unterstützen und trainieren lassen. Es hat unsere Kommunikation und das Miteinander gestärkt. Unseren Produkten, unserem Auftritt kann man es ansehen.

AN DER SACHE ARBEITEN

Mein berufliches Engagement richtet sich stets auf die Sache. „Wer etwas will, findet Wege. Wer etwas nicht will, findet Gründe." Der Umgang mit dem ersten Satz war manchmal mühevoll, die Abwendung der zweiten Vorgehensweise ist mir manchmal schwer gefallen. Die notwendige Gelassenheit habe ich über die Zeit gewonnen. Geholfen haben dabei eine lange kommunale Erfahrung und ein Leben in der Öffentlichkeit.

ES WAR EINE GUTE ZEIT

Mein Dank gilt einer großen Zahl von Menschen für ihren good will und ihre kritische Begleitung. Die fachlichen und intellektuell spannenden Gespräche und vor allem die freundschaftlichen Begegnungen über den beruflichen Kontakt hinaus sind ein Teil meines Lebens geworden.

Es war eine gute Zeit für mich in der WVM und der Industriefamilie. Passender als eine Band aus Liverpool kann man es nicht zum Ausdruck bringen: „You say goodbye and I say hello."

→|

„Wir brauchen das Know-how der Verbände“

Interview mit Matthias Machnig
— Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Als Beamteter Staatssekretär sind Sie viel mit Verbänden in Kontakt – wie nehmen Sie die Zusammenarbeit wahr?

Verbände sind Interessenvertreter, aber auch Mittler zwischen Politik und Unternehmen und erfüllen damit eine wichtige und verantwortungsvolle Funktion. Ihre Dialogfähigkeit ist wichtig, um die politischen Rahmenbedingungen gemeinsam so auszutarieren, dass die jeweilige Branche trotz aller aktuellen Herausforderungen auf einem soliden und zukunftsgerichteten Fundament in Deutschland steht.

Ich halte die Zusammenarbeit mit Verbänden für notwendig und hilfreich, wenn sie manchmal auch unbequem sein mag – und Zielkonflikte beinhaltet.

Was zeichnet gute Verbandsarbeit aus?

Wir brauchen eine engagierte, dialogorientierte und verantwortungsbewusste Verbandsarbeit. Ich sage bewusst Verbandsarbeit und nutze nicht das schnöde Wort Lobbyismus.

In der Politik sind wir alle gut beraten, das Know-how in den Verbänden abzurufen und es zu hören. Es gehört zwar auch zur Wirklichkeit, dass wir uns nicht immer daran orientieren können. Aber die Argumente und Vorschläge sollten gehört und diskutiert werden.

Dennoch genießen Interessenvertreter vielfach einen schlechten Ruf – zu Unrecht?

In Zeiten volkswirtschaftlicher Turbulenzen der Weltfinanzmarkt- und Schuldenkrise ist eine hohe Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in Deutschland wichtig. Dafür müssen alle Akteure jeden Tag aufs Neue hart arbeiten – die Beschäftigten, die Unternehmen, die Politik.

Nur im Rahmen dieser ausgeprägten und ergebnisorientierten Dialogprozesse können wir die Zukunftsfähigkeit unseres Industriestandorts vorantreiben. Die Verbandsarbeit kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Unternehmen senden häufig eigene Repräsentanten nach Berlin, um ihre Interessen zu vertreten. Wie bewerten Sie das auf der Seite der Politik?

Es ist nicht an mir, diese unternehmerischen Entscheidungen zu bewerten. Der Wunsch, seinen Interessen ein Gesicht oder eine Stimme zu geben, ist jedoch für mich nachvollziehbar. Doch nicht jedes Unternehmen kann oder will sich solche Repräsentanten leisten.

Verbände bieten den Vorteil, Strukturen zusammenzuführen, gemeinsame Interessen und damit auch Brancheninteressen zu formulieren.

„Es bedarf einer Bündelung der Interessen“

Interview mit Dr. Jürgen Heraeus – WVM-Präsident 1985–1990

Sie haben als WVM-Präsident und Unternehmer eine Fülle neuer gesetzlicher Vorschriften begleitet. Wie stark und notwendig war der Einfluss von Verbänden auf die Politik dieser Jahre?

Die zweite Hälfte der 1980er Jahre war gekennzeichnet durch Überarbeitungen und Verschärfungen der eine Dekade zuvor erarbeiteten Vorschriften zum Schutz der Umweltressourcen.

Schon damals wurde deutlich, dass ein ambitioniertes und fortschrittliches Umweltrecht Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie haben wird. Die WVM hat in enger Kooperation mit dem BDI die Belastungsgrenzen aufgezeigt. Unternehmen und Verbände haben gemeinsam wichtige Beiträge geleistet, um den Industriestandort Deutschland zu erhalten. Dies scheint eine Daueraufgabe zu sein.

Geschichte und Entwicklung der WirtschaftsVereinigung Metalle waren immer wieder geprägt durch die Frage, welchen Vorteil ein multimetallischer Auftritt bringt. Wie ist Ihre Erfahrung und Sichtweise?

1985 brach nach rund 30 Jahren das internationale Zinnabkommen zusammen. Wenig später gab es massive Konflikte zwischen Europa und den USA über die Einfuhren von Kupferhalbzeugen. Im Zuge der Entspannungspolitik öffneten sich die Metall- und Schrottmärkte gegenüber den Ostblockstaaten. Die ohnehin niedrigen aber existenziellen Einfuhrzölle für Edelmetalle mussten abgesichert werden.

Das sind nur einige Beispiele dafür, wie stark Metalle in den internationalen Handel und in die internationale Politik verflochten sind. Es gibt zahllose metallübergreifende Fragestellungen wie das Recycling, die Zoll-, Handels- und Rohstoffpolitik. Hier bedarf es einer Bündelung der Interessen. Das Modell einer multimetallischen Dachorganisation mit schlanken Fachorganisationen ist eine gute Lösung.

Welches sind die Zukunftsthemen, denen sich die Wirtschaftsverbände heute stellen müssen?

Wir müssen erstens unsere Interessen in der Industriepolitik noch klarer positionieren. Zweitens und genauso wichtig ist der gesamtgesellschaftliche Schulterschluss. Wir verlieren zu viele Menschen, denen die Industrie wichtig ist. Beides findet für mich in einem positiven Bekenntnis zum verantwortungsvoll verstandenen Wachstum seine Synthese.

Unternehmen senden häufig eigene Repräsentanten nach Berlin, um ihre Interessen zu vertreten. Wie können Unternehmen und Verbände sinnvoll und komplementär arbeiten?

Unternehmen stellen die konkrete Verbindung zu den Standorten her, indem sie Kosten, Arbeitsplätze, Investitionen und vieles mehr bilanzieren und dem Politiker vortragen. Ihre Perspektive ist aber immer individuell.

Verbände haben das gesamtwirtschaftliche Interesse im Blick, besitzen eine übergreifende Expertise und können stärker als Unternehmen politische Kräfte mobilisieren. Es klingt etwas paradox, aber Verbände sind für mich die wichtigsten Hüter unserer marktwirtschaftlichen Grundordnung. Außerdem gilt es zu beachten, dass eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen keine Ressourcen besitzt, um eigenständig und vor allem dauerhaft Interessen gegenüber der Politik zu vertreten.

Andererseits führt die Internationalisierung vieler Unternehmen dazu, dass sie nicht an jedem nationalen Politikzentrum präsent sein können. Wir brauchen die Verbände mehr denn je.

→|

02

POLITIK

Politische Rahmenbedingungen

24 – 61 Ökonomische, ökologische und industriepolitische Positionen der NE-Metallindustrie

26 **Interpretieren Sie Ihren Bordcomputer richtig**
Sebastian Schiweck

30 **Geschwindigkeit des Handelns an die digitale Revolution anpassen**
Rolf Kuby

34 **Das Matroschka-System**
Monika Setzermann

38 **Recycling liegt in der DNA der Metalle**
Rainer Buchholz

42 **Industrie setzt auf aktive Mitarbeit**
Dr. Martin Wieske

46 **Beteiligung ist das A und O für die Industrie**
Dorothea Steiger

50 **Die TA Luft vor der nächsten Novellierung**
Daniel Quantz

54 **Keine halben Sachen für einen ganzen Planeten**
Dr. Michael Niese

58 **Frontrunner für mehr Energieeffizienz**
Sarah Bäumchen

60 **UN-Gipfel 2015 gibt dem Thema Klimaschutz neuen Auftrieb**
Philipp Toebe

ROHSTOFFE/AUSSENHANDEL — SEBASTIAN SCHIWECK

Interpretieren Sie Ihren Bordcomputer richtig

Politik

Bei der Berechnung der Rohstoffverfügbarkeit wird häufig mit der statischen Reichweite argumentiert. Es gibt allerdings nur eine korrekte Grundlage: Die dynamische Reichweite.

02.1

Dynamische Reichweite: Wenn der Bordcomputer die verbleibende Reichweite anzeigt, können Sie diese immer noch durch Ihr Fahrverhalten beeinflussen.

Der Unterschied zwischen statischer und dynamischer Reichweite ist am besten mit einem Blick auf den Bordcomputer eines Autos zu erläutern. Zeigt er Ihnen an, dass Sie mit der aktuellen Tankfüllung noch 200 Kilometer weit fahren können, werden Sie voraussichtlich spätestens nach 150 Kilometern nach einer Tankstelle Ausschau halten. Sie können mit Ihrem Gasfuß oder mit dem Eco-Modus noch Einfluss auf den Verbrauch und damit auf die verbleibende Reichweite nehmen. Ein gutes Beispiel für eine dynamische Reichweite.

Sie werden dagegen mit Sicherheit nicht das Auto am Straßenrand abstellen und auf ein Fahrrad umsatteln, weil Sie der Meinung sind, dass Sie aufgrund fehlenden Benzins nach 200 Kilometern generell nicht mehr mit dem Auto fahren können. Denn in dem Fall würden Sie davon ausgehen, dass Ihnen der Bordcomputer eine statische Reichweite und damit das Ende Ihres mit Benzin betriebenen Automobils anzeigt. Das wäre vollkommen unrealistisch und eine Fehlinterpretation der Anzeige.

STATISCHE REICHWEITE GIBT NICHT DIE WIRKLICHKEIT WIEDER

Dennoch hält sich in Bezug auf die Verfügbarkeit einiger Basismetalle und seltener Erden seit Jahren hartnäckig die Behauptung, diese würden nicht mehr lange zur Verfügung stehen.

Die Grundlage für diese Aussagen bildet die statische Reichweite, bei der lediglich die aktuelle Verwendung und die heute weltweit bekannten und als wirtschaftlich förderbar bewerteten Vorkommen berechnet werden. Nicht berücksichtigt werden dabei der künftige weltweite Gebrauch und die Erschließung neuer Lagerstätten. Auch technischer Fortschritt, Effizienzsteigerungen bei der Nutzung eines Rohstoffs sowie politische und wirtschaftliche Einflüsse auf die Verfügbarkeit von Rohstoffen werden nicht mit einbezogen.

Die End-of-Life Recyclingrate

Mit der End-of-Life Recyclingrate bezeichnet man den Anteil des Produkts, der nach dem Ende der Lebensdauer in den allgemeinen Wertstoffkreislauf zurückgeführt wird. Eine geringe End-of-Life Recyclingrate wäre ein Indiz dafür, dass das entsprechende Material nur zu einem geringen Anteil wiedergewonnen wird und offenbar viel verloren geht.

Am Ende bleibt eine Kennziffer, die nicht die Wirklichkeit wiedergibt und dennoch seit Jahren immer wieder in die Argumentationen einfließt. Dabei ist heute nur ein Bruchteil der bestehenden geologischen Rohstoffpotenziale überhaupt bekannt.

In der Thematik steht Zink exemplarisch für die oftmals falsche Interpretation der statischen Reichweite. So wird auf dieser Grundlage immer wieder kolportiert, dass es nicht genügend Zink-Vorkommen und Zink-Reserven gebe.

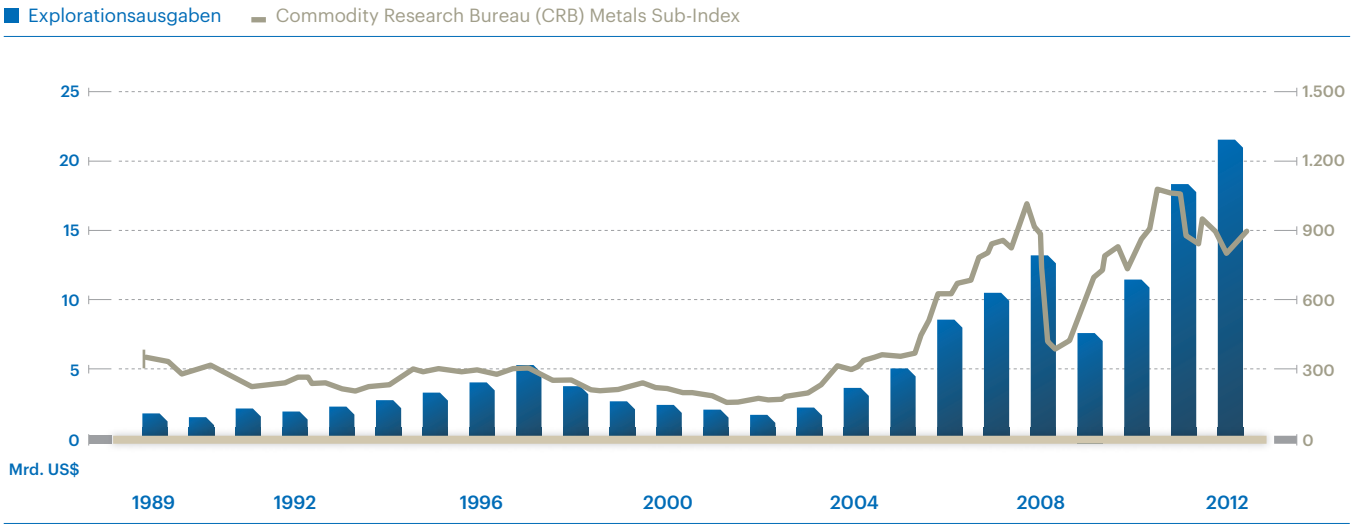
Das ist falsch, meint Ulrike Dorner, Autorin einer aktuellen DERA Studie zur Rohstoffsituation der Zinkindustrie. „Zwar können kurz- und mittelfristig Defizite am Zinkmarkt auftreten, falls anstehende Bergwerksschließungen nicht zeitnah durch neue Bergwerkskapazitäten kompensiert werden“, sagt Dorner. „Weltweit gibt es aber zahlreiche Explorationsprojekte, die langfristig genügend Potenzial zur Deckung der Zinknachfrage bieten“.

In der Studie „Rohstoffrisikobewertung Zink“ gehen die DERA-Experten davon aus, dass in den nächsten fünf Jahren etwa 1,5 bis 2 Millionen Tonnen neuer Förderkapazitäten den Markt erreichen können. Überdies werden anwendungsspezifisch End-of-Life Recyclingraten von über 95 Prozent erreicht. Die künftige Verfügbarkeit des Rohstoffs Zink ist somit mehr als gesichert. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen hängt grundsätzlich von

→

ENTWICKLUNG DER EXPLORATIONSAUSGABEN FÜR NEUE NE-METALL-ROHSTOFFPROJEKTE UND VERLAUF DES CRB METALS SUB-INDEXES

Quelle: DERA 2014



unterschiedlichen Indikatoren ab. Neben anderen Einflussfaktoren sind vor allem sprunghafte Nachfrageerhöhungen eine Gefahr für die sichere Rohstoffversorgung. In diesem Kontext kommt es darauf an, ob Substitute, Recyclingmöglichkeiten oder Absicherungsstrategien vorhanden sind.

Die Wichtigkeit dieses Faktors zeigte sich unter anderem zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In dieser Zeit erhöhten die Entwicklungsländer, vor allem die BRIC-Staaten, ihre Rohstoffnachfrage auf den Weltmärkten signifikant. Ein exorbitanter Preisanstieg war die Folge. Angebot und Nachfrage standen nicht mehr im Gleichgewicht, eine bedarfsgerechte Versorgung der Industrie mit mineralischen Rohstoffen wurde schwieriger.

Die WVM brachte das Thema damals als Treiber auf die politische Agenda. So entstand unter anderem durch unsere Initiative der BDI-Ausschuss für Rohstoffpolitik. Im Jahr 2010 legte dann die Bundesregierung eine eigene Rohstoffstrategie vor. Diese beinhaltete nicht nur Rohstoffpartnerschaften mit ressourcenreichen Staaten wie Chile oder Kasachstan, sondern auch den Aufbau der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) als Bestandteil der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Darüber hinaus wurde das Förderprogramm zur Verbesserung der Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit kritischen Rohstoffen ins Leben gerufen. Auf europäischer Ebene gibt es unterschiedliche Initiativen, zum Beispiel die European Innovation Partnership on Raw Materials.

RECYCLING SPIELT EINE ENTSCHEIDENDE ROLLE

Aufgrund der erhöhten Nachfrage wurden weltweit Lagerstätten intensiver erkundet. Die Explorationsausgaben für Nichteisenmetalle (inkl. Uran) erreichten im Jahr 2012 mit 21,5 Milliarden US-Dollar ein Allzeithoch. Die Folge: Neue Lagerstätten wurden ertüchtigt und niedrighaltige Vorkommen zu wirtschaftlichen Bedingungen gefördert.

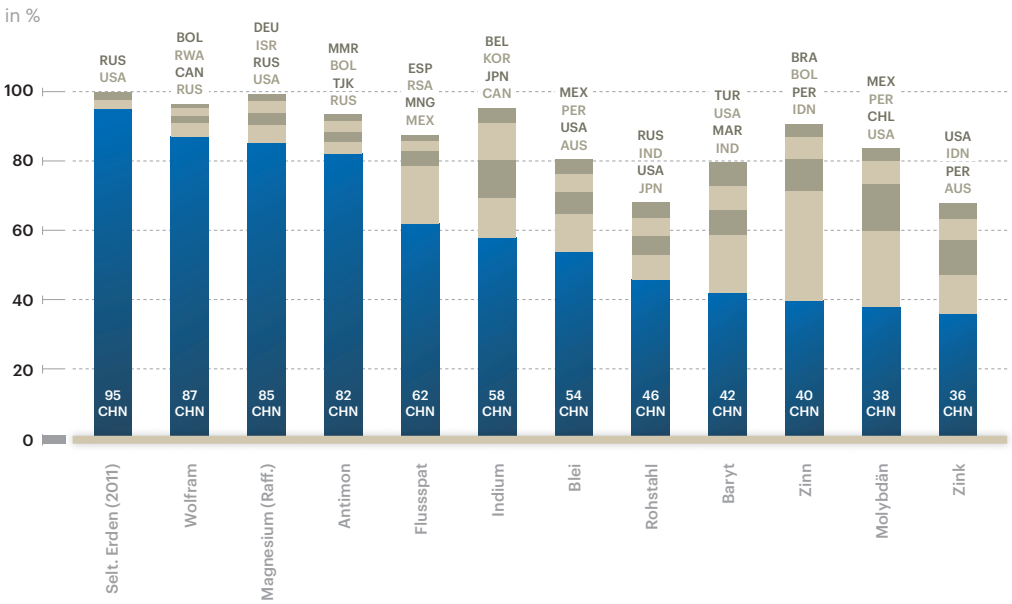
Hinzu kamen der technische Fortschritt in Form einer höheren Ressourceneffizienz, ein zunehmendes Recycling und die Optimierung der Abbauverfahren. Dies führte dazu, dass sich der Markt etwas entspannte.

Derzeit erzeugen sowohl die militärischen Krisen in der Ukraine und Syrien als auch die wirtschaftlichen Abschwünge in Griechenland und Russland eine generelle politische und ökonomische Unsicherheit. Gleichzeitig sind eine hohe Angebotskonzentration sowie erhöhte Preis- und Lieferrisiken bei einigen mineralischen Rohstoffen zu diagnostizieren – suboptimale Voraussetzungen für einen sicheren Rohstoffzugang. Besser ausgeschöpfte Kapazitäten, höhere Recyclingraten oder auch Substitute können die Lage nur bedingt verbessern.

Jedoch wird im Hinblick auf die Rohstoffversorgung Recycling immer wichtiger. So werden bereits heute über 90 Prozent des im Bauwesen und Verkehrssektor eingesetzten Aluminiums, Zinks, Kupfers und Bleis recycelt.

ANTEIL DER TOP 5 LÄNDER AN DER WELTPRODUKTION 2011/2012

Quelle: DERA 2014



VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN SIND EINE GRUNDVORAUSSETZUNG

Stolpersteine drohen derzeit auf der politischen Ebene, vor allem aus Brüssel. Hintergrund ist ein Verordnungsentwurf in Sachen Konfliktrohstoffe. Bei der Gewinnung von Rohstoffen sollen Querfinanzierungen von Rebellengruppen und Konflikten unterbunden werden.

Die Nichteisen-Metallindustrie unterstützt die Bemühungen, die Finanzierung von Rebellentruppen durch den Kleinbergbau in der Demokratischen Republik Kongo oder in deren Nachbarstaaten zu verhindern. Dabei müssen aber sowohl die Folgewirkungen für die Menschen vor Ort als auch für die Industrie in Europa überprüft werden. Die Politik hat die Aufgabe, sowohl moralisch als auch wirtschaftspolitisch die richtigen Akzente zu setzen. Ein Mehr an Bürokratie muss dabei nicht zwingend die Konsequenz sein. Die geologische Verfügbarkeit bleibt bei der Rohstoffsicherung weiterhin ein wichtiger Einflussfaktor. Grundsätzlich werden aber genügend Basismetalle in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen, um die Nichteisen-Metallindustrie mit mineralischen Rohstoffen zu versorgen. Im Kontext der Rohstoffverfügbarkeit wird es vor allem um politische, insbesondere geopolitische Einflussfaktoren gehen. Das betrifft auch Deutschland. Verlässliche politische Rahmenbedingungen, eine industriefreundliche Standortpolitik und strategische Partnerschaften werden für einen sicheren Rohstoffzugang entscheidend sein.

AUTOR

Sebastian Schiweck ist Referent für Handels-/Zoll- und Rohstoff- sowie Verkehrspolitik der WirtschaftsVereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter schiweck@wvmetalle.de

EUROPA — ROLF KUBY

Geschwindigkeit des Handelns an die digitale Revolution anpassen

Politik

02.2

Die von der EU-Kommission gewünschte Reindustrialisierung muss auch unter der Voraussetzung 4.0 gedacht werden. Die Digitalisierung ist eine Chance für die europäische Industrie.

Digital wird sie sein, autonom, flexibel und intelligent: Die Fabrik von morgen, die unter dem Begriff Industrie 4.0 IT- und Fertigungstechnik verbindet. Die vierte industrielle Revolution wird die Produktion von Grund auf verändern. Es wird eine Abkehr von der Massenfertigung nach heutigen Standards und dafür eine kleinteiligere Produktion mit individualisierbaren Produkten geben.

Die Smart Factory beinhaltet auch die weitgehende Integration von Kunden und Geschäftspartnern in Geschäfts- und Wertschöpfungsprozesse sowie die Verschmelzung von Produktion mit hochwertigen Dienstleitungen.

DEUTSCHLAND KANN VON DER INDUSTRIE 4.0 PROFITIEREN

Auch im digitalen Zeitalter wird die Industrie bleibende Werte schaffen und zugleich ein wichtiger Motor für Wachstum und Entwicklung sein. Der Wirtschaftsstandort Deutschland kann von der vierten industriellen Revolution stark profitieren.

Die Industrie 4.0 kann allein in sechs volkswirtschaftlich wichtigen Branchen bis zum Jahr 2025 Produktivitätssteigerungen in Höhe von insgesamt rund 78 Milliarden Euro ermöglichen. Durchschnittlich 1,7 Prozent pro Jahr und Branche können als zusätzliche Bruttowertschöpfung erzielt werden.

Auch und gerade die Nichteisen-Metallindustrie kann zu den Gewinnern der digitalen Produktion gehören. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation.

EU SETZT AUF REINDUSTRIALISIERUNG

Die neue EU-Kommission unter Präsident Juncker hat jetzt die Chance, die vierte industrielle Revolution aktiv mitzugestalten. Die Digitalisierung wird ein Schlüsselfaktor sein, um die in Europa gewünschte Reindustrialisierung zu erreichen.

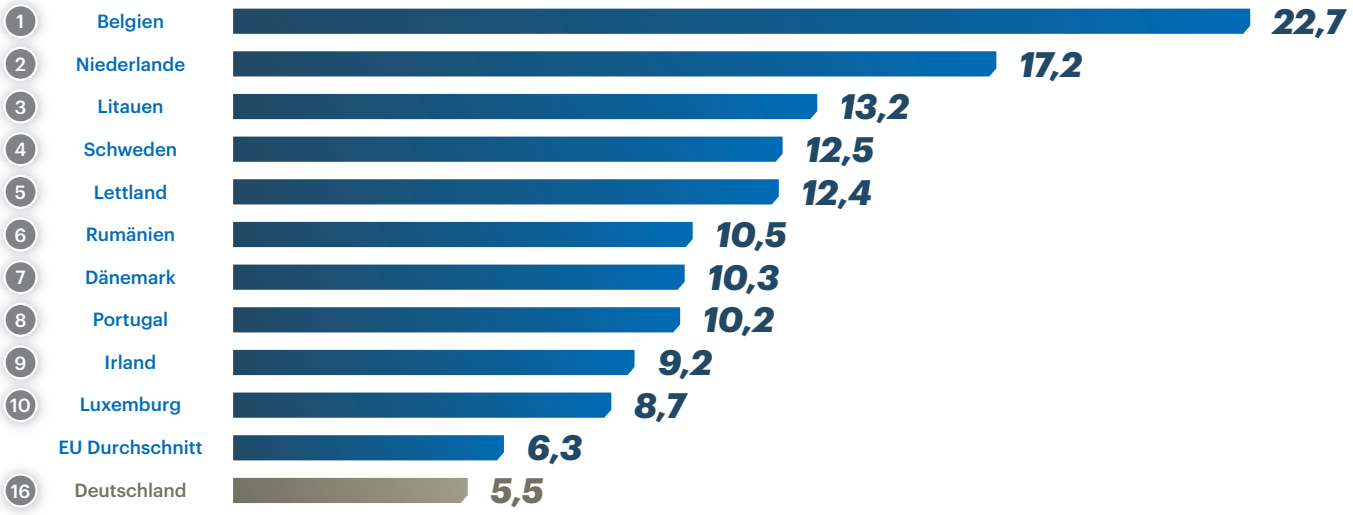
Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger, in Brüssel maßgeblich verantwortlich für die Industrie 4.0, hat die

→

Die neue EU-Kommission unter Präsident Juncker hat die Chance, die Digitalisierung aktiv mitzugestalten. Sie will einen Teil des 315 Milliarden Euro schweren Investitionsprogramms für den Ausbau der Breitbandnetze verwenden.

GERADE 5,5 % DER DEUTSCHEN HABEN SCHNELLES INTERNET

Bevölkerungsanteil mit schnellem Breitbandtarif (min. 30 Mbps) im Januar 2014 (in %)



Quelle: Europäische Kommission

Maxime ausgegeben: „Dort, wo wir Industrie in Europa haben, müssen wir sie halten. Wo wir sie nicht haben, müssen wir sie bekommen."

Die Digitalisierung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, diese Maxime mit industriellem Leben zu füllen. Die EU müsse hierbei die Geschwindigkeit ihres Handelns deutlich erhöhen, so der EU-Kommissar in einem Zeitungsinterview. „Die Revolution vollzieht sich schneller, als viele Akteure in Politik und Wirtschaft wahrhaben wollen."

MILLIARDEN-INVESTITIONEN IN EUROPÄISCHE BREITBANDNETZE

Die Aufgaben liegen auf der Hand. Der Index für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft der EU-Kommission macht starke Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Staaten, zum Beispiel bei der Breitbandversorgung, deutlich. Deutschland liegt hier in vielen Bereichen zumeist im Mittelfeld.

Die EU-Kommission will den Ausbau der digitalen Infrastruktur unterstützen. So soll ein Teil des 315 Milliarden Euro schweren Investitionsprogramms für den Ausbau der Breitbandnetze verwendet werden. Die EU-Kommission hofft, dass jeder im Rahmen des neuen Europäischen Fonds eingesetzte Euro Investitionen in Höhe von 15 Euro nach sich zieht.

DIGITALE CHANCE FÜR EUROPA

Die digitale Revolution ist eine Chance für Europa, zumal die EU-Staaten im globalen Wettbewerb immer mehr an Boden verlieren. Ob Wirtschaftswachstum, Forschungsinvestitionen oder Innovationen – in all diesen Bereichen fällt die EU und besonders die Euro-Zone gegenüber den USA oder asiatischen Konkurrenten dramatisch zurück. Europas Unternehmen fordern deshalb von der neuen EU-Kommission deutliche Wachstumsimpulse.

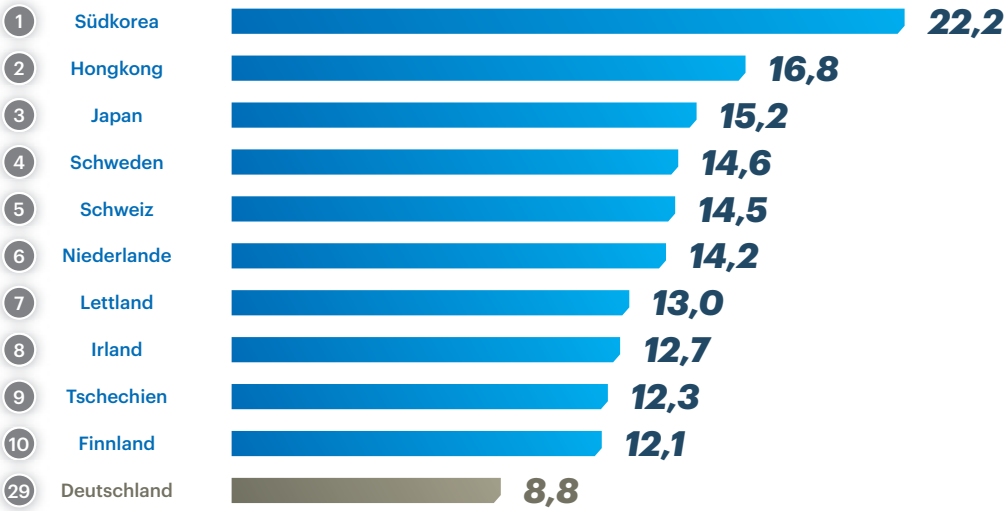
Dabei steht der Abbau von Regulierung und Bürokratie ganz oben auf der Wunschliste. Dies zeigt eine Umfrage unter europäischen Unternehmen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Auf den weiteren Plätzen folgen die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte, der Zugang zu bezahlbarer Energie sowie eine gute Verkehrsinfrastruktur.

VON EINER STÄRKUNG DER INDUSTRIE PROFITIEREN AUCH DIENSTLEISTER

Bedauerlich ist, dass viele Unternehmensvertreter die wirtschaftlichen Zukunftschancen für die Europäische Union mit Skepsis betrachten. Mit Blick auf den Produktionsstandort erwartet fast die Hälfte eine Verschlechterung für das verarbeitende Gewerbe.

DEUTSCHES WEB: ZU LANGSAM FÜR DIE WELTSPITZE

Top 10 Länder mit dem schnellsten Internetzugang und Deutschland im 4. Quartal 2014 — in Mbits/s



Quelle: Akamai

Dies steht im Gegensatz zu den Zielen der EU-Kommission. Sie hat sich vorgenommen, die europaweite Quote der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von derzeit 16 auf 20 Prozent im Jahr 2020 zu steigern.

Hier sind vor allem Investitionen in Spanien, Großbritannien, Italien oder Frankreich nötig, wo der Anteil der Industrie zwischen 2005 und 2013 deutlich geschrumpft ist. In Deutschland war in diesem Zeitraum dagegen sogar ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Hintergrund sind weltweit vorbildliche Wertschöpfungsketten, in denen Industrie- und Dienstleistungsbranchen eng verbunden sind. Darüber hinaus gibt es starke Kooperationen von Firmen, Zulieferern, Wissenschaft und Institutionen.

VORTEILE AUCH FÜR DIENSTLEISTER

Die EU-Kommission steht in der Industriepolitik vor wichtigen Aufgaben. Schafft sie es, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu steigern, können wie in Deutschland auch Dienstleistungssektoren davon profitieren.

→|

AUTOR
Rolf Kuby leitet das Europabüro der WirtschaftsVereinigung Metalle in Brüssel.
Sie erreichen ihn unter kuby@wvmetalle.de

STEUERPOLITIK — MONIKA SETZERMANN

Das Matroschka-System

Politik

Reverse Charge: Wie eine kleine Änderung im Kroatiengesetz zu einem Steuerchaos für zahlreiche Unternehmen führte

02.3

Reverse-Charge im Matroschka-Verfahren: Es gab eine Überraschung nach der anderen.

Am Prinzip der Matroschka-Puppen, bei denen beim Öffnen der einen immer eine weitere, kleinere Puppe zum Vorschein kommt, scheint auch das Bundesfinanzministerium Gefallen zu finden. Die Geschichte der Einführung von Reverse-Charge ähnelt dem Prinzip der russischen Holzpuppen. Es kam immer wieder zu neuen Überraschungen.

PLÖTZLICH GING ES UM REVERSE-CHARGE

Matroschka 1: Am 21. März 2014 veröffentlichte das Bundesfinanzministerium den Referentenentwurf des Kroatiengesetzes. Dabei ging es vor allem darum, das nationale Steuerrecht an den Beitritt Kroatiens zur EU anzupassen. Ende Mai kam der Entwurf in die parlamentarische Beratung. Es hieß, die übrigen steuerlichen Regelungen sollten nur „redaktionelle Änderungen“ umfassen.

Im Rahmen der Debatte wurden dann aber noch weitergehende Änderungen in den Gesetzentwurf aufgenommen. Jetzt war plötzlich Reverse-Charge, also die Verlagerung der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger beim Handel mit Neumetallen, Bestandteil des Gesetzes.

WENIG ZEIT UND GROSSE HERAUSFORDERUNGEN

Matroschka 2: Kurz vor der Sommerpause trat Ende Juli 2014 das Kroatiengesetz in Kraft. Die neuen Reverse-Charge-Regelungen galten ab dem 01. November 2014. Die Unternehmen hatten lediglich drei Monate Zeit, ihre EDV-gestützten Systeme wie Materialwirtschaft, Rechnungswesen und Finanzbuchhaltung entsprechend umzustellen. Auch der umfassende Anwendungskatalog stellte die Unternehmen vor große Herausforderungen. Wer bisher durch fehlende Ausfuhrlieferungen keinen Bezug zum Zoll hatte, musste nun sein Produktportfolio nach Zolltarifnummern klassifizieren.

Zudem kam es zu neuen Abgrenzungsproblemen. So unterlagen Rohre nicht Reverse-Charge, Hohlprofile aber schon. Und plötzlich galt auch für Waren des täglichen Gebrauchs, zum Beispiel für Aluminiumfolie oder Teile des Baumarktsortiments, die Reverse-Charge-Regelung. Auf Initiative der Verbände räumte das Ministerium zunächst eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2014 ein. Diese wurde im Dezember noch einmal bis zum 30. Juni 2015 verlängert.

DRASTISCH REDUZIERTER ANWENDUNGSKATALOG

Matroschka 3: Die Eingaben der Verbände und Unternehmen führten dazu, dass die Regelungen in einem Schnellschuss nicht wie vorgeschlagen in Teilbereichen verbessert, sondern noch einmal grundlegend geändert wurden. Leider ohne wirklich die Belange der Unter-

→

+++ STEUERNEWSTICKER +++

Diese Veränderungen erwarten uns 2015 und 2016

1 JAHRESSTEUERGESETZ 2016 – ZOLLKODEXANPG 2.0

Im vergangenen Jahr haben Bundestag und Bundesrat einem abgespeckten Jahressteuergesetz 2015 zugestimmt. Es wurde im sogenannten Huckepackverfahren an das **„Kroatiengesetz"** und das **„Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften"** (ZollkodexAnpG) angehängt.

In Ergänzung dieser Gesetze werden derzeit für das Jahr 2015 weitere steuerliche Rechtsänderungen vorbereitet. Diese beruhen auf einer Protokollerklärung, die die Bundesregierung im Rahmen der Verabschiedung des ZollkodexAnpG abgegeben hat. Ohne diese wäre es sonst nicht zu einer Zustimmung durch den Bundesrat gekommen, der sich im ZollkodexAnpG zu wenig berücksichtigt fühlte.

Am 20.02.2015 wurde vom Bundesfinanzministerium der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung zum ZollkodexAnpG vorgelegt. Er entspricht dem Inhalt nach einem Jahressteuergesetz 2016. **Die wesentlichen Eckpunkte des Referentenentwurfs sind:**

- Erweiterung der unbeschränkten Steuerpflicht
- Erleichterungen beim Investitionsabzugsbetrag
- Ausweitung der Konzernklausel nach § 8c KStG
- Einschränkungen der Einbringungstatbestände nach dem Umwandlungssteuergesetz

Weitere Änderungen betreffen Hybridelektrofahrzeuge, die Besteuerung von Unterstützungskassen, Änderungen bei der Grunderwerbsteuer und Änderungen im Bewertungsgesetz.

Das Gesetz soll voraussichtlich im Herbst 2015 verabschiedet werden.

2 ERBSCHAFTSTEUERGESETZ – NEUREGELUNG STEHT BEVOR

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit der erbschaftsteuerlichen Verschonungsregelungen steht der Gesetzgeber nun vor der Aufgabe, das Erbschaftsteuergesetz zu reformieren.

Die Richter haben ausdrücklich bestätigt, dass es grundsätzlich zulässig ist, Betriebsvermögen zu verschonen.

Der Gesetzgeber hat nun Zeit, **bis zum 30. Juni 2016** neue Regelungen zur Besteuerung des Betriebsvermögens auf den Weg zu bringen. Verstreicht dieser Termin, gilt weiterhin das geltende Recht.

Das erste Eckpunktepapier wurde bereits veröffentlicht und hat zu kontroversen Diskussionen geführt. Die Wirtschaftsverbände stehen hier in engem Kontakt mit dem Gesetzgeber. Die zentrale Forderung ist das Wesen der deutschen Unternehmenskultur, das durch ein starkes Familienunternehmertum geprägt ist, zu erhalten.

Die Erbschaftssteuerreform darf nicht auf dem Rücken des Mittelstands ausgetragen werden. Eine Schäwchung des Eigenkapitals der Betriebe ist daher nicht akzeptabel.

Insbesondere bei der Bedürfnisprüfung sollten die bei Familienunternehmen typischen Besonderheiten der Kapitalbindung, wie Thesaurierungsvorgaben und Verfügungsbeschränkungen, berücksichtigt werden.

3 WEITERE ÄNDERUNGEN IM STEUER- UND FINANZRECHT

Folgende Gesetze und Themen mit Fokus auf den Mittelstand **betreffen unsere Branche** in den Jahren 2015 und 2016 auf nationaler und internationaler Ebene:

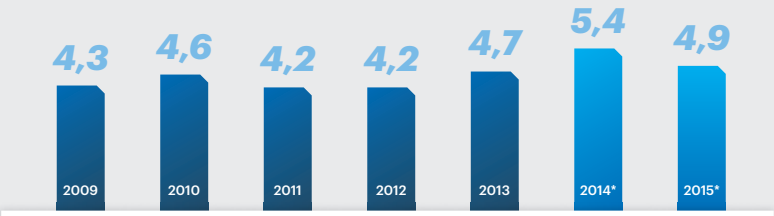
Bürokratieentlastungsgesetz: Zentraler Gegenstand ist die Befreiung einer größeren Anzahl von kleinen Unternehmen von gesetzlichen Aufzeichnungspflichten und der Abgabenordnung. Erreicht werden soll dies durch die Anhebung der Grenzwerte für Umsatz und Gewinn auf 600.000 bzw. 60.000 Euro.

Kapitalmarktunion (Grünbuch der Europäischen Union): Mit der von der Europäischen Union angestrebten Kapitalmarktunion soll kleinen und mittleren Unternehmen der Zugang zum Kapitalmarkt vereinfacht und zu anderen Finanzierungsformen ermöglicht werden.

Erhöhung der Steuertransparenz („Tax Rulings"; EU, G20/OECD): Die Bundesregierung hat zusammen mit der Europäischen Union und der OECD aggressiven Steuergestaltungen und Gewinnverlagerungen (BEPS) den Kampf angesagt. Mit Hilfe von erweiterten Meldepflichten und Informationsrechten sollen höhere Transparenz und Steuergerechtigkeit geschaffen werden.

Finanztransaktionssteuer (FTT):
Trotz mangelnder Klarheit über Grundzüge und Umfang der FTT steigt der politische Druck einer Einführung.

FESTGESETZTE ERBSCHAFTSSTEUER in Mrd. Euro



Quelle: Destatis, Bundesministerium der Finanzen *Prognose

nehmen zu berücksichtigen. Kurz vor Weihnachten stimmte der Bundesrat einer Änderung des Gesetzes zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und weiterer steuerlicher Vorschriften zu.

Wie beim Kroatiengesetz wurde die Regelung erneut im Huckepackverfahren an ein anderes Gesetz angehängt. Dabei wurden die Regelungen zur Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens wieder grundlegend geändert. Der Anwendungskatalog wurde drastisch reduziert und nur auf Metall in seiner Rohform beschränkt.

Darüber hinaus wurde eine Bagatellgrenze in Höhe von 5.000 Euro eingeführt. Ziel der Bagatellgrenze war, Einzelhandel und Baumärkte zu entlasten. Kurios: Da diese durch den neuen Anwendungskatalog aber ohnehin nicht mehr in der Reverse-Charge-Pflicht sind, wäre das gar nicht nötig gewesen.

ZUSÄTZLICHER AUFWAND FÜR DIE METALLINDUSTRIE

Für die Metallindustrie bedeutete die erneute Änderung einen zusätzlichen Aufwand. Die IT-Systeme mussten noch einmal umgestellt werden. Zugleich wurden die Unternehmen bestraft, die bereits die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen hatten, das Reverse-Charge-Verfahren wie ursprünglich geplant anzuwenden.

Im Durchschnitt fielen für die erste Systemumstellung pro Unternehmen je nach Unternehmensgröße und Vielfalt des Produktportfolios Kosten zwischen 23.000 und 70.000 Euro an. In Konzernen addierten sich diese Kosten schnell auf bis zu 300.000 Euro.

Ziel des Gesetzgebers war es, mit der Erweiterung von Reverse-Charge auf den Handel mit Neumetallen Umsatzsteuerbetrug zu verhindern. Die WVM begrüßt das grundsätzlich. Die Regelung hätte unseren Unternehmen ein höheres Maß an Rechtssicherheit in Bezug auf Steuer- und Haftungsrisiken bieten können.

ROLLE RÜCKWÄRTS BEI DEN LETZTEN ÄNDERUNGEN

Matroschka 4: Die in der letzten Änderung enthaltene Anlage 4 widerspricht dem ursprünglichen Ziel und wird zu einer Rolle rückwärts. Wichtige Produkte unserer Unternehmen wie Gießwalzdraht sind nun nicht mehr in der Reverse-Charge-Regelung enthalten. Damit werden sich so genannte Karussellgeschäfte voraussichtlich nur auf andere Waren verschieben, aber sie werden nicht wie geplant verhindert.

FORDERUNGEN DER WVM: MEHR TRANSPARENZ, MEHR DIALOG

Die zum Teil chaotische Einführung von Reverse-Charge für Unternehmen macht deutlich: Es gibt Raum für Verbesserungen. Wir fordern angemessene Reaktionszeiten für Unternehmen. Zudem schlägt die WVM mehr Transparenz und einen besseren Dialog im Gesetzgebungsverfahren vor.

Dialog statt Matroschka-System: Der Gesetzgeber fordert von Unternehmen eine stetig wachsende Transparenz in Form von elektronischen Berichten oder erweiterten Publizitätspflichten. Die gleiche Offenheit sollten Unternehmen vom Gesetzgeber erwarten dürfen.

AUTORIN
Monika Setzermann ist Referentin für Steuer- und Finanzpolitik der WirtschaftsVereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter setzermann@wvmetalle.de

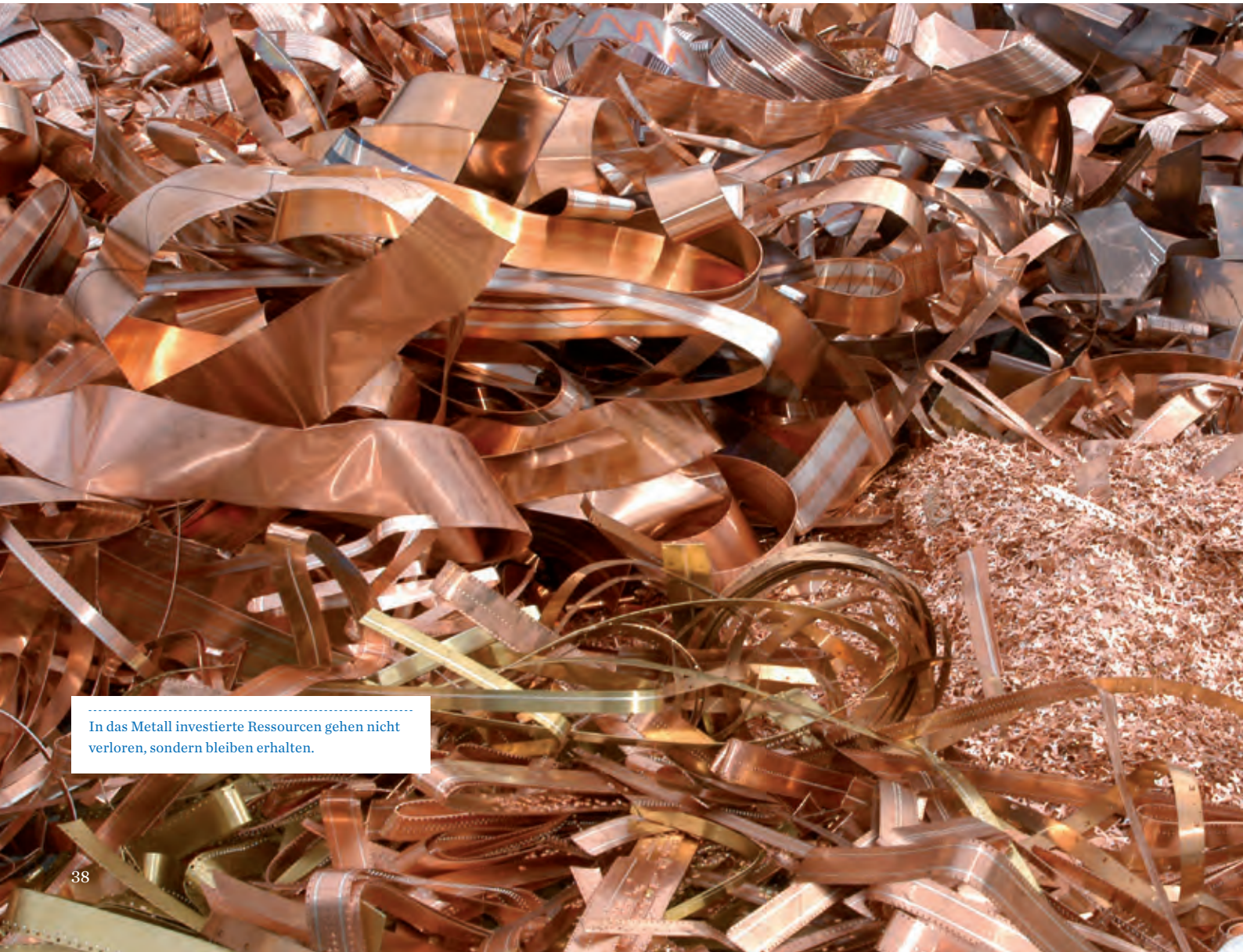
UMWELT — RAINER BUCHHOLZ

Recycling liegt in der DNA der Metalle

Politik

Der Metallpool wird zur modernen Lagerstätte in der Technosphäre. Infrastruktur und Produkte sind die neuen Metallspeicher. Aus Mining wird Urban Mining.

02.4



In das Metall investierte Ressourcen gehen nicht verloren, sondern bleiben erhalten.

„Wir müssen unsere Ressourcen recyceln und dürfen sie nicht als Abfall in Deponien vergraben.“

→ Mit diesem Statement brachte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik im Juli vergangenen Jahres ein Paket zur Förderung der Kreislaufwirtschaft auf den Weg – kurz vor dem Ende seiner Amtszeit.

Für Potočnik stand fest: Bei anhaltendem Weltbevölkerungswachstum müsse es letztlich zu einer globalen Ressourcenkrise kommen. Denn Schwellenländer übertragen vermeintlich lineare Wirtschaftssysteme der Industriestaaten auf Millionen neue konsumfreudige Verbraucher.

Der EU-Kommissar plädierte dafür, das auf Wachstum angelegte lineare Wirtschaftssystem in eine Kreislaufwirtschaft umzugestalten.

Eine zirkulierende statt einer linearen Wirtschaft? Wer im Kreis läuft, gilt im Allgemeinen eher nicht als effizient. Als Ausweis von Effizienz gilt vielmehr lineares Handeln. Eine typisch menschliche Sichtweise. Denn die Natur organisiert sich seit jeher in Kreisläufen von Stoffströmen. Beispiele hierfür sind der Wasserkreislauf oder der Kreislauf von Biomasse über die Stufen Pflanzenwachstum, Absterben, Kompostierung und neues Wachstum.

METALLE: DIE NATUR HAT DAS RECYCLING IN IHRE DNA DIKTIERT

Die Ähnlichkeiten von Kreisläufen in der Natur im Vergleich zu Metallen sind dabei vielfältig. Anders als viele andere Materialien werden Metalle nicht verbraucht. Sie lassen sich mit verhältnismäßig geringem Aufwand und ohne Qualitätsverluste immer wieder zu neuen Werkstoffen umwandeln.

Damit kommen Metalle erneuerbaren Rohstoffen sehr nahe. Überraschend ist das nicht, sind Metalle doch natürliche Elemente der Erdkruste. Die Natur hat das Recycling in ihre DNA diktiert.

Metallrecycling gleicht damit unter anderem dem Kreislauf des Wassers. Es nutzt die von der Natur gegebene Kreislauffähigkeit von Metallen, um der Gesellschaft immer wieder hochreine neue Werkstoffe zur Verfügung zu stellen, die sich auch durch ihre Nutzung nicht verbrauchen.

DER MENSCH LEGT EINEN EIGENEN METALLPOOL AN

Schätzungen zufolge werden 80 Prozent des jemals erzeugten Kupfers und 75 Prozent des jemals erzeugten Aluminiums heute noch genutzt. Der Mensch legt damit einen eigenen Metallpool an. Dieser wird durch die hohe Nachfrage in sich entwickelnden Gesellschaften und die meist lange Bindungsdauer in Produkten oder der Infrastruktur beständig größer.

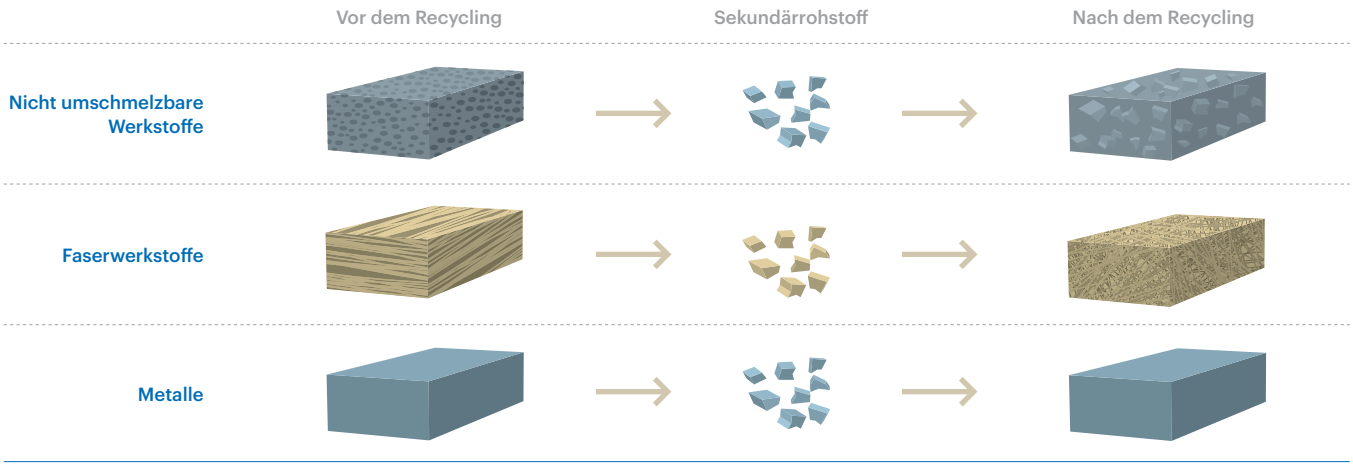
Nach Schätzungen der UNEP sind für jeden Einwohner industrialisierter Staaten bis zu 500 kg Aluminium, 300 kg Kupfer, 200 kg Zink und 150 kg Blei in der Infrastruktur gebunden. Diese Metalle bleiben erhalten, sie wechseln nur den Platz.

Aus alten geologischen Lagerstätten in der Natur werden moderne Lagerstätten in der Technosphäre.

→

METALL BLEIBT METALL

Metalle lassen sich ohne Qualitätsverlust wiederverwerten. Weil die metallische Bindung nach dem Einschmelzen erhalten bleibt, bewahren Metalle selbst nach mehrfachem Recycling ihre ursprünglichen Eigenschaften. Dadurch können sie immer wieder für die gleiche Anwendung eingesetzt werden. Im Gegensatz dazu wird die Leistungsfähigkeit der meisten nichtmetallischen Werkstoffe durch das Recycling beeinträchtigt.



Infrastruktur und Produkte sind die neuen Metallspeicher. Der Bergbau verlagert sich in Städte, aus Mining wird Urban Mining.

IN METALL INVESTIERTE RESSOURCEN GEHEN NICHT VERLOREN

Moderne Gesellschaften benötigen mehr und mehr Metalle, auch aus Metallerzen. Dies ist verantwortbar, denn die heute gewonnene Metallmenge steht auch folgenden Generationen weiterhin zur Verfügung. Und diese profitieren vom künftigen Urban Mining: Aus dem angelegten Pool lassen sich Metalle mit viel geringerem Energie- und Ressourcenaufwand gewinnen als aus Erzen.

Auch bei multimetallischen Erz-Mineralien gibt es in der Nutzung eine Kopie durch den Menschen. Das Pendant sind „Multi-Metall-Designer-Mineralien“ in multimetallischen Produkten. Die Techniken, aus Metallerzen mehrere Metalle gleichzeitig auszubringen, sind daher ähnlich denen, die beim Recycling von Produkten mit einer Vielzahl von Metallen eingesetzt werden.

Sind Metalle einmal gewonnen, können sie mit nur sehr geringem Aufwand und ohne Qualitätsverlust ressourcenschonend jederzeit wieder dem Kreislauf zugeführt werden. In das Metall investierte und gespeicherte Ressourcen gehen nicht verloren, sondern bleiben erhalten. Dieser Effekt ist umso größer, je öfter Metalle in den Kreislauf zurückkommen.

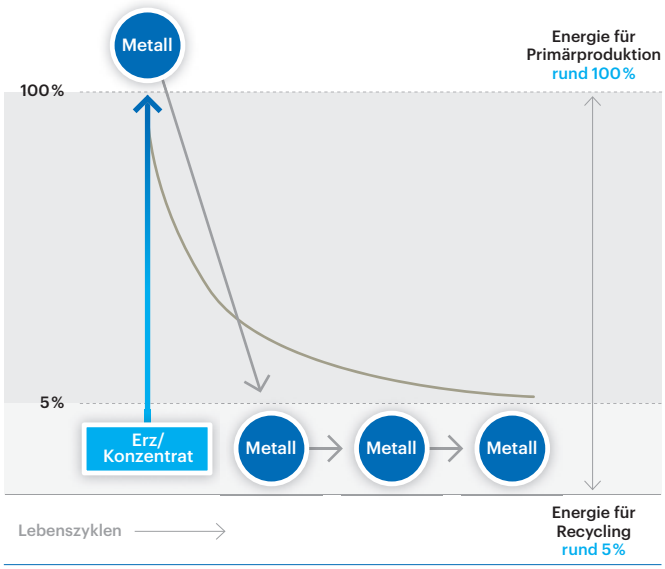
Der bei der Primärproduktion entstehende „Rucksack“ relativiert sich damit zunehmend. Dies wird am Beispiel der benötigten Energie deutlich: Recycling spart bis zu 95 Prozent der für die Ersterzeugung aufgewendeten Energie.

Die Diskussion und das Nachdenken über den Umgang mit den stofflichen Ressourcen der Erde ist ohne Alternative. Das rasante Wachstum der Weltbevölkerung in den sich entwickelnden Schwellenländern, der Konsumhunger der neuen kaufkräftigen Mittelschichten, die ungleiche Verteilung von Metallerzen in der Erdkruste und protektionistische Maßnahmen vieler Staaten haben einen direkten Einfluss auf die Verfügbarkeit von Ressourcen. Die Natur als Vorbild für nachhaltiges Wirtschaften kann eine Form der industriellen Ökologie befördern und in Teilen möglich machen.

DEUTSCHLAND BEI RECYCLING-QUOTEN VORBILDLICH

Die deutsche Recyclinggesetzgebung gilt als wichtiger Wegbereiter des europäischen Abfallrechts. Wenn es um die Erfüllung der europäischen Recyclingquoten für Verpackungen, Altfahrzeuge, Elektro- und Elektronikgeräte oder Batterien geht, ist Deutschland seit vielen Jahren vorbildlich.

ENERGIEAUFWAND UND RECYCLING



Aufgrund fehlender heimischer Rohstoffe hat sich das Land viel früher als andere auf das Recycling spezialisieren müssen. Dies gilt auch für Metalle als Rohstoffquelle. In kaum einem anderen Land auf der Welt werden mehr Metalle recycelt als hier.

Die Ankündigung der EU-Kommission, Ende dieses Jahres ein ehrgeizigeres Circular Economy Paket vorzulegen, ist daher als Chance für die europäische NE-Metallindustrie zu sehen.

ES KANN KEINE „ONE SIZE FITS ALL"-LÖSUNG GEBEN

Dabei kann es allerdings keine „One Size Fits All"-Lösung geben. Die naturgegebenen Spezifika von Metallen müssen berücksichtigt werden. Jeder Rohstoff benötigt eine an ihn angepasste „Material Stewardship". Je nach Material unterscheiden sich die zu beachtenden Effizienzprinzipien. Die rohstoffliche Basis von Metallen als „permanente Materialien" bleibt erhalten, wenn man politisch die richtigen Effizienzprinzipien ansteuert.

Entscheidend ist dabei, dass von der Erfassung über Sortierung, Aufbereitung und dem industriellen Recycling von metallhaltigen Sekundärvorstoffen jede einzelne Stufe optimiert wird. So wäre es zum Beispiel Verschwendung, am Ende der Kette im industriellen Schmelzprozess Rückgewinnungsgrade von weit über 90 Prozent zu erzielen, wenn zuvor bei der Erfassung und Sortierung erhebliche Mengen verloren gehen.

Als wichtige Voraussetzung für ein funktionierendes System muss der europäische Gesetzgeber daher stärker als bisher ein Design for Recycling als wichtigen Bestandteil des Öko-Designs von Produkten fördern und fordern.

QUALITÄTSSTANDARDS MÜSSEN INTERNATIONAL HARMONISIERT WERDEN

Zudem muss die Erfassung gebrauchter Produkte verbessert werden. Dazu gehört auch das entschiedene Einschreiten gegen illegale Abfallexporte auf die Agenda in Brüssel und in einzelnen Mitgliedstaaten. Denn durch diese Exporte in Länder mit geringen Umwelt- und Sozialstandards gehen Europa wichtige Rohstoffe verloren.

Darüber hinaus brauchen wir eine internationale Harmonisierung von Qualitätsstandards für das Recycling. Und: Die Deponierung von metallhaltigen Produkten muss endlich der Vergangenheit angehören.

AUTOR
Rainer Buchholz ist Referent für Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz der WirtschaftsVereinigung Metalle.
Sie erreichen ihn unter buchholz@wvmetalle.de

Industrie setzt auf aktive Mitarbeit

Bleigrenzwertdiskussion: Eine Expertengruppe erarbeitet geeignete Methoden. Der Aufwand ist groß, doch das Engagement lohnt, da es um Musterlösungen für die Bewertungen aller Legierungen geht.

Die EU will metallisches Blei sowie bleihaltige Materialien und Legierungen als fortpflanzungsgefährdend einstufen. Das hätte Folgen. Unter anderem wären Stoffströme betroffen, die über das Recycling Blei in geringen Mengen enthalten. Damit stellen die aktuell diskutierten Bleigrenzwerte weite Teile der metallischen Kreislaufwirtschaft infrage.

Das zuständige europäische Komitee hat Anfang Februar 2015 entschieden, Blei noch nicht in die EU-weit harmonisierte Liste der eingestuften Stoffe zu übernehmen. Vorausgegangen waren zu diesem Zeitpunkt bereits drei Vorabstimmungen im April, September und zuletzt im Dezember 2014.

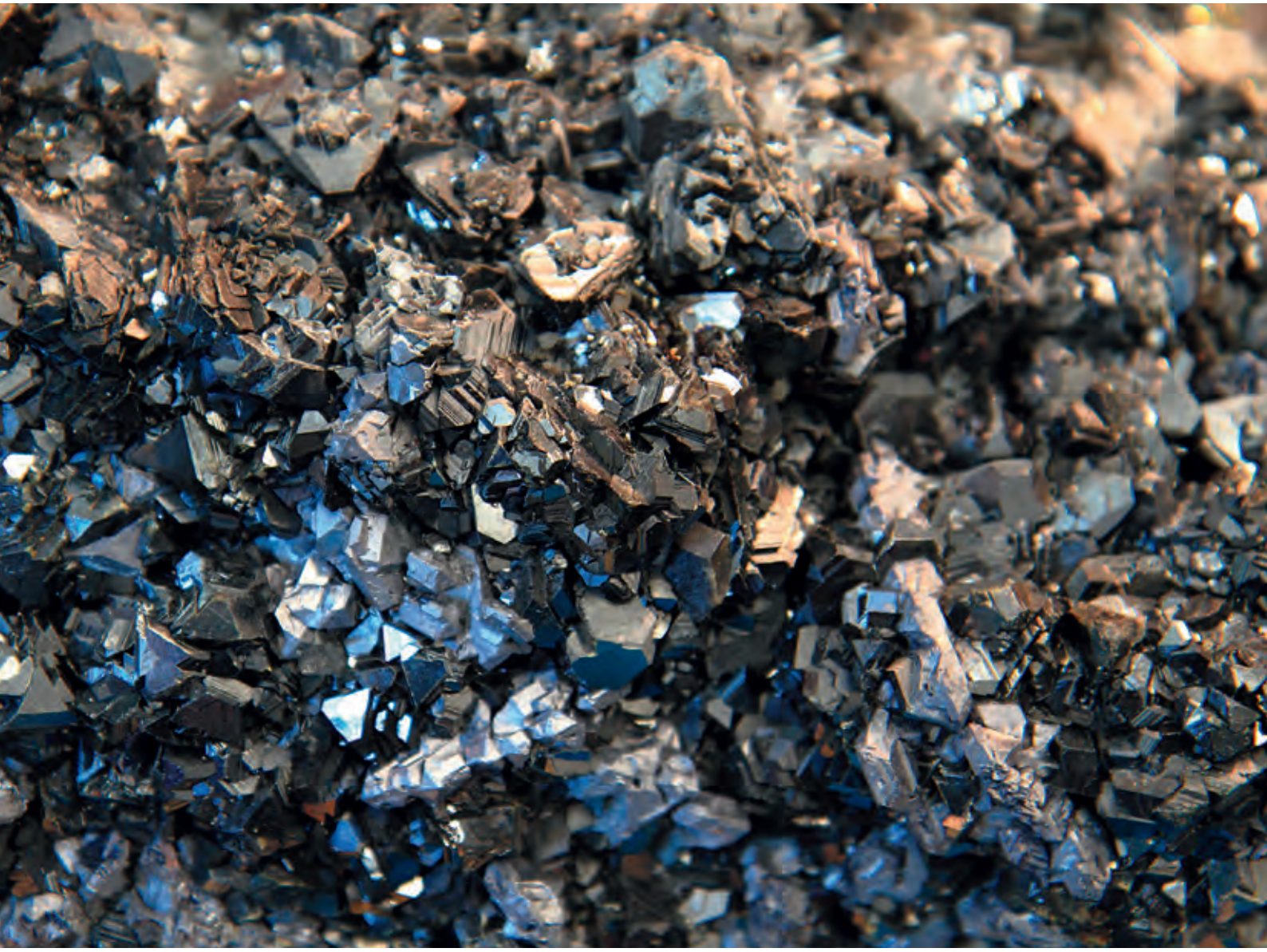
Bei jeder Abstimmung hatten sich zahlreiche Mitgliedstaaten entschieden dagegen ausgesprochen, den Vorschlag aus dem Risikobewertungsausschuss unverändert zu übernehmen. Der Vorschlag sah vor, Blei in allen Formen in die schärfste Kategorie 1A einzustufen, weil es die Fortpflanzung und die Entwicklung des Kindes im Mutterleib beeinträchtigen könnte. Zudem sollte ein sehr niedriger Konzentrationswert von nur 0,03 Prozent festgelegt werden, ab der bleihaltige Legierungen ebenfalls als reproduktionstoxisch anzusehen wären.

Noch fehlt ein standardisierter Bioelutionstest für Metalle. Die Metallindustrie plädiert dafür, ihn auf OECD-Ebene festlegen zu lassen.

FOLGEN DER BLEI-EINSTUFUNG AUF DAS RECYCLING WURDEN ERKANNT

Für Streit sorgt vor allem der Vorschlag zum Konzentrationswert. Denn durch den extrem niedrigen Wert sind komplexe Auswirkungen auf andere Rechts- und Regelungsbereiche sowie existenziell negative Folgen für die Rohstoffversorgung, die Herstellung und Weiterverarbeitung und das Recycling von Metallen in Europa zu befürchten.

Die Industrie hat daher bereits von Beginn an vorgeschlagen, Ergebnisse aus Bioverfügbarkeitstests heranzuziehen. Diese Tests können deutlich machen, wie viel Blei tatsächlich aus einem Material herausgelöst – also bioverfügbar – wird. Durch einen



Vergleich mit dem vorgeschlagenen Konzentrationsschwellenwert zeigt sich dann, ob das Material eingestuft werden muss.

Nach langen Diskussionen hat das europäische Komitee beschlossen, eine Expertengruppe einzusetzen. Sie soll eine geeignete Methode für die Einstufung von metallhaltigen Materialien – insbesondere von Legierungen – erarbeiten. Dieses Zwischenergebnis lässt hoffen: die Folgen der Einstufungen zum Beispiel auf das Recycling wurden noch rechtzeitig erkannt. Jetzt haben die Experten die Zeit, an einer sachgerechten Methode zu arbeiten. Es kommt nun darauf an, für die technisch anspruchsvolle Fragestellung eine allgemeingültige und praktikable Lösung zu finden. Erst dann soll die Einstufung von Blei erfolgen.

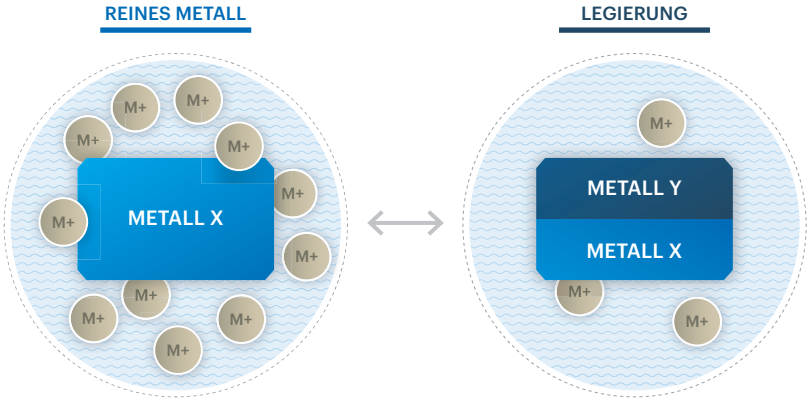
BIOELUTION: METHODENENTWICKLUNG STEHT JETZT AN

Bisher fehlt allerdings ein standardisierter Bioelutionstest für Metalle. Daher plädiert die Metallindustrie dafür, diesen auf Ebene der OECD festlegen zu lassen. Es entspricht auch der Einschätzung des Bundesinstituts für Risikobewertung, dass dem Test eine übergeordnete Bedeutung zukommt. Doch leider lehnt das Institut zum jetzigen Zeitpunkt eine aktive Rolle bei dessen Erarbeitung ab. Dabei hat die Industrie schon wertvolle Vorarbeit geleistet. In einem Laborvergleich wurden bereits verschiedene metallhaltige Materiali-

→

BIOVERFÜGBARKEIT VON LEGIERUNGSBESTANDTEILEN

Reines Metall ermöglicht die Lösung einer bestimmten Menge von Metall-Ionen (M+).
Bei **Legierungen** lösen sich hingegen meist deutlich weniger Metall-Ionen (M+) in der Körperflüssigkeit.



Bioelution
Methode zur Bestimmung des Anteils eines Stoffes (z. B. von Metall-Ionen), die sich in einer künstlichen Körperflüssigkeit lösen.

Bioverfügbarkeit
Fraktion eines Stoffes, die sich in einer künstlichen Körperflüssigkeit löst und damit potenziell für die Aufnahme in den Körper und damit einer Wirkung dort zur Verfügung steht.

en in unterschiedlichen Testlösungen untersucht. Ein Fact-Sheet zur Bioelution bei Metallen und eine Roadmap zur Festlegung der notwendigen Schritte liegen ebenfalls vor. Es bleiben allerdings noch viele Detailfragen zu klären. Nicht zuletzt sind die OECD-Mitgliedstaaten für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen, damit am Ende eine für alle gültige Leitlinie entwickelt werden kann.

INDUSTRIE BETEILIGT SICH AKTIV

Der Aufwand ist groß, aber lohnenswert. Denn die fehlende regulatorische Vorgabe zur Untersuchung von Legierungen und metallhaltigen komplexen Stoffen stellt immer wieder das entscheidende Hindernis bei der Bewertung von Risiken dar. Liegen entsprechende Daten vor, können zum Beispiel Ausnahmen verankert werden.

Die seit langem bestehende Nickel-Norm (EN 1811) ist dafür ein Beispiel. Anhand der Norm wird die Nickelfreisetzung bestimmt. Daraus erfolgt eine entsprechende Verwendungsfreigabe. Die Methodenentwicklung ist zwar ein sehr aufwendiger Prozess, doch sofern es um Musterlösungen für die Bewertung aller Legierungen geht, lohnt das Engagement.

Die Industrie wird sich daher weiterhin aktiv im Verfahren und an der Methodenentwicklung beteiligen.

TECHNISCHE REGEL FÜR METALLE NIMMT FORMEN AN

Eine Musterlösung im Sinne einer umfassenden Praxishilfe ist auch die neue nationale Technische Regel (TRGS) für Metalle. Die fertige TRGS wird mit Spannung erwartet, da für verschiedene als krebserzeugend eingestufte Metalle und Metallverbindungen nunmehr risikobasierte Bewertungsmaßstäbe vorliegen. Diese neuen Werte sind allerdings häufig außerordentlich niedrig. Entsprechend anspruchsvoll ist die Umsetzung in der Praxis.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Etablierung der TRGS ist es, die Bedeutung des oberen Beurteilungsmaßstabs, der sogenannten Toleranzkonzentration, herauszustellen. Oberhalb dieser Marke ergeben sich Gefährdungen für die Mitarbeiter, die verhindert werden müssen.

Dementsprechend klar liegt die Zielsetzung bei den in der TRGS festzulegenden Maßnahmen diese Marke zu unterschreiten. Darunter verbleiben Risiken, die in einem zeitlich und technisch-organisatorisch gestaffelten Prozess minimiert werden sollen.

ZIELMARKE BLEIBT IN VIELEN BEREICHEN EINE ZUKUNFTSVISION

Die anzustrebende Zielmarke im Bereich des niedrigen Niveaus – die Akzeptanzkonzentration – bleibt jedoch in vielen Bereichen eine Zukunftsvision, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Akzeptanzkonzentration bis 2018 noch um den Faktor 10 abgesenkt werden soll. Sie läge dann im Bereich der natürlichen Hintergrundkonzentration.

Die Anforderung für die Luft am Arbeitsplatz in industriellen Anlagen würde damit den Gegebenheiten der unberührten Natur entsprechen. Diese geplante Absenkung muss daher aus unserer Sicht noch einmal grundsätzlich überdacht werden.

NEUFASSUNG DER GEFAHRSTOFF-VERORDNUNG MIT STÄRKEN UND SCHWÄCHEN

Mit der TGRS wird für die Metalle der richtige Weg zur Umsetzung des Risikokonzepts beschritten. Das zeigt sich auch bei den aktuellen Diskussionen zur Überarbeitung der Gefahrstoffverordnung, die die Grundlage für alle Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und den entsprechenden Technischen Regeln in Deutschland ist.

Hintergrund für die derzeit laufende Änderung ist insbesondere die Umsetzung der CLP-Verordnung (Regulation on Classification, Labelling and Packaging of Substances and Mixtures). Die Frist dazu läuft am 1. Juni 2015 ab, es gibt allerdings Verzögerungen. Grund dafür sind Diskussionen insbesondere zur vollständigen Einbindung des Risikokonzepts.

NATIONALE TECHNISCHE REGEL KANN DAUERHAFTE COMPLIANCE SICHERN

Bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden Gefahrstoffen sind derzeit in der Gefahrstoffverordnung nur allgemeine Hinweise auf ein „geeignetes, risikobezogenes Maßnahmenkonzept“ enthalten. Konkrete neue Begriffsbestimmungen sowie Erweiterungen bei den besonderen Schutzmaßnahmen für Tätigkeiten mit krebserzeugenden Stoffen wurden in einem Beraterkreis des Bundesarbeitsministeriums zur Gefahrstoffverordnung – begleitet durch die Expertise der WVM – bereits intensiv vorbereitet.

Die vorgesehene Regelung von Tätigkeiten im roten Bereich (über der Toleranzkonzentration) sieht nach einem Übergangszeitraum von drei Jahren ein geschlossenes System, also komplett dichte Anlagen vor. Dies ist ein unmögliches Unterfangen für die Metallindustrie. Alternativ bleibt nur, im Rahmen einer TRGS die technisch machbaren Tätigkeiten und Maßnahmen zu beschreiben.

Hier schließt sich der Kreis zur frühzeitigen Arbeit an der TRGS Metalle, die genau diese Entwicklung vorwegnimmt und proaktiv eine dauerhafte Compliance für die Unternehmen sichern kann.

MITTEILUNGSPFLICHT BELASTET METALLINDUSTRIE

Kontrovers bleibt aus Sicht der Metallindustrie die in der neugefassten Gefahrstoffverordnung geplante Mitteilungspflicht an die Behörde bei Tätigkeiten oberhalb der Akzeptanzkonzentration. Gerade die metallverarbeitende Industrie ist davon betroffen und wäre massiv belastet.

Eine sinnvolle Verwertung der zu erwartenden Informationsflut ist aus unserer Sicht allerdings nicht gewährleistet. Besser wäre hier eine umfassende Unterstützung der Unternehmen bei der Umsetzung des Risikokonzepts.

Dies kann noch gelingen, zumal es in dieser Frage noch keine abschließende Entscheidung gibt.

AUTOR
Dr. Martin Wieske leitet das Projekt „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ der WirtschaftsVereinigung Metalle.
Sie erreichen ihn unter wieske@wvmetalle.de

REACH — DOROTHEA STEIGER

Beteiligung ist das A und O für die Industrie

Politik

Die Industrie kann sich an der Erstellung der REACH-Listen beteiligen. Und das sollte sie auch. Denn nur so hat sie die Möglichkeit, auf das Verfahren Einfluss zu nehmen.

02.6

Wie bei einem Brettspiel: Seit vergangenem Jahr kann sich die Industrie besser beteiligen.

REACH läuft. Inzwischen geht es den Behörden vornehmlich darum, die Reglementierung von Stoffen voranzutreiben. Dabei gibt es immer mehr Stofflisten. Und diese Listen werden länger und wichtiger.

SOZIÖKONOMISCHE KONSEQUENZEN IM BLICKFELD

Die Kandidatenliste und die zulassungspflichtigen Stoffe in Anhang XIV REACH sind nur die prominentesten Beispiele. Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) diskutiert, ob zukünftig auch das Ranking bei der Priorisierung für die Aufnahme in die Kandidatenliste veröffentlicht werden soll.

Neu ist ebenfalls ein Pilotprojekt in Deutschland, mit dem die frühzeitige Industriebeteiligung bereits bei der Suche nach der besten Risiko-Management-Maßnahme getestet wird.

In einem weiteren Pilotprojekt hat die Europäische Kommission bei der letzten öffentlichen Konsultation auch mögliche sozioökonomische Konsequenzen der Zulassungspflicht für bestimmte Stoffe abgefragt.

BESSERE BETEILIGUNGS-MÖGLICHKEITEN FÜR DIE KONSORTIEN

Wäre REACH ein Brettspiel, so waren früher die Mitgliedstaaten die aktiveren Spieler. Sie schickten bestimmte Stoffe ins Rennen, um zum Schluss eine adäquate Regelung des Stoffs zu erreichen und möglicherweise auch eine Zulassungspflicht zu verhängen.

Am Beginn des Spiels stand die Überlegung, welche Stoffe man regeln möchte und welche Art der Regelung ein adäquates Risikomanagement beim Umgang mit dem Stoff bedeuten würde.

Seit vergangenem Jahr kann die Industrie nun besser mitspielen. Denn nun wird die Liste aller Stoffe, an denen Mitgliedstaaten in diesem Sinne arbeiten, veröffentlicht. Sie nennt sich PACT (Public Activities Coordination Tool). Darin veröffentlichen die Mitgliedstaaten, welche intrinsischen Eigenschaften welcher Stoffe sie gerade näher untersuchen und welche Regelung für sie angemessen erscheint.

Für die Konsortien ist PACT zum einen eine Möglichkeit, am REACH-Spiel teilzunehmen. Zum anderen ist es ein Signal, die Angaben im Registrierungs-

→

Die Industrie bekommt durch Konsultationen mehr Möglichkeiten, das Verfahren zu beeinflussen.

dossier zu überprüfen, das die Grundlage für die Überlegungen aller REACH-Behörden bildet. Und diese Möglichkeit sollte genutzt werden: Konsortien, deren Stoff in PACT eingetragen wurde, sollten zum Beispiel prüfen, ob alle im Dossier genannten Verwendungen tatsächlich auch noch relevant sind. Denn das Entfernen einer besonders risikoreichen Verwendung eines Stoffs aus dem Dossier könnte die Ausgangslage für den Stoff erheblich verbessern.

FRÜHZEITIGE EINBINDUNG DER INDUSTRIE

Eine weitere Beteiligungsmöglichkeit gibt es bei der Analyse der besten Risiko-Management-Optionen. Das Pilotprojekt zum Thema hat die deutsche für REACH zuständige Behörde zur frühzeitigen Einbindung der Industrie gestartet.

Mit diesem Pilotprojekt wird untersucht, wie zum Beispiel der Stoff Beryllium adäquat unter REACH geregelt werden könnte. Hierfür wurde die Industrie gebeten, den Behörden Informationen zu Exposition, Risikomanagement und möglicher Substitution zu liefern. Die Ergebnisse der Konsultation wurden später in einem Fachgespräch erörtert. Beide Seiten erhoffen sich von dieser frühen Einbeziehung der Industrie in Zukunft sachgerechte Entscheidungen der Behörden für die Stoffregulierung.

Die WVM rät den Unternehmen, sich bei solchen Konsultationen zu beteiligen. Sie sind eine Möglichkeit, gleich zu Beginn des Verfahrens wichtige Aspekte einzubringen und damit eine Weichenstellung für die Arbeit der Behörden zu liefern.

DIE BEHÖRDEN GEBEN IHRE ABSICHTEN BEKANNT

Den eigentlichen Startpunkt für die Stoffdiskussionen auf europäischer Ebene bildet dann der REACH-Eintrag ins Verzeichnis der Absichtserklärungen.

In dieses Verzeichnis stellen die Mitgliedstaaten ein, für welche Stoffe sie eine Beschränkung planen oder welchen Stoff sie als besonders Besorgnis erregend identifizieren möchten. Auch diese Absichtserklärungen geben der Industrie Aufschluss darüber, welche Stoffe konkret betroffen sein könnten.

Für Einsatzstoffe im Unternehmen, die als besonders Besorgnis erregende Stoffe vorgeschlagen werden, empfiehlt die WVM, sich bereits an dieser Stelle im Verfahren gemeinsam mit Herstellern auf eine mögliche Priorisierung der Stoffe für die Kandidatenliste vorzubereiten.

Dabei sollten Daten über die exakte Verwendung der Stoffe und die Höhe der relevanten Tonnage gesammelt werden. Ein großer Anteil an Zwischenproduktanwendungen kann sich hier positiv auswirken, da diese von der Zulassungspflicht ausgenommen sind.

UNTERNEHMEN KÖNNEN IN EINER KONSULTATION STELLUNG NEHMEN

Die genannten Daten werden schnell relevant, sobald ein Stoff für die Kandidatenliste vorgeschlagen wird. Mit dem Vorschlag wird eine öffentliche Konsultation durchgeführt, in der die Unternehmen Stellung nehmen können. So können sie zum Beispiel erklären, warum die Zulassung kein sachgerechtes Mittel zur Stoffregelung ist.

Dies ist sicherlich dann der Fall, wenn die einzigen Verwendungen der Stoffe allein im industriellen Bereich liegen. In solchen Fällen ist das sachgerechtere Mittel, entsprechende Arbeitsplatzgrenzwerte zu setzen.

GUTE VORBEREITUNG ESSENZIELL

In der Regel koordinieren die jeweiligen REACH-Konsortien die Eingaben bei solchen Konsultationen. Aber auch die WVM unterstützt die Unternehmen und begleitet die Abgabe von Stellungnahmen. Eine gute Vorbereitung ist essenziell, da die Konsultation nach nur drei Monaten beendet ist.

Haben sich die Mitgliedstaaten darauf geeinigt, welche Stoffe durch das gesamte Verfahren bis zur Zulassung gelangen sollen, werden die so genannten Priorisierungslisten gebildet. Priorisiert werden Stoffe mit den entsprechenden intrinsischen Eigenschaften, einer weit verbreiteten Verwendung und einer hohen Tonnage.

Die Listen werden über ein Ranking erstellt, indem den Kriterien bestimmte Punkte zugewiesen werden. Bislang wird das Ranking nicht veröffentlicht. Die Industrie kann immer nur die Priorisierung der von ihr hergestellten oder verwendeten Stoffe einschätzen, aber nicht wie wahrscheinlich im Verhältnis zu anderen Stoffen ein Weiterrücken der Stoffe im Verfahren ist.

DURCH EINE WEITERE RANKING-LISTE KÖNNTEN STOFFE STIGMATISIERT WERDEN

In Zukunft aber könnte eine weitere Liste mit dem Ranking veröffentlicht werden. Einerseits wäre diese Veröffentlichung eine weitere Möglichkeit für die Industrie, sich auf Entwicklungen einzustellen und sich vorzubereiten.

Andererseits besteht durch die Liste aber auch die Gefahr einer Stigmatisierung bestimmter Stoffe, die für die Zulassung vorgesehenen sind. Noch ist nicht abzusehen, ob sich die Idee der Veröffentlichung der Priorisierungspunkte durchsetzen wird.

DIE WVM BEGLEITET DIE VERFAHREN MIT DEN BETROFFENEN UNTERNEHMEN

Die Stoffe auf den Priorisierungslisten werden in einer öffentlichen Konsultation erneut für drei Monate zur Diskussion gestellt. Diese Konsultation ist die letztmalige Möglichkeit der Industrie, ihre Argumente vorzutragen.

Bei der Diskussion der letzten Priorisierungsliste im Herbst 2014 standen neben verschiedenen Blei-Verbindungen mit Kohlenteerpech und Borat-Verbindungen auch wichtige Einsatzstoffe für die NE-Metallindustrie zur Debatte.

Gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen und den Konsortien hat die WVM hier das Verfahren für die deutschen Unternehmen begleitet. In einem Pilotprojekt, das im Herbst begann, fragte die Europäische Kommission neben der herkömmlichen Konsultation der ECHA nach möglichen sozioökonomischen Folgen von Regelungen für die betroffenen Stoffe.

Die Europäische Kommission hatte erkannt, dass sie mehr Informationen über sozioökonomische Folgen benötigt, um wirklich sachgerechte Entscheidungen treffen zu können. Es bleibt zu hoffen, dass aus diesem Pilotprojekt ein festes Verfahren etabliert werden wird.

REACH-LISTEN BLEIBEN ENTSCHEIDEND

Die REACH-Listen bleiben der entscheidende Faktor bei der Stoff-Regulierung. Mit der Veröffentlichung der Listen wird deutlich, welche Stoffe die Behörden aus welchem Grund im Fokus haben. Die Industrie gewinnt Einblick darüber, was auf sie zukommen könnte. Sie geben aber auch die Möglichkeit, das Verfahren zu beeinflussen. Diese Möglichkeit gilt es zu nutzen.

AUTORIN
Dorothea Steiger ist Referentin für europäische Stoffpolitik der WirtschaftsVereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter steiger@wvmetalle.de

Die TA Luft vor der nächsten Novellierung

Bisher wurde die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft im 10-Jahres-Takt erneuert. Die Anforderungen an die Industrie haben sich dabei kontinuierlich verschärft.

Die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) feiert Geburtstag: Sie ist im Jahr 2014 50 Jahre alt geworden. Seit 1964 ist sie eine der wesentlichen Grundlagen bei der Herstellung und Verarbeitung von Nichteisen-Metallen.

ALLE ZEHN JAHRE WIRD DIE TA LUFT GEÄNDERT

Der Erlass der ersten TA Luft basierte damals noch auf der Gewerbeordnung. Seitdem wurde sie mehrfach an immissionsschutzrechtliche Vorgaben und medizinische, ökologische und technische Kenntnisse angepasst. Dabei beträgt die natürliche Änderungs-Frequenz der Luftreinhalteregelung in Deutschland offenbar zehn Jahre.

So wurde die TA Luft zum ersten Mal 1974, also zehn Jahre nach der Einführung, im Rahmen des neuen Bundesimmissionsschutzgesetzes erneuert. Weitere Novellierungen folgten in zwei Schritten 1983 und 1986. Zehn Jahre später liefen die Übergangsfristen für die Erneuerung des Anlagenstandes in den alten Bundesländern aus. Die Europäische Union übernahm dabei 1996 zum ersten Mal eine wesentliche Rolle für die nationale Gesetzgebung und damit auch für den unmittelbaren Genehmigungsalltag.

KONZEPT DER BESTEN VERFÜGBAREN TECHNIK

Gleich zwei Richtlinien machten im Jahr 2002 eine erneute Novellierung erforderlich. Dabei ging es zum einen um die Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie).

Zum anderen ging es um die Rahmenrichtlinie über die Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität – darauf folgten später so genannte Tochterrichtlinien zur Luftqualität.

Die Recyclinganlage bei Aurubis in Lünen entspricht dem neuesten Stand der Technik.

Die IVU-Richtlinie führte dazu, dass auf europäischer Ebene ein neues Konzept der „besten verfügbaren Technik“ (BVT) eingeführt wurde. In der Novellierung von 2002 wurde der jeweilige „Stand der Technik“ inhaltlich an die Definition der „besten verfügbaren Technik“ angepasst.

Auch seit 2002 ist die TA Luft sowohl auf der Emissions- als auch auf der Immissionsseite weiterhin formal eine reine Luftreinhaltevorschrift. Aufgrund der Weiterentwicklung von technischen und ökologischen Kenntnissen plant das Bundesumweltministerium allerdings, die TA Luft nun ein weiteres Mal zu novellieren.

Rechtstechnisch ist die TA Luft eine allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesimmissionsschutzgesetz. Sie regelt die Anforderungen für die Genehmigung und den Betrieb von immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Industrie- und Gewerbeanlagen.

Die TA Luft richtet sich an die Genehmigungsbehörden und ist für diese bindend. Anhand der allgemeinen Anforderungen der TA Luft erstellen die jeweiligen Behörden angepasste Auflagen, die vom Anlagenbetreiber zu erfüllen sind. Auch bestehende alte Anlagen müssen innerhalb gewisser Übergangsfristen den Stand der Technik erreichen und den Schadstoffausstoß reduzieren.

→

A Anlagen: Die TA Luft greift neue Entwicklungen auf

B Schutzgebiete: Critical Loads spielen eine Rolle

Seit der ersten TA Luft von 1964 haben sich die Anforderungen an die Industrie kontinuierlich verschärft. So war die Einführung der „besten verfügbaren Technik“ über die IVU Richtlinie nur der Beginn einer Entwicklung.

In den Folgejahren wurde die Richtlinie regelmäßig überarbeitet beziehungsweise ersetzt, zuletzt durch die Richtlinie über Industrieemissionen. Dabei entfalten die auf europäischer Ebene erfolgten BVT-Schlussfolgerungen seit 2012 einen gesetzgeberischen Zwang auf nationaler Ebene.

TA-LUFT-AUSSCHUSS AUFGELÖST

Das Merkblatt für die besten verfügbaren Techniken der Nichteisen-Metallindustrie wurde seit 2007 überarbeitet und steht nunmehr kurz vor der Veröffentlichung. Die Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken werden zu großen Teilen strenger ausgelegt als die Regelungen der bestehenden TA Luft.

Damit die strengeren BVT-Regelungen auch ihre Wirkungen entfalten können, hat bis vor kurzem der TA-Luft-Ausschuss die entsprechenden Regelungen der TA Luft außer Kraft gesetzt. Dies hat sich Mitte 2014 geändert, da der TA Luft-Ausschuss aufgelöst wurde. Für neue BVT- Schlussfolgerungen veröffentlicht deshalb jetzt das Bundesumweltministerium entsprechende Verwaltungsvorschriften.

MINISTERIUM PRÜFT KRITERIEN

Dieses Verfahren ist verbesserungsbedürftig. Daher überarbeitet das Bundesumweltministerium derzeit die TA Luft. Zunächst waren nur Anpassungen in Bezug auf die BVT-Schlussfolgerungen geplant.

Inzwischen will das Ministerium jedoch die gesamte TA Luft überprüfen. Dabei geht es insbesondere um den Immissionsteil (Nr. 4) und den Emissionsteil (Nr. 5). Die folgenden Themen sollen dabei unter anderem berücksichtigt oder aufgenommen werden:

- die Vollzugsempfehlungen für bisher elf BVT-Schlussfolgerungen
- Immissionswerte für Feinstaub ($PM_{2,5}$)
- neue Anlagearten
- Vorgaben durch die CLP-Verordnung
- die Liste besonders krebserregender Stoffe (z. B. Quarzfeinstaub und Formaldehyd)

In Zukunft soll die TA Luft sämtliche relevanten Anforderungen an die Anlagenbetreiber enthalten. Das Ministerium arbeitet an einem Entwurf.

Darüber hinaus denken die Fachleute im Ministerium darüber nach, die Geruchsimmissions-Richtlinie in den Anhang der TA Luft aufzunehmen. Ziel dabei ist es, die Landesregelungen zu vereinheitlichen und die Rechtssicherheit zu verbessern.

Zudem prüft das Ministerium, ob naturschutzrechtliche Genehmigungsanforderungen (auf Grundlage des § 54 Abs. 11 BNatSchG) aufgenommen werden. Dies betrifft insbesondere Stickstoff- und Säureeinträge in Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebieten. Diese werden bisher über die sogenannten Critical Loads geprüft. Die bisher gesetzlich nicht geregelten Critical Loads sollen nun in die TA Luft integriert werden.

Geprüft werden soll auch, ob weiche Kriterien wie Energieeffizienz aufgenommen werden sollen.

TA LUFT SOLL IN ZUKUNFT EINE HÖHERE RECHTSSICHERHEIT BIETEN

In Zukunft soll die TA Luft sämtliche relevanten Anforderungen an die Anlagenbetreiber enthalten. Damit sollen die Rechtssicherheit erhöht und die Arbeit der Genehmigungsbehörden erleichtert werden. Das Ministerium hatte den Entwurf bereits für das vergangene Jahr angekündigt.

Bisher wurde allerdings noch nichts veröffentlicht. Hintergrund könnte die Komplexität und der Umfang des Entwurfs sein – er dürfte die Seitenzahl eines städtischen Telefonbuchs erreichen.

→|

AUTOR
Daniel Quantz ist Referent für allgemeines Umweltrecht der WirtschaftsVereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter quantz@wvmetalle.de

KLIMA — DR. MICHAEL NIESE

Keine halben Sachen für einen ganzen Planeten

Politik

Mehr Geld führt nicht automatisch zu mehr Klimaschutz. Erst recht nicht, wenn nur eine Hälfte der Welt investiert, während in der anderen Hälfte die Emissionen steigen. Ein Umdenken wäre erforderlich.

02.8

„Denke global, handle lokal.“

→ Das Thema Klimaschutz ist schon lange keine abstrakte Debatte im politischen Raum mehr. Der Klimawandel ist in den vergangenen 30 Jahren in den Mittelpunkt des politischen und des gesellschaftlichen Interesses gerückt. Das Kyoto-Protokoll im Jahr 1992 und die Konferenz von Kopenhagen im Jahr 2009 markieren dabei Durchbruch und Höhepunkt.

Unzählige Initiativen wurden ins Leben gerufen, von der Europäischen Union über die Mitgliedstaaten bis hin zu Landesregierungen und Kommunen. Gesetze und Vorschriften wurden erlassen; neue Märkte für Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind entstanden.

Klimaschutz und Klimapolitik haben Eingang in nahezu jeden Lebensbereich gefunden. Klimaschutz ist überall und um uns herum, am Arbeitsplatz, zu Hause und auf Reisen.

VON KYOTO NACH PARIS

Die Vielfalt der Themen und Regeln ist inzwischen kaum noch zu überblicken. Alltägliche Fragen des Konsums können zu Grundsatzentscheidungen werden. Wir drohen im Klein-Klein des politischen Alltags die globalen Zusammenhänge aus den Augen zu verlieren und die Relationen zu verkennen.

Während einige Kommunen mit öffentlichen Mitteln die Vollversorgung aus erneuerbaren Energien anstreben, erzeugt ein neu gebautes Kohlekraftwerk in China fünf Millionen Tonnen CO_2. Allein dieses Beispiel zeigt: Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung und bedarf globaler Strategien. Wer dies missachtet und stattdessen nur noch den Alltag der Bürger hierzulande in den Fokus nimmt, gefährdet perspektivisch die Glaubwürdigkeit und Bedeutung der Klimapolitik.

NICHT GELD ALLEIN ZÄHLT

Der gesellschaftliche Anspruch an Politik und Wirtschaft lässt sich in den Schlagworten effektiver und kosteneffizienter Klimaschutz zusammenfassen. Eine Maßnahme greift nicht unbedingt besser, wenn sie mehr Geld kostet. Dies ist anhand zahlreicher Beispiele zu belegen und betrifft ebenso den Klimaschutz. Wenn eine Hälfte der Welt versucht, ihre Treibhausgasemissionen zu mindern, hat dies nur eine positive Wirkung, wenn in der anderen Hälfte die Emissionen nicht in gleicher Höhe steigen.

Aber genau dies geschieht seit dem ersten weltweiten Abkommen zum Schutze des Klimas. 1992 wurde im japanischen Kyoto verbindlich verabredet, bis 2012 weniger Treibhausgase auszustoßen. Doch im weltweiten Maßstab lässt sich seit dem Kyoto-Protokoll nur eine Phase beobachten, in der die Emissionen gesunken sind: während der großen Rezession 2008/2009, ausgelöst durch die Finanzkrise.

VIELE INTERESSEN-KONFLIKTE VOR DEM GIPFEL

Aller europäischen und auch internationalen Bemühungen zum Trotz ist bis heute keine Lösung gefunden worden, globales Wachstum mit globalem Klimaschutz zu verbinden. Mit halben Sachen lässt sich der CO_2-Ausstoß auf einem ganzen Planeten nicht senken.

Dies führt vor der kommenden Konferenz in Paris zu einer schwankenden Stimmung zwischen „Jetzt erst recht“ und „So kann es nicht weiter gehen“. Die Interessenkonflikte sind zahlreich und nehmen noch weiter zu. Das zerbrechliche Gleichgewicht zwischen Industriestaaten und Schwellenländern ist spätestens seit der Konferenz 2009 in Kopenhagen aus den Fugen geraten. Europa ist mehr oder weniger isoliert. Vermutlich werden in

→

A	Ressourcenschonung: Feuerverzinkung von Brücken
B	Energieeffizienz: Nickel in Kraftwerk-Turbinen
C	Erneuerbare Energien: Kupfer in Windrad-Generatoren
D	Leichtbau: Auto-Karosserien aus Aluminium

Paris wie in den Vorjahren die USA und China ihre Interessen durchsetzen. Beide Staaten wollen wie Europa die Emissionen langfristig senken.

Allerdings haben China und die USA gänzlich andere Vorstellungen davon, wann die Eindämmung der Emissionen beginnen und welche Regionen der Welt den entscheidenden Beitrag zur Senkung der Emissionen liefern sollen.

HOHER ERFOLGS-DRUCK IN PARIS

Seit Beginn der internationalen Verhandlungen nimmt Europa eine Vorreiterrolle ein und versucht mit seiner Vorbildfunktion Nachahmer für den Klimaschutz zu finden. Doch andere Industrieländer haben sich von dieser Idee eher entfernt als sich ihr angenähert. Während in Europa die Treibhausgasemissionen seit 1990 um mehr als 20 Prozent reduziert wurden, haben sich die weltweiten Emissionen seither verdoppelt.

Dazu haben sowohl die Steigerungen in den Schwellenländern China, Indien, Brasilien und Indonesien als auch in den Industrieländern USA, Japan, Kanada und Australien beigetragen. Aus der Sicht Chinas und anderer Schwellenländer ist es eine sinnvolle Strategie, mittelfristig auf das eigene Wachstum zu setzen und von den Industrieländern Vorleistungen zu verlangen.

Die Verhandlungspartner stehen vor der Konferenz in Paris unter hohem Druck, ein positives Ergebnis zu erzielen. Angesichts der unterschiedlichen Interessen ist ein erneuter Formelkompromiss vorgezeichnet. Es dürfte aber im Sinne effektiver Fortschritte beim Klimaschutz nicht ausreichen, sich

erneut lediglich auf zukünftige Verhandlungen über konkrete Emissionsminderungen zu verabreden.

Noch viel weniger dürfte es ausreichen, auf dieser Grundlage die Klimapolitik in Europa auf dem geplanten Pfad über 2020 hinaus fortzusetzen. Denn es besteht die reale Gefahr, dass die bis 2050 vorgesehenen CO_2-Minderungen in Europa durch das Wachstum andernorts mehrfach überkompensiert werden. Es bedarf einer Vereinbarung, die weltweit gilt und spürbare Beiträge aller Staatengruppen umfasst.

WOHIN STEUERT EUROPA?

Über Erfolgsaussichten und das Verhandlungsgeschick der Europäischen Union gibt es geteilte Meinungen. Sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung setzen weiterhin auf ein internationales und verbindliches Abkommen.

Dabei erfahren sie von den Wirtschaftsverbänden breite Unterstützung. Vor allem die Grundstoffindustrie knüpft ihre Unterstützung an zumindest vergleichbare internationale Wettbewerbsbedingungen.

Dies ist für die NE-Metallindustrie in Europa existenziell. Nur unter gleichen Bedingungen, also zu gleichen CO_2-Kosten, sind Investitionen in Europa rentabel. Zu befürchten ist allerdings, dass es in der Europäischen Union bis 2030 spürbar höhere CO_2-Preise geben wird als in anderen Regionen.

Die aktuelle Debatte über eine Marktstabilitätsreserve zielt sogar direkt darauf ab, im europäischen Emissionshandelssystem den CO_2-Preis zu erhöhen. Der von der Metallindustrie geforderte Ausgleich vor allem für die indirekten CO_2-Kosten im Strompreis erfolgt dennoch nur teilweise und unter Haushaltsvorbehalt.

Selbst unter den heute geltenden Regeln ist ein Anstieg des CO_2-Preises um 10 Euro je Tonne mit Zusatzkosten von rund 30 Millionen Euro verbunden, für die es keinen Ausgleich gibt. Das Vertrauen in das Instrument Emissionshandel und die Politik wird dadurch beschädigt. Der jüngste Vorstoß der Bundesregierung einer CO_2-Sonderabgabe für ältere Kohlekraftwerke würde zusätzlich und ohne Ausgleich den Strompreis erhöhen.

MUT ZUM UMDENKEN FÜR EINE NEUE WEICHENSTELLUNG

Die erfahrenen Akteure der internationalen Klimaverhandlungen suchen inzwischen nach neuen Wegen. Anknüpfungspunkte bilden die weltweiten Themen wie Bevölkerungswachstum, Energie- und Ressourcenknappheit. Hier bedarf es ebenfalls durchgreifender Lösungsstrategien. Für Energie- und Ressourceneffizienz entstehen Märkte, die Technologien und Kompetenzen hervorbringen, nach denen im Sinne des Klimaschutzes dringender Bedarf besteht. Eine Weichenstellung in diese Richtung verlangt Umdenken und Mut. Die NE-Metallindustrie wäre hierbei als Problemlöser eine Schlüsselindustrie.

Sie könnte sich mit ihren innovativen Werkstoffen positionieren und wieder mehr in Deutschland investieren. Wir setzen uns für eine Klimapolitik ein, die gemeinsam mit der Industrie nach internationalen Wegen und Lösungen sucht, die Emissionen zu senken. Es ist im globalen Interesse.

AUTOR
Dr. Michael Niese ist Geschäftsführer der WirtschaftsVereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter niese@wvmetalle.de

NETZWERK WVM PLUS — SARAH BÄUMCHEN

Frontrunner für mehr Energieeffizienz

Politik

02.9

Mit dem neuen Netzwerk WVM plus gehören Unternehmen der Branche zu den ersten Teilnehmern der Initiative Energieeffizienz-Netzwerke von Bundesregierung und Verbänden.

„Während derzeit 20 Prozent des weltweiten Strombedarfs für Beleuchtung genutzt werden, könnte durch eine optimale Nutzung von LED-Leuchtmitteln der Bedarf auf vier Prozent gesenkt werden."

→ Das erklärte Dr. Frances Saunders, Präsidentin des Institute of Physics, bei der Verleihung des Nobelpreises für Physik im vergangenen Jahr hoffnungsvoll. Die prämierten Wissenschaftler haben blaue LEDs entwickelt, die langlebiger, intensiver und zugleich energiesparender sind als alle bisherigen Leuchtquellen. Die Nobelpreis-Auszeichnung verdeutlicht, welch großes gesellschaftliches Momentum das Thema Energieeffizienz derzeit hat: Um in der internationalen Klimapolitik das vereinbarte zwei-Grad-Ziel zu erreichen, ist Energieeffizienz ein unverzichtbarer Bestandteil.

NE-METALLINDUSTRIE SETZT AUF ENERGIEFFIZIENZ

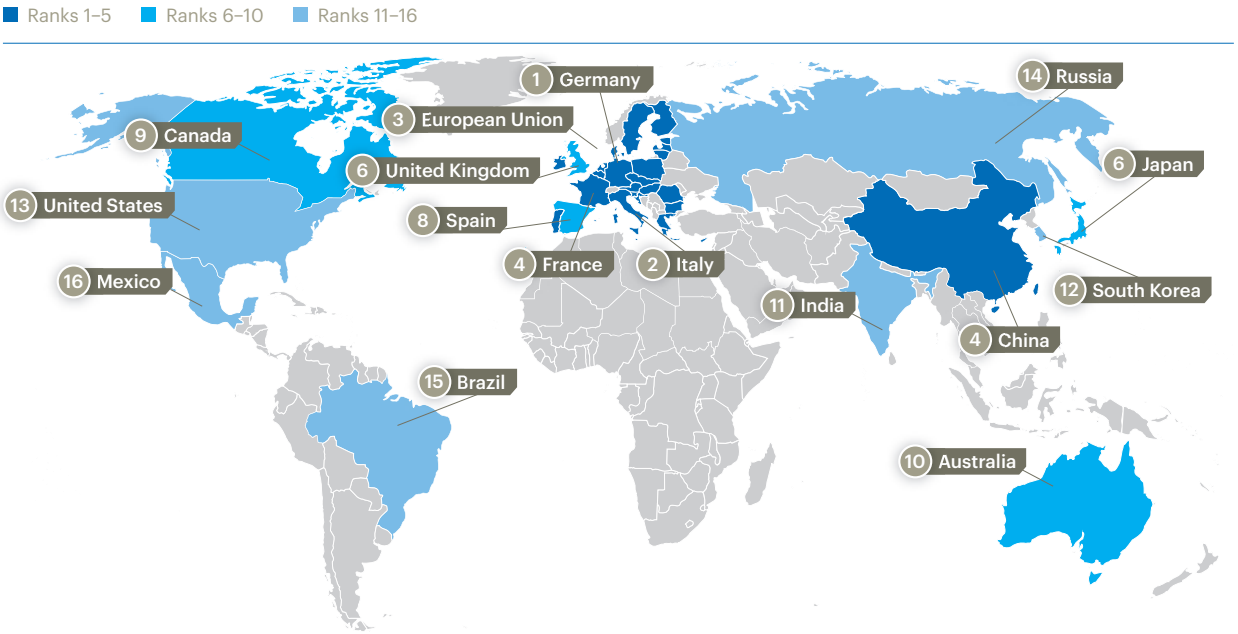
Energieeffizienz gehört zu den Grundfesten der NE-Metallindustrie. Als ein besonders energieintensiver Teil der Grundstoffindustrie versuchen wir stetig, durch Innovationen und Verbesserungen der Arbeitsabläufe Energie einzusparen. Mit unserer Unternehmensinitiative „Metalle pro Klima" gehörten wir zu den Frontrunnern in diesem Bereich und machen unsere Erfolge seit dem Jahr 2008 mit Hilfe von Best-Practice Beispielen nach außen sichtbar.

Im Jahr 2015 gehören wir mit unserem neuen Unternehmensnetzwerk WVM plus erneut zu den Frontrunnern. Die WVM war unter anderem durch ihre Erfahrungen mit Metalle pro Klima bei der Planung der „Initiative Energieeffizienz-Netzwerke" von Bundesregierung und Verbänden von Beginn an mit eingebunden. Im Rahmen dieser Initiative wird unser Netzwerk im Juni 2015 die Arbeit aufnehmen.

MODERIERTE NETZWERK-TREFFEN

WVM plus ermöglicht seinen Mitgliedern, Antworten auf die spezifischen Herausforderungen der Nichteisen-Metallindustrie zu finden. Regelmäßig stattfindende moderierte Netzwerk-Treffen ermöglichen einen fachlichen Austausch mit zertifizierten Experten. Dazu kommen individuell erstellte Beratungsangebote.

2014 INTERNATIONAL ENERGY EFFICIENCY SCORECARD



Quelle: American Council for an Energy-Efficient Economy

Im Gegensatz zu regionalen, branchenübergreifenden Netzwerken geht WVM plus weit über Querschnittstechnologien hinaus. Ziel des Netzwerks sind Effizienzerfolge in Produktionsprozessen, die es vor allem in unserer Branche gibt und für die spezielle Kenntnisse erforderlich sind.

Unsere Branche gehört zu den Pionieren im Bereich der Energieeffizienz. Dadurch werden die Herausforderungen größer, neue Potenziale zu entdecken und wirtschaftlich zu heben. Aus dem Kreis der 16 größten Wirtschaftsnationen ist laut einer Studie des American Council for an Energy Efficient Economy Deutschland das Land mit dem höchsten Grad an Energieeffizienz. Diesen Erfolg verdankt Deutschland überproportional dem Industriesektor. Effizienz-Verbesserungen werden in diesem Bereich in Zukunft nur durch eine hochprofessionelle und detaillierte Arbeit möglich sein. WVM plus wird genau diesen Mehrwert für Mitgliedsunternehmen schaffen, der deutlich über die Einführungen von LED-Lampen hinausgeht.

AUTORIN

Sarah Bäumchen ist Referentin für Energie- und Klimapolitik der WirtschaftsVereinigung Metalle. Sie erreichen sie unter baeumchen@wvmetalle.de

UN-Gipfel 2015 gibt dem Thema Klimaschutz neuen Auftrieb

METALLE PRO KLIMA

Politik

Die Leistungen der Branche nach außen sichtbar machen: Diesem Prinzip bleibt Metalle pro Klima auch im siebten Jahr nach seiner Gründung treu.

02.10

„EEG bedroht Arbeitsplätze in Koblenz“

→ ... titelte die Rhein-Zeitung im Juli 2014 am Tag nach der Metalle pro Klima-Veranstaltung bei Aleris in Rheinland-Pfalz. Der Vorstandsvorsitzende von Aleris in Europa und Asien, Roeland Baan, hatte auf dem Podium die Kosten und die daraus entstehenden Schwierigkeiten im internationalen Wettbewerb aufgezeigt.

Bei Landeswirtschaftsministerin Eveline Lemke stießen die Fakten auf großes Interesse. Sie sagte spontan für eine Metalle pro Klima-Folgeveranstaltung zu. In der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin wurde der Dialog Ende März 2015 fortgesetzt. Mit dabei war auch die Wiegel Gruppe. Die Unternehmen der Nichteisen-Metallbranche konnten dabei unter anderem ihre Sicht auf energiepolitische Belastungen darstellen.

VOR DEM GIPFEL IN PARIS BLEIBT DIE KLIMAPOLITIK AUF DER TAGESORDNUNG

Allein durch den bevorstehenden Klimagipfel in Paris Ende 2015 wird die Energie- und Klimapolitik auch weiterhin auf der Tagesordnung bleiben.

Unsere Branche ist gut vorbereitet: Mit der Unternehmensinitiative Metalle pro Klima existiert seit Jahren ein Netzwerk, das die Leistungen unserer Unternehmen im Bereich Klimaschutz und Ressourceneffizienz sichtbar macht und mit der Politik in engem Dialog steht.

Metalle pro Klima war im Jahr 2008 Frontrunner im industriellen Umfeld. Auch im Jahr 2015, sieben Jahre nach der Gründung, wollen wir uns im Vorfeld des Klimagipfels an die Spitze der Diskussion stellen. Mit den bei WVM und Metalle pro Klima neu eingeführten sozialen Medien wie Facebook und Twitter und der neuen Internetseite haben wir dafür noch bessere Voraussetzungen geschaffen.

Im vergangenen Jahr hat die Unternehmensinitiative den Dialog bei verschiedenen Veranstaltungsformaten gesucht. Im Bereich politischer Panels war Metalle pro Klima unter anderem beim European Innovation Summit im Europäischen Parlament vertreten und organisierte eine Landesveranstaltung mit Vertretern von Hydro Aluminium, Aurubis und Trimet in Hamburg.

Mit mehreren Workshops in Berlin förderte Metalle pro Klima den fachlichen Austausch. Dabei ging es zum Beispiel um die Themen Kreislaufwirtschaft und internationale Ressourcensicherung. Darüber hinaus fanden Messeauftritte statt, wie bei der ALUMINIUM in Düsseldorf.

NEUER FILM BEI METALS MEET POLITICS VORGESTELLT

Auf der Veranstaltung metals meet politics, dem Parlamentarischen Abend der WVM, stellte Metalle pro Klima den neuen Film „Ohne Nichteisen-Metalle keine Energiewende“ vor. Dabei erhielten die Besucher einen lebendigen und direkten Eindruck aus der Arbeit der Unternehmen in unserer Branche.

Der Film ist damit ein wichtiger Bestandteil der Kernaufgabe von Metalle pro Klima: Wir machen die Leistungen unserer Industrie nach außen sichtbar.

→|

Metalle pro Klima macht Leistungen der Branche sichtbar und sucht den Dialog – zum Beispiel auf der Regio-Pressekonferenz bei RHEINZINK in Datteln.

AUTOR

Philipp Toebe ist Projektreferent bei Metalle pro Klima, der Unternehmensinitiative der WVM. Sie erreichen ihn unter toebe@metalleproklima.de

03

KONJUNKTUR

Konjunktur und Statistik

62 – 93

Eckdaten zur Konjunkturentwicklung
Zahlen und Fakten zur Lage der NE-Metallindustrie

64 Die Branche im Fokus
Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2014

65 Die Lage der NE-Metallindustrie
Die Entwicklung der NE-Metallindustrie

68 Die Lage der NE-Metallindustrie
Die Entwicklung nach NE-Metallbranchen

71 Die Lage der Weltwirtschaft
Weltkonjunktur belebt sich leicht im Jahresverlauf 2014

78 Die nächsten Stufen der industriellen Wertschöpfung
Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2014

DIE ECKDATEN DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE 2014

107.709
Beschäftigte

657
Unternehmen

8,2 Mio. t
Produktion

45,0 Mrd. €
Umsatz

20,3 Mrd. €
davon Auslandsumsatz

24,6 Mrd. kWh
Energieeinsatz (2013)

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen.

Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie erzielte 2014 mit durchschnittlich 108.000 Beschäftigten in rund 660 Unternehmen eine Produktion von acht Millionen Tonnen (plus drei Prozent gegenüber dem Vorjahr). Der Umsatz lag bei 45 Milliarden Euro (börsenpreisbedingt minus ein Prozent), davon erzielte sie 20 Milliarden Euro (plus ein Prozent) im Ausland. Das entsprach einer Exportquote von 45 Prozent. 60 Prozent der Ausfuhren gingen in die Euroländer – das sind gut zwei Prozentpunkte weniger als 2013.

Insgesamt dämpften die volatilen Börsenpreise für NE-Metalle den Branchenumsatz 2014 im Vergleich zum Vorjahr leicht. Von der Euroschwäche profitiert die Branche nicht nur direkt, sondern auch indirekt über exportorientierte Abnehmer im Inland und in der Eurozone. Für das Jahr 2015 erwartet die NE-Metallindustrie eine stabile bis leicht steigende Produktion.

Als innovative Grundstoffindustrie steht die NE-Metallindustrie am Anfang der Wertschöpfungskette und ist von der konjunkturellen Entwicklung ihrer Abnehmerindustrien abhängig. Die Schlüsselbranchen Automobil-, Elektrotechnik- und Elektronikindustrie sowie Luft- und Raumfahrtindustrie sorgten im Verlauf des Jahres 2014 für eine dynamische Entwicklung. Die Nachfrage der Bauindustrie war zweigeteilt, im ersten Halbjahr stark, in der zweiten Jahreshälfte schwach. Der erhoffte Investitionsschub blieb zwar aus, die Nachfrage aus dem Maschinen- und Anlagenbau blieb dennoch robust.

Industriemetalle werden seit dem Jahr 2004 verstärkt gehandelt. Trotz des Rückzugs einiger Banken aus dem physischen Rohstoffgeschäft und einer gewissen Beruhigung auf hohem Niveau blieb der Umsatz einiger Metalle an der London Metal Exchange bis zu 50 mal größer als die jeweilige globale Jahresproduktion.

!

WEITERE INFORMATIONSGRAFIKEN

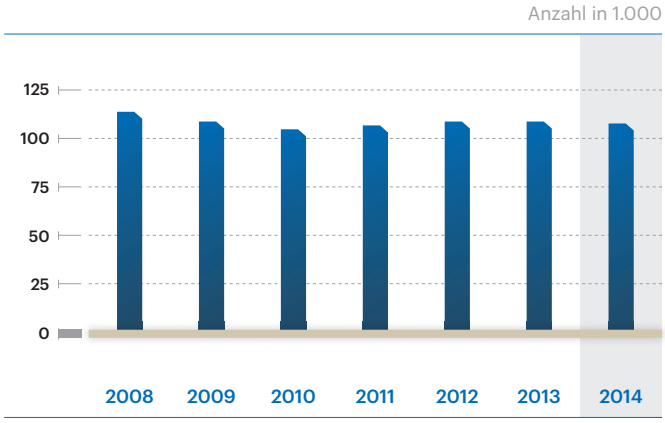
Den Statistischen Anhang mit Eckdaten und Kennzahlen der NE-Metallindustrie sowie weiteren Grafiken finden Sie ab Seite 83.

DIE LAGE DER NE-METALLINDUSTRIE

Die Entwicklung der NE-Metallindustrie

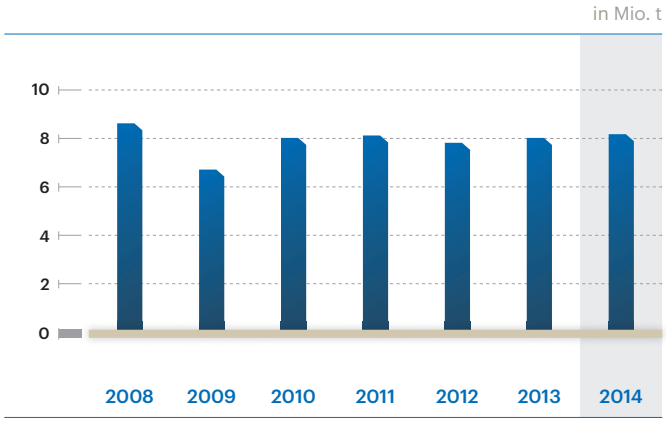
Die NE-Metallindustrie steht als moderne Grundstoffindustrie am Anfang der industriellen Wertschöpfungskette und erweist sich oftmals als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Insgesamt verlief die Konjunktur 2014 erfreulich robust.

BESCHÄFTIGTE



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen.

PRODUKTION

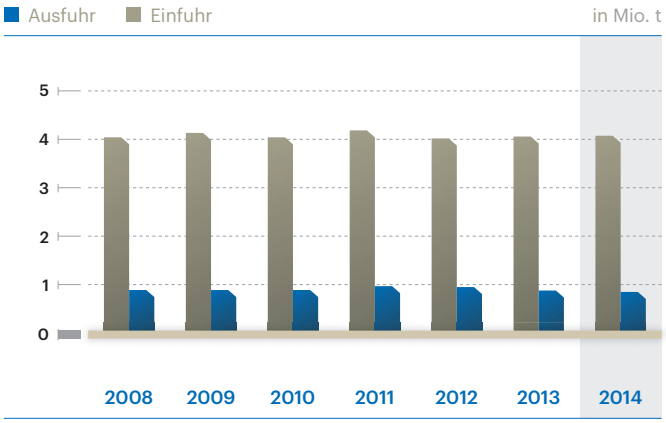


Quellen: GDA, GDB, BDG.

2014 arbeiteten in der NE-Metallindustrie durchschnittlich 108.000 Menschen – das entsprach einem leichten Personalabbau von 1,2 Prozent gegenüber 2013. Einschließlich der von der NE-Metallindustrie abhängigen Arbeitsplätze bei Industriedienstleistern und Zeitarbeitsunternehmen betrug die Beschäftigungswirkung in Deutschland knapp 250.000 Arbeitsplätze. In den einzelnen NE-Metallbranchen entwickelte sich die Beschäftigung unterschiedlich: In der Erzeugung und der ersten Bearbeitung (Halbzeug) sank die durchschnittliche Anzahl der Arbeitskräfte 2014 um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf knapp 56.000 Personen. Die NE-Metallgießerei-Industrie erhöhte ihre Beschäftigtenzahl um 1,3 Prozent auf gut 32.000 Mitarbeiter. Die Aluminiumweiterverarbeitung verzeichnete ein Minus von 0,7 Prozent auf gut 15.000 Arbeitskräfte. Die Feuerverzinkungsindustrie konnte ihre Mitarbeiterzahl bei knapp 5.000 Personen stabilisieren.

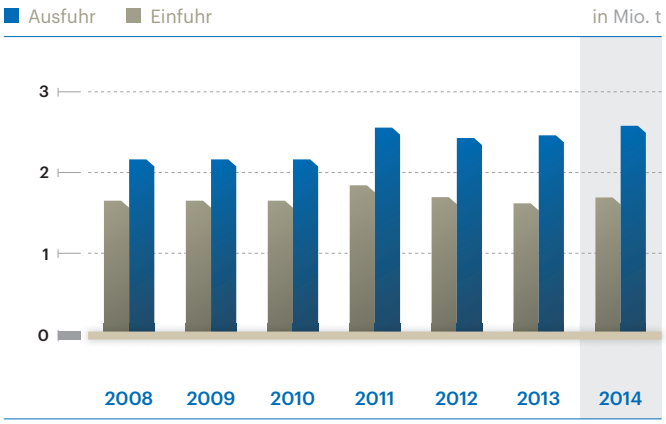
Die **Produktion** der gesamten NE-Metallindustrie stieg 2014 unerwartet deutlich um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf gut acht Millionen Tonnen. Darunter war das Wachstumsplus der NE-Metallerzeugung in Höhe von einem Prozent auf 2,4 Millionen Tonnen moderat. Die Produktion der Halbzeugindustrie (erste Bearbeitungsstufe) stieg um drei Prozent auf 4,3 Millionen Tonnen. Die NE-Metallgießereien erzielten sogar ein zweistelliges Produktionsplus in Höhe von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 1,1 Millionen Tonnen. Die Ausbringungsmenge der Aluminiumweiterverarbeitung (Folien, dünne Bänder, Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen sowie Metallpulver) wurde um vier Prozent auf knapp 349.000 Tonnen erhöht.

AUSSENHANDEL NE-METALLE*



*Erzeugung; 2014: vorläufig;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

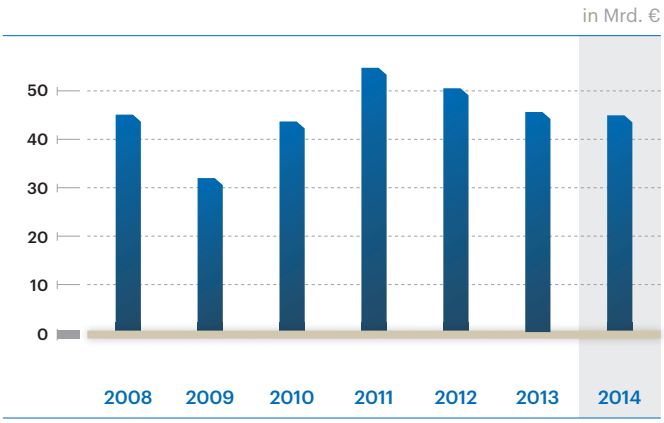
AUSSENHANDEL NE-METALLHALBZEUG*



*erste Bearbeitung; 2014: vorläufig;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Der **Außenhandel** von Metallen unterscheidet sich grundlegend vom Außenhandel mit Halbzeug. So importiert Deutschland deutlich mehr Metalle als es exportiert. Die Einfuhr von Metallen stieg 2014 leicht um 0,4 Prozent auf 4,1 Millionen Tonnen. Dagegen gingen deren Exporte um 3,3 Prozent auf 865.000 Tonnen zurück. Die exportstarke Halbzeugindustrie steigerte die Ausfuhren 2014 um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 2,6 Millionen Tonnen. Dem standen Einfuhren von 1,7 Millionen Tonnen gegenüber (plus 4,5 Prozent). Insgesamt nahm der Wettbewerbsdruck aus Italien, Frankreich und Spanien mangels ausreichender Nachfrage in den jeweiligen Ländern zu.

UMSATZ



Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen.

Der **Umsatz** der NE-Metallindustrie insgesamt sank 2014 metallpreisbedingt um ein Prozent gegenüber 2013 auf 45 Milliarden Euro. Während die Erzeugung und die erste Bearbeitung (Halbzeug) im selben Zeitraum ein Minus von zwei Prozent auf knapp 36 Milliarden Euro verbuchte, erhöhte sich der Umsatz der NE-Metallgießerei-Industrie um ein Prozent auf sechs Milliarden Euro. Der Umsatz der Aluminiumweiterverarbeitung erhöhte sich um zwei Prozent auf drei Milliarden Euro und der Umsatz der Feuerverzinkungsindustrie sogar um plus sieben Prozent auf etwa 600 Millionen Euro.

ENTWICKLUNG DER BÖRSENPREISE VON NE-METALLEN

	2013 in €/t	2014 in €/t	in %
ALUMINIUM	1.390	1.409	+ 1
KUPFER	5.515	5.170	–6
BLEI	1.612	1.580	–2
ZINK	1.437	1.632	+ 14
ZINN	16.789	16.477	–2
NICKEL	11.310	12.708	+ 12

Jahresdurchschnitt;
Quelle: London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen.

Während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 sind die Metallnotierungen an der Londoner Metallbörse eingebrochen. In der ersten Jahreshälfte 2011 erreichten sie, nicht zuletzt auch unter dem Einfluss von Finanzinvestoren, wieder Höchststände.

Seitdem sind sie tendenziell rückläufig. 2014 entwickelten sich die Metallpreise in verschiedene Richtungen. Während sie gegenüber dem Vorjahr für Kupfer, Blei und Zinn im Jahresdurchschnitt sanken, stiegen die Preise für Zink, Nickel und geringfügig auch für Aluminium.

Trotz der aktuellen Preisrückgänge bei einigen NE-Metallen lagen die Metallnotierungen langfristig gesehen überwiegend noch auf einem hohen Niveau. Der Rohstoffhunger Chinas wird die globalen Metallpreise noch eine Weile stützen. 2014 stand das Thema Verfügbarkeit beziehungsweise Zugänglichkeit von Erzen und Schrotten weiter im Fokus. So importierte China 2014 etwa 5,3 Millionen Tonnen Tonerde (plus 38 Prozent gegenüber dem Vorjahr), 11,8 Millionen Tonnen Kupferkonzentrat (plus 17 Prozent), 3,6 Millionen Tonnen raffiniertes Kupfer (plus 13 Prozent) und 2,2 Millionen Tonnen Zinkkonzentrat (plus elf Prozent). Dagegen sanken die Importe von Bauxit auf 36,3 Millionen Tonnen (minus 48 Prozent) und Aluminiumschrott auf 2,3 Millionen Tonnen (minus acht Prozent).

China verwendet einen Großteil der weltweit produzierten Metalle mit steigender Tendenz. Aufgrund dessen ist es nicht verwunderlich, dass die chinesische Konjunktur ein wichtiger – aber nicht der einzige – Einflussfaktor auf die Metallpreisentwicklung an den Börsen ist. In nachfolgender Grafik wird der Kupferbörsenpreis mit dem chinesischen Aktienindex verglichen. Die weitgehend gleichgerichtete Entwicklung löst sich im vierten Quartal 2014 auf.

Die **Aluminiumnotierungen** an der LME haben im Jahresverlauf 2014 deutlich angezogen. Der monatliche Durchschnittspreis für Aluminium stieg von 1.268 Euro je Tonne im Dezember 2013 um 23 Prozent auf 1.559 Euro je Tonne im Dezember 2014.

Die **Kupfernotierungen** an der LME sanken von 5.255 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Dezember 2013 um ein Prozent auf 5.208 Euro je Tonne im Dezember 2014. Bis Februar 2015 gingen die Preise weiter auf durchschnittlich 5.024 Euro je Tonne zurück. Die globalen Kupferbestände in den Lagerhäusern der Metallbörsen sind weiter stark angestiegen und haben Ende Februar 2015 insgesamt eine Höhe von knapp 518.000 Tonnen erreicht. Dies ist ein Anstieg um 27 Prozent innerhalb eines Monats.

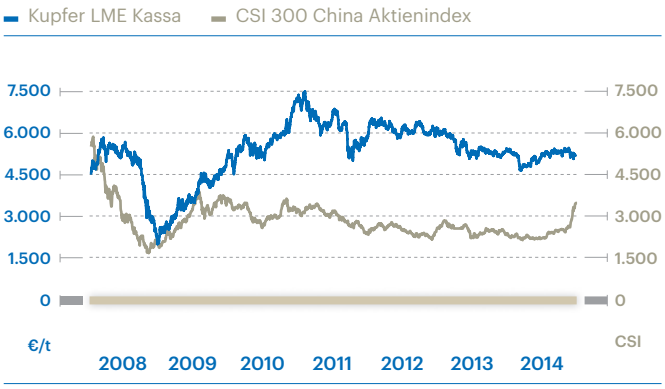
Die **Zinknotierungen** an der LME stiegen von 1.440 Euro je Tonne im Durchschnitt des Monats Dezember 2013 um 22 Prozent auf 1.760 Euro je Tonne im Dezember 2014. Die Bestände in den Lagerhäusern der LME sanken im Jahresverlauf um 27 Prozent auf 679.000 Tonnen Ende 2014. Bis Ende Februar 2015 wurden sie weiter auf 564.000 Tonnen abgebaut.

Die **Bleipreise** an der LME stiegen von 1.556 Euro je Tonne im Monatsdurchschnitt Dezember 2013 um zwei Prozent auf 1.580 Euro je Tonne im Dezember 2014. Im selben Zeitraum wurden die Bestände an der LME leicht um drei Prozent auf 221.000 Tonnen aufgebaut.

Die LME-Notierungen für **Zinn** haben im Jahresverlauf 2014 leicht nachgegeben. So sank der monatliche Durchschnittspreis von 16.660 Euro je Tonne im Dezember 2013 um drei Prozent auf 16.138 Euro je Tonne im Dezember 2014. Die Bestände erhöhten sich dabei um ein Viertel auf 12.000 Tonnen.

Die **Nickelpreise** stiegen im selben Zeitraum von 10.151 Euro je Tonne um 28 Prozent auf 13.001 Euro je Tonne. Die Bestände an der LME wurden im Jahresverlauf 2014 deutlich um 57 Prozent auf 411.000 Tonnen aufgebaut.

KUPFERPREIS IM VERGLEICH ZUM CHINESISCHEN AKTIENINDEX



Quellen: London Metal Exchange, London; finanzen.net; eigene Berechnungen.

Die Entwicklung nach NE-Metallbranchen

Die NE-Metallindustrie gliedert sich in die Metallgruppen Leichtmetalle (Aluminium und Magnesium), Buntmetalle (Kupfer, Zink, Blei, Zinn und Nickel), Seltenmetalle sowie in die Produktionsstufen Erzeugung, Halbzeug (erste Bearbeitung), Weiterverarbeitung, Guss und Feuerverzinkung.

ALUMINIUMINDUSTRIE – OPTIMISTISCH FÜR 2015

Die Erwartungen an die Aluminiumkonjunktur des Jahres 2014 sind weitgehend erfüllt worden. So konnte die deutsche Aluminiumindustrie ihre Produktion in fast allen Bereichen ausdehnen und insgesamt um drei Prozent auf gut vier Millionen Tonnen steigern. Der Umsatz der Aluminiumindustrie legte 2014 sogar um knapp sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr auf gut 15 Milliarden Euro zu. Dazu trugen auch die im Jahresdurchschnitt 2014 gegenüber 2013 um gut ein Prozent höheren Aluminiumnotierungen an der LME in Euro je Tonne bei. Der Exportumsatz verzeichnete 2014 ein Plus von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr auf sieben Milliarden Euro. Das entsprach einer Ausfuhrquote von 46 Prozent. Die Aluminiumindustrie gliedert sich in die Produktionsstufen Erzeugung, erste Bearbeitung und Weiterverarbeitung. Die Erzeugung beinhaltet die Fertigung von raffinierten Metallen und Metalllegierungen. In der ersten Bearbeitung wird Halbzeug produziert. Halbzeug sind Walz-, Strangpressprodukte, Drähte und Schmiedeteile. In der Weiterverarbeitung werden Folien, dünne Bänder, Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen sowie Metallpulver, zum Beispiel für Lacke, hergestellt.

Im Jahr 2014 wurden rund 1,1 Millionen Tonnen **Rohaluminium** erzeugt. Damit lag die Produktion vier Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Herstellung von Rohaluminium teilte sich in diesem Zeitraum auf 531.000 Tonnen Hüttenaluminium und 599.000 Tonnen Recyclingaluminium auf. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Produktion von Hüttenaluminium um acht Prozent, während die Recyclingaluminiumproduktion stagnierte.

Die Erzeugung von **Aluminiumhalbzeug** belief sich im Jahr 2014 auf gut 2,5 Millionen Tonnen. Gegenüber 2013 ist dies ein Anstieg von zwei Prozent. Die Mengenentwicklung bei den Walzprodukten war in Deutschland leicht positiv. Im Jahr 2014 wurde mit insgesamt knapp zwei Millionen Tonnen rund ein Prozent mehr Walzprodukte hergestellt als im Vorjahr. Die Strangpressproduktion erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent auf 592.000 Tonnen.

In der **Aluminiumweiterverarbeitung** wurden im Jahr 2014 knapp 349.000 Tonnen produziert. Das Fertigungsvolumen wurde damit gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent erhöht. Während die Produktion von Metallpulver im Jahr 2014 deutlich gegenüber 2013 auf 35.000 Tonnen stieg, wuchs sie bei Tuben, Aerosol- und sonstigen Dosen um zwei Prozent auf 43.000 Tonnen. Die Ausbringungsmenge von Folien und dünnen Bändern blieb im Vorjahresvergleich weitgehend stabil bei 271.000 Tonnen.

Aluminiumrecycling leistet durch das Schließen von Rohstoffkreisläufen einen wesentlichen Beitrag zur Rohstoffversorgung und zur nachhaltigen Entwicklung in der Aluminiumindustrie. Vor dem Hintergrund tendenziell rückläufiger Kapazitäten bei der Herstellung von Primäraluminium in Deutschland und Europa wird dieser wichtige Bereich in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Sichtbar wird dieser Trend durch die Inbetriebnahme neuer Kapazitäten. Die deutsche Handelsbilanz für Aluminiumschrotte verdeutlicht durch einen Exportüberschuss, dass erhebliche Mengen an Schrotten abfließen. Die exportierten Schrottmengen haben im Jahr 2014 wieder zugenommen, nachdem in den Jahren 2012 und 2013 leichte Rückgänge zu verzeichnen waren. Es bleibt allerdings bei dem Trend, dass Deutschland Schrotte in derselben Größenordnung ins Ausland exportiert wie die gesamte restliche EU. Somit ist und bleibt das Thema Schrottversorgung noch auf absehbare Zeit auf der Agenda der deutschen und der europäischen Aluminiumrecyclingindustrie.

Im Jahresdurchschnitt 2014 lag die Produktion von Recyclingaluminium auf dem Niveau des Vorjahres, dank einer kräftigen Belebung im vierten Quartal. Die Erwartungen für das Jahr

2015 sind positiv. Grund sind die soliden Wachstumsaussichten für die europäische Automobilindustrie, der wichtigste Abnehmer für Aluminiumgusslegierungen.

BUNTMETALLINDUSTRIE – PRODUKTIONSWACHSTUM 2014 UM EIN PROZENT

Die deutsche Buntmetallindustrie (Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Nickel und Seltenmetalle) erzielte 2014 insgesamt ein leichtes Produktionswachstum von gut einem Prozent gegenüber 2013 auf 3,1 Millionen Tonnen. Die Buntmetallindustrie gliedert sich in die Produktionsstufen Erzeugung und erste Bearbeitung. Die Erzeugung beinhaltet die Herstellung von raffinierten Metallen und Metalllegierungen. In der ersten Bearbeitung wird Halbzeug hergestellt. Halbzeug sind Bänder, Bleche, Stangen, Profile, Rohre und Drähte.

Die Produktion der deutschen **Buntmetallerzeuger** sank 2014 um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 1,3 Millionen Tonnen. Dabei war der Rückgang bei raffiniertem Kupfer und Kupfergusslegierungen um ein Prozent auf 707.000 Tonnen moderat. Die Ausbringungsmenge von Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen ging hingegen um vier Prozent auf 597.000 Tonnen zurück.

Die Weltproduktion von **raffiniertem Kupfer** stieg 2014 laut International Copper Study Group (ICSG), Lissabon, Portugal, um sieben Prozent auf 22,6 Millionen Tonnen. Dabei konnten die Primärproduktion um zehn Prozent auf 14,8 Millionen Tonnen und die Recyclingproduktion um ein Prozent auf 3,9 Millionen Tonnen gesteigert werden. Die weltweite Nachfrage nach raffiniertem Kupfer verzeichnete 2014 ein Plus von acht Prozent auf 23 Millionen Tonnen, getrieben von einem Anstieg der Nachfrage Chinas in Höhe von 14 Prozent auf 11 Millionen Tonnen. China steht allein für 48 Prozent des Weltbedarfs. Die Wachstumsrate der EU 28 war mit sechs Prozent auf 3,2 Millionen Tonnen etwas niedriger. Rückläufig war die Nachfrage in den USA mit knapp zwei Prozent auf 1,8 Millionen Tonnen und in Russland mit minus zehn Prozent auf 599.000 Tonnen. So entstand ein globales Produktionsdefizit von 475.000 Tonnen – bereinigt um inoffizielle Lagerbestandsänderungen in China sogar von 498.000 Tonnen. Die globale Bergbauproduktion stieg 2014 mit einem Prozent auf 18,3 Millionen Tonnen kaum. Der Kupfermarkt hängt stark von der weiteren Entwicklung der derzeit hohen Lagerbestände an den Börsen und des chinesischen Immobilienmarktes ab.

Die weltweite **Primärverhüttung von Zink** zeigte 2014, im Vergleich von Produktion zu Verwendung, ein Defizit von 296.000 Tonnen. Dies ist gegenüber 2013 mit einem Defizit von 97.000 Tonnen eine deutliche Steigerung. Dieser Trend wurde vor allem durch eine hohe Nachfrage getragen, die weltweit im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent auf 13,8 Millionen Tonnen gestiegen ist, getrieben durch ein Wachstum der chinesischen Nachfrage um zwölf Prozent auf 6,4 Millionen Tonnen. Dagegen nahm die Zinkproduktion nur um fünf Prozent auf 13,5 Millionen Tonnen zu, wobei der Anstieg hauptsächlich durch die starke Zunahme der chinesischen Produktion um 14 Prozent auf 5,8 Millionen Tonnen geprägt war. Die globale Minenproduktion verzeichnete 2014 ein Plus von einem Prozent gegenüber 2013 auf 13,4 Millionen Tonnen. Die Sekundärproduktion legte sogar um 15 Prozent auf 945.000 Tonnen zu.

Wie im Vorjahr war der Weltmarkt für **raffiniertes Blei und Bleilegierungen** 2014 weitestgehend ausgeglichen. So überstieg die Verwendung des Metalls dessen Produktion lediglich um 5.000 Tonnen. Die Herstellung von metallischem Blei wurde um ein Prozent auf 11,3 Millionen Tonnen erhöht. Der Anteil an recyceltem Blei an der Gesamtproduktion lag bei 54 Prozent. Die Verwendung von metallischem Blei nahm um ein Prozent auf 11,3 Millionen Tonnen zu, dabei verzeichnete China ein Wachstum von zwei Prozent auf 5,1 Millionen Tonnen und die EU 28 von drei Prozent auf 1,6 Millionen Tonnen. Einzig in den USA wurde Blei um zwei Prozent weniger nachgefragt (1,7 Millionen Tonnen). Die weltweite Minenproduktion ging um zwei Prozent auf 5,3 Millionen Tonnen zurück. Eine weiterhin stabile weltweite Automobilkonjunktur wird über den Einsatz von Blei in Starterbatterien und aktuelle technische Entwicklungen wie Start-Stopp-Systeme für eine robuste Nachfrage nach Blei und Bleilegierungen sorgen.

Die Produktion der **Buntmetallhalbzeugindustrie** stieg im Jahr 2014 um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 1,8 Millionen Tonnen. Ausschlaggebend hierfür war die dynamische Entwicklung bei den Herstellern für **Halbzeug aus blankem Kupferleitmaterial** mit einem Plus von acht Prozent gegenüber 2013 auf 719.000 Tonnen. Die Fertigung von **Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen** stieg um zwei Prozent auf 879.000 Tonnen und die Produktion von **Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Legierungen** um ein Prozent auf 171.000 Tonnen.

NE-METALLGIESSEREIEN – ZWEISTELLIGES PRODUKTIONSWACHSTUM 2014

Die vorläufige Jahresbilanz der deutschen NE-Metallgießereien liest sich auf den ersten Blick überaus erfreulich: Ein zweistelliges Produktionsplus von zehn Prozent gegenüber dem Jahr 2013 auf 1,1 Millionen Tonnen im Gesamtjahr 2014 verdeutlicht die Leistungsstärke der NE-Metallgießerei-Industrie, aber auch ihrer Kunden. Im Jahr 2015 bestehen aufgrund der Rahmenbedingungen für die exportstarke Automobil- und Zulieferindustrie gute Chancen auf weiteres Wachstum. In anderen Sparten, wie der Bauindustrie, dem Maschinen- und Anlagenbau sowie der Elektrotechnik und Elektronikindustrie, sind die Signale nicht so eindeutig. Die Aluminiumgießereien verbuchten im Jahr 2014 mit 990.000 Tonnen einen um sechs Prozent höheren Auftragseingang als im Jahr 2013. Die Magnesiumgießereien registrierten

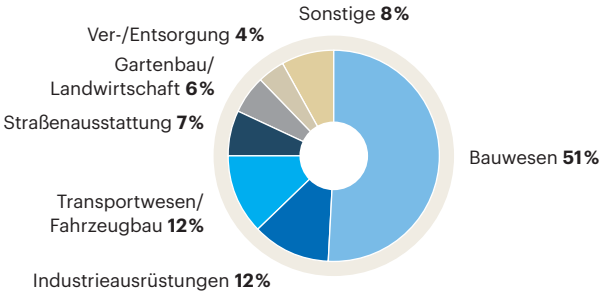
demgegenüber im selben Zeitraum ein Auftragsplus von 14 Prozent bei einem Volumen von 21.000 Tonnen. Die Gießereien, die Kupferlegierungen verarbeiten, meldeten im Jahr 2014 einen Anstieg der Bestellungen um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies ergab ein Volumen von 87.000 Tonnen. Die Auftragseingänge der Zinkgießereien legten lediglich um knapp ein Prozent auf 54.000 Tonnen zu. Die NE-Metallgießereien treffen vor allem durch die Automobilproduktion auf eine starke Nachfrage auf dem Inlandsmarkt. Entsprechend lag die direkte Ausfuhrquote der gesamten Branche im Jahr 2014 bei zwölf Prozent. Das Exportvolumen stieg nur vergleichsweise moderat um zwei Prozent gegenüber dem Jahr 2013. Damit wurde die Absatzstärke im Inland unterstrichen – getrieben durch die Automobil- und Zulieferindustrie. So lag der Anteil von Komponenten für den Straßenfahrzeugbau im Jahr 2014 bei 82 Prozent. Unter dem Strich besteht wegen der hohen Exportorientierung der Abnehmerbranchen eine tiefgreifende Einbindung in den internationalen Wettbewerb. Die Auftragsreserven beliefen sich Ende Dezember 2014 auf etwa 308.000 Tonnen. Die Auftragsreichweite, gemessen an der durchschnittlichen Monatsproduktion im Jahr 2014, lag unverändert bei knapp vier Monaten. Für das Jahr 2015 erwartet die deutsche NE-Metallgießerei-Industrie ein weiteres Produktionswachstum.

FEUERVERZINKUNGSINDUSTRIE – POSITIVE ZUKUNFTSERWARTUNGEN

Die deutsche Stückverzinkungsindustrie als wichtiger Zinkanwender veredelte im Jahr 2014 etwa 1,8 Millionen Tonnen Stahl und übertraf damit das Vorjahresergebnis um 2,5 Prozent. Der Umsatz der Branche stieg im Jahr 2014 um sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr und lag bei rund 600 Millionen Euro. Wesentlicher Treiber des Umsatzzuwachses war der gestiegene Börsenpreis von Zink. Die deutsche Stückverzinkungsindustrie beschäftigte im Jahr 2014 mehr als 4.800 Mitarbeiter in über 160 Verzinkereien. Die Erwartungen der Stückverzinker an das Jahr 2015 sind durchweg positiv. Die Branche geht auch für das Jahr 2015 von Mengenzuwächsen aus und hofft primär von steigenden Ausrüstungs- und Bauinvestitionen zu profitieren. Längerfristig werden zusätzliche Wachstumsimpulse im Rahmen des Ausbaus der Stromnetze erwartet.

AUFTEILUNG TONNAGEMENGE FEUERVERZINKUNGSINDUSTRIE

in %

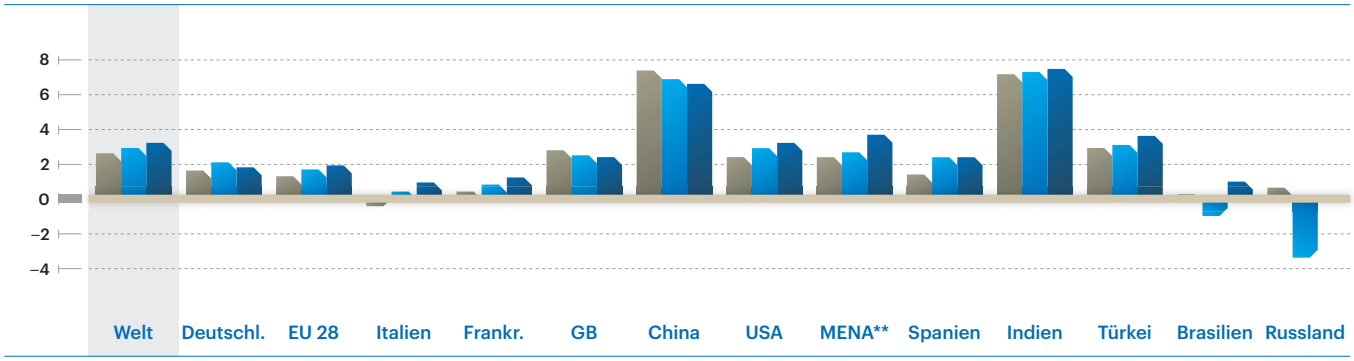


DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT

Weltkonjunktur belebt sich leicht im Jahresverlauf 2014

Die Weltkonjunktur hellt sich nach einem schwachen ersten Halbjahr vor allem in den Industrieländern etwas auf. Während einige Euroländer die Talsohle durchschreiten, verlieren die Schwellenländer ihre hohe Dynamik.

Weltkonjunktur – Reales Bruttoinlandsprodukt* 2014 2015 2016 in %



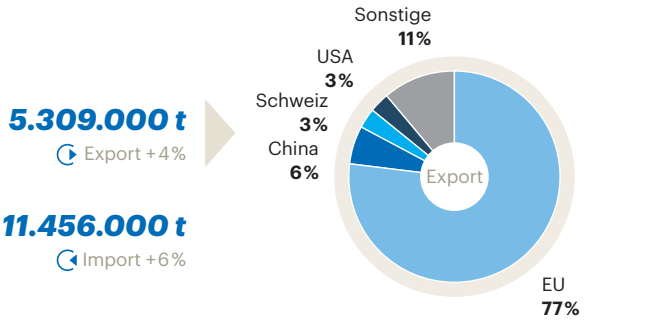
* Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2015, 2016: Prognosen; ausgewählte Länder/Regionen sortiert nach ihrem Anteil am Absatz der deutschen NE-Metallindustrie 2014 in Tonnen.
** MENA steht für Middle East and North Africa: Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Saudi Arabien, Sudan, Syrien, Tunesien und Vereinigte Arabische Emirate.
Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 16. April 2015; Internationaler Währungsfonds (IWF), World Economic Outlook, 14. April 2015.

Die **Weltwirtschaft** wuchs 2014 moderat um 2,6 Prozent. 2014 war geprägt von einem steten Aufwärtstrend in den Industrieländern. Vergleichsweise kräftig fiel die Belebung in den USA und in Großbritannien aus. Dagegen erholten sich die Euroländer nicht so deutlich wie erhofft. Die Dynamik der Schwellen- und Entwicklungsländer ging insgesamt leicht zurück. In den großen Schwellenländern entwickelte sich die Wirtschaft sehr unterschiedlich: Während China und Indien ein für ihre Verhältnisse moderates Wirtschaftswachstum erzielten, stagnierte die Entwicklung in Brasilien. Russland rutscht in eine Rezession. Wegen der politischen Unsicherheiten wird sich zumindest für Russland die Lage 2015 eher noch verschlechtern. Weltweit spiegelten sich sinkende Rohstoffpreise in geringen Inflationsraten wider. Der deutliche Rückgang der Ölpreise von 112 US-Dollar für ein Fass der Sorte Brent im Juni 2014 auf knapp 50 US-Dollar im Januar 2015 stimulierte die Volkswirtschaften Öl importierender Staaten. Den Nachteil hatten dagegen vor allem Ölförderländer ohne ausreichende finanzielle Reserven, deren Staatshaushalt von den Öleinnahmen abhängt. Für 2015 trauen die Wirtschaftsforschungsinstitute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose der Weltwirtschaft wieder ein Wachstum von 2,9 Prozent zu. Im Jahr 2016 kann das Plus demnach sogar 3,2 Prozent betragen. Dabei sehen die Institute die niedrigen Ölpreise als Konjunkturmotor. Risiken bestehen in ausbleibenden Investitionen, der Volatilität der Weltmärkte, geopolitischen Konflikten und einer hartnäckigen Stagnation in den Euroländern und in Japan.

Für den **Welthandel** prognostizieren die Institute nach einem vergleichsweise kraftlosen Wachstum von 3,5 Prozent im Jahr 2014 im laufenden Jahr eine Belebung um 4,5 Prozent und 2016 um fünf Prozent.

DEUTSCHLAND

Deutscher NE-Metall-Außenhandel 2014*



*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte);
Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Die deutsche Wirtschaftsleistung stieg 2014 um 1,6 Prozent. Damit gab es einen moderaten Aufschwung. Das Inland ist für die deutsche NE-Metallindustrie mit Abstand der wichtigste Absatzmarkt. Hier wurden 2014 etwa 55 Prozent des Branchenumsatzes erwirtschaftet. Niedriger Ölpreis, schwacher Euro und niedrige Zinsen begünstigten die wirtschaftliche Erholung, ebenso wie ein Nachfrageanstieg aus den Industrieländern und eine robuste Entwicklung der Binnenkonjunktur. Der private Konsum wuchs dank eines stabilen Arbeitsmarkts, steigender Löhne, stabiler Preise und niedriger Zinsen um 1,2 Prozent. Trotz globaler Krisen stiegen Export, Import und Außenhandelsüberschuss auf neue Rekordwerte. So wurden 2014 Waren im Wert von 1.134 Milliarden Euro ausgeführt – 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Importe stiegen um 3,4 Prozent auf 917 Milliarden Euro. Das ergab in der Außenhandelsbilanz den bisher höchsten Überschuss von 217 Milliarden Euro. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um etwa 370.000 auf knapp 42,7 Millionen. Der Staat steigerte die Konsumausgaben um 1,1 Prozent und erwirtschaftete 2014 einen Überschuss von 18 Milliarden Euro. Das vergangene Jahr war das dritte Jahr in Folge, in dem der Staat einen Gewinn erzielte. Ausgehend von einem niedrigen Niveau wurden in einem weiterhin sehr günstigen Finanzierungsumfeld die Anlageinvestitionen um 3,4 Prozent erhöht. Trotz einer expansiven Geldpolitik der EZB sanken die Verbraucherpreise im Jahresverlauf deutlich und lagen im Dezember gerade einmal 0,2 Prozent über dem Vorjahresmonat – deutlich unter der Zielmarke von zwei Prozent. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise 2014 um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft stieg im März 2015 zum fünften Mal in Folge. Die Unternehmer beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage wieder besser und blickten erneut zuversichtlicher auf das nächste halbe Jahr. Wirtschaftliche Risiken bestehen 2015 im Ukraine-Konflikt, in der Euro-Krise sowie in Anpassungsreaktionen auf den Mindestlohn. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für 2015 mit einem Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent und für 2016 mit einem Plus von 1,8 Prozent.

VERWENDUNG DES INLANDSPRODUKTS*

	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Konsumausgaben	1,2	2,3	1,5
Private Haushalte	1,2	2,5	1,6
Staat	1,1	1,6	1,3
Anlageinvestitionen	3,4	2,0	2,8
Ausrüstungen	4,3	3,2	4,8
Bauten	3,6	1,4	1,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,2	1,4	1,8
Inländische Verwendung	1,3	2,0	1,6
Exporte	3,9	5,7	5,5
Importe	3,4	5,9	5,8
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,1	1,8

*Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, preisbereinigt, verkettet;
Quellen: Dt. Bundesbank, Frankfurt am Main, Monatsbericht März 2015, 20. März 2015; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 16. April 2015.

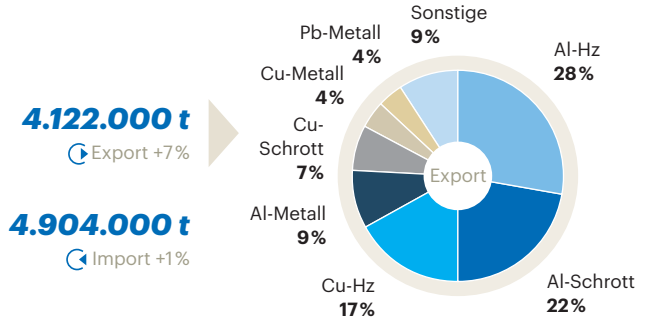
ECKDATEN FÜR DEUTSCHLAND

		2014	2015	2016
Reales BIP (in %*)		1,6	2,1	1,8
Erwerbstätige im Inland (in 1.000 Personen)		42.652	43.007	43.242
Arbeitslose (in 1.000 Personen)		2.898	2.723	2.568
Arbeitslosenquote (in %)		6,7	6,3	5,9
Verbraucherpreise (in %*)		0,9	0,5	1,3
Lohnstückkosten (in %*)		1,6	1,9	1,7
Finanzierungssaldo des Staates	(in Mrd. €)	18,0	20,7	25,6
	(in % des nominalen BIP)	0,6	0,7	0,8
Leistungsbilanzsaldo	(in Mrd. €)	219,7	256,0	266,0
	(in % des nominalen BIP)	7,6	8,5	8,5

BIP = Bruttoinlandsprodukt; * Änderung gegenüber dem Vorjahr;
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main;
2015 und 2016: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 16. April 2015.

EUROPÄISCHE UNION

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit der EU 2014*

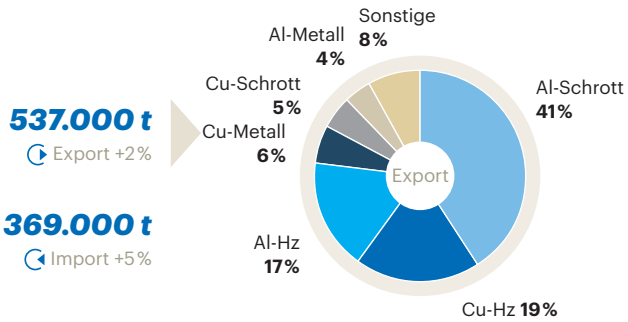


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ In der EU 28 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt 2014 um 1,3 Prozent. Für das laufende Jahr trauen die Institute der EU 28 sogar ein Wachstum von 1,7 Prozent und für 2016 von 1,9 Prozent zu. Etwa drei Viertel der Exporte der deutschen NE-Metallindustrie war 2014 für die EU-Partnerländer vorgesehen. Somit war die EU nach dem Inland mit Abstand der wichtigste Absatzmarkt für die Branche. Im November 2014 übernahm die Europäische Zentralbank (EZB) die Verantwortung für den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism). Sie fungiert damit als **Bankenaufsicht**sbehörde im Euroraum. Die **Geldpolitik** der EZB blieb 2014 expansiv. Im Juni 2014 senkte die EZB den Leitzins um zehn Basispunkte auf 0,15 Prozent und im September 2014 auf das seit Einführung des Euro historisch niedrigste Zinsniveau von 0,05 Prozent. Die Teuerung in der Eurozone lag 2014 mit durchschnittlich 0,4 Prozent weit unterhalb des von der EZB angestrebten Ziels von knapp zwei Prozent. Die Institute rechnen in den Euroländern für das laufende Jahr sogar mit stabilen Verbraucherpreisen. Erst 2016 dürfte die Preissteigerung wieder ein Prozent betragen. Im März 2015 startete die EZB ein Kaufprogramm für Wertpapiere mit einem Volumen von monatlich 60 Milliarden Euro. Sie hielt sich die Möglichkeit offen, das Programm auch über September 2016 hinaus fortsetzen zu können. Der Euro verlor gegenüber dem US-Dollar von Mai bis Dezember 2014 knapp 14 Prozent seines Wertes und lag zum Jahresende bei 1,21 US-Dollar je Euro. Im laufenden Jahr ging es noch einmal um elf Prozent nach unten auf 1,08 US-Dollar je Euro Ende März.

ITALIEN

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Italien 2014*

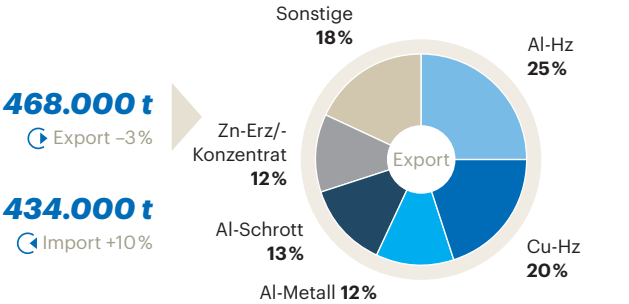


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Das hochverschuldete Italien hat voraussichtlich 2014 die konjunkturelle Talsohle durchschritten. So schrumpfte die Wirtschaftsleistung nochmals leicht um 0,4 Prozent. Italien war 2014 für die deutsche NE-Metallwirtschaft der wichtigste Exportmarkt. 537.000 Tonnen lieferte die Branche nach Italien – trotz Rezession waren das zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders für die Kupferhalbzeugindustrie blieb Italien ein bedeutender, wenn auch mit minus einem Prozent leicht rückläufiger Absatzmarkt. Die steigende Arbeitslosigkeit von knapp 13 Prozent dämpfte 2014 den privaten Konsum. Leicht positiv entwickelten sich 2014 Italiens Exporte. So spürte die deutsche NE-Metallindustrie auf ihrem Heimatmarkt zunehmenden Wettbewerbsdruck aus Italien. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten im laufenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent und 2016 ein Plus von 0,9 Prozent.

FRANKREICH

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Frankreich 2014*

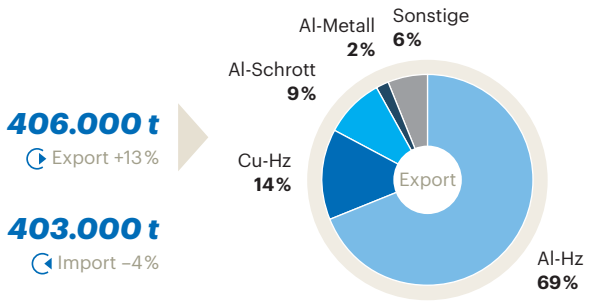


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Frankreichs Wirtschaft stagnierte 2014 (plus 0,4 Prozent). Nach Italien und Österreich ist Frankreich der drittwichtigste Exportmarkt für die deutsche NE-Metallwirtschaft. Ebenso wie Italien tritt Frankreich in Deutschland verstärkt als Wettbewerber für die deutschen Hersteller von NE-Metallen auf. So importierte Deutschland 2014 zehn Prozent mehr NE-Metalle aus Frankreich als im Vorjahr. Der zum 1. Januar 2014 von 19,6 auf 20 Prozent erhöhte allgemeine Mehrwertsteuersatz ebenso wie die bei gut zehn Prozent verharrende Arbeitslosigkeit dämpften den privaten Verbrauch. Geplante Steuererleichterungen für Geringverdiener dürften ihn dagegen etwas stützen. 2015 und in größerem Umfang 2016 werden Steuer- und Abgabenerleichterungen wirksam. Für 2015 rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem leichten Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozent und für 2016 um 1,2 Prozent.

GROSSBRITANNIEN

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Großbritannien 2014*

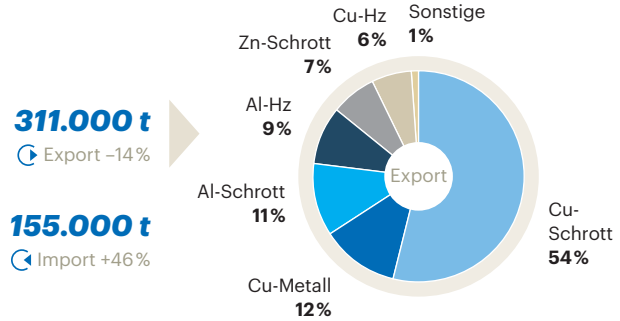


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Die Wirtschaft Großbritanniens wuchs 2014 überraschend kräftig mit 2,8 Prozent. Das spiegelte sich in einer hohen Kapazitätsauslastung wider. Maßgeblich hierfür war eine robuste Binnenkonjunktur, begünstigt durch eine auf etwa sechs Prozent rückläufige Arbeitslosenquote und eine geringe Inflation von 1,5 Prozent. Beides hellte das Konsumklima deutlich auf. Von Anfang 2014 bis Ende Februar 2015 wertete das Pfund Sterling gegenüber dem Euro um 14 Prozent auf. So stiegen die deutschen Ausfuhren von NE-Metallen 2014 konjunktur- und wechselkursbedingt um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 406.000 Tonnen. 83 Prozent davon war Halbzeug – überwiegend Aluminium. Im laufenden Jahr erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute ein leichtes Nachlassen der Dynamik der britischen Volkswirtschaft (plus 2,5 Prozent). 2016 dürfte das Wirtschaftswachstum bei 2,4 Prozent liegen.

CHINA

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit China 2014*

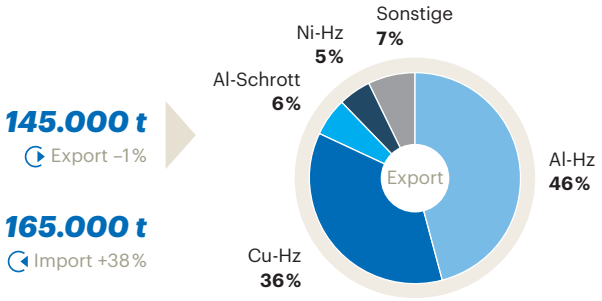


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Chinas Wirtschaft hat 2014 mit 7,4 Prozent das niedrigste Wachstum seit Jahrzehnten erzielt. Auf den ersten Blick war China 2014 für die deutsche NE-Metallindustrie der wichtigste Exportmarkt außerhalb der EU 28. Maßgeblich hierfür sind allerdings Schrotte, die etwa 72 Prozent der NE-Metallexporte nach China ausmachen. Diese Schrotte werden der europäischen NE-Metallindustrie als Rohstoff entzogen. Ohne Schrotte belaufen sich die deutschen Exporte nach China 2014 nur auf 90.000 Tonnen. Für eine wachsende Zahl deutscher NE-Metall-Unternehmen stellt sich die Frage nach Investitionen in China, um die enge Kooperation mit ihren Partnern in den Abnehmerindustrien an deren Standorten in China fortzusetzen. Rückläufige Rohstoffpreise und der schwache Wohnimmobilienmarkt drückten die Inflation 2014 auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren (plus zwei Prozent). Trotz Zinssenkungen durch die Notenbank kam die chinesische Konjunktur noch nicht wieder in Schwung. Der Außenhandel hingegen stützt das Wachstum wegen niedriger Importe bei einer relativ stabilen Exportnachfrage. Für das laufende Jahr rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer weiteren Wachstumsabschwächung auf 6,9 Prozent. 2016 dürfte das Plus 6,6 Prozent betragen.

USA

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit den USA 2014*

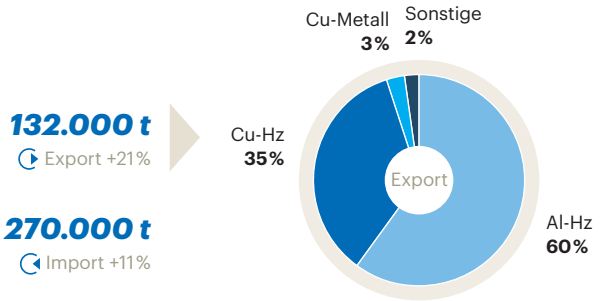


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Die Vereinigten Staaten verzeichneten 2014 ein im Vergleich zu anderen Industrieländern robustes Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent. Maßgeblich war ein kräftiges Wachstum des privaten Konsums, der zu mehr als zwei Dritteln zum Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten beisteuert. Eine Basis hierfür bildeten Beschäftigungsaufbau, steigende real verfügbare Einkommen und sinkende Energiepreise. Die Arbeitslosenquote ging 2014 weiter auf 6,2 Prozent zurück. Die privaten Anlageinvestitionen stiegen 2014 deutlich um 5,3 Prozent. Im Zuge des Ölpreisverfalls machte sich im Verlauf des Jahres 2014 noch kein spürbarer Rückgang der Investitionen in der Öl- und Gasindustrie bemerkbar. Dagegen blieben Staatskonsum und -investitionen 2014 in etwa auf Vorjahresniveau (minus 0,2 Prozent). Die kräftige Aufwertung des US-Dollar wirkte sich spätestens im zweiten Halbjahr 2014 auf den Außenhandel aus. So stiegen die Importe 2014 mit vier Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich stärker als die Exporte mit 3,2 Prozent. Folglich dämpfte der Außenbeitrag das Wirtschaftswachstum der Vereinigten Staaten um 0,2 Prozentpunkte. Für die deutsche Halbzeugindustrie waren die USA 2014 weiterhin der wichtigste außereuropäische Absatzmarkt. Von der konjunkturellen Dynamik der US-Konjunktur hatte sich die Branche etwas mehr erhofft. So sanken die Ausfuhren von NE-Metallen aus Deutschland in die Vereinigten Staaten sogar leicht um ein Prozent auf 145.000 Tonnen. Die auf dem Verbraucherpreisindex basierende Inflationsrate lag 2014 bei 1,6 Prozent. Für 2015 trauen die Wirtschaftsforschungsinstitute der US-Volkswirtschaft ein Wachstum von 2,9 Prozent zu. 2016 dürfte das Plus sogar bei 3,2 Prozent liegen. Dank der kräftigen US-Konjunktur könnte die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 5,5 Prozent und 2016 auf 5,1 Prozent sinken.

NAHER OSTEN, NORDAFRIKA

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit dieser Region 2014*

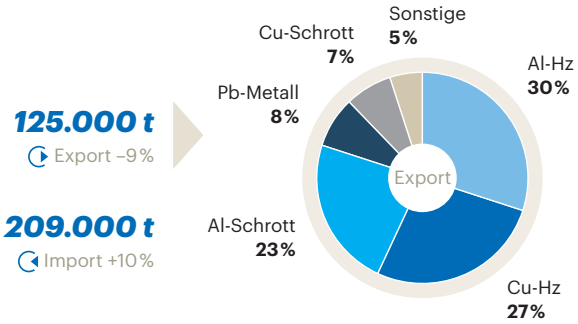


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Für die Region Naher Osten und Nordafrika errechnete der IWF 2014 ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 2,4 Prozent. Die Bedeutung dieser Region für die deutsche NE-Metallindustrie nimmt weiter zu. 2014 wurden 132.000 Tonnen NE-Metalle in diese Region geliefert – das waren 21 Prozent mehr als 2013. Dabei machen Kupfer- und Aluminiumhalbzeug 95 Prozent der deutschen Branchenausfuhren aus. Auch die Importe aus dieser Region, insbesondere von Rohaluminium aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, spielen eine zunehmende Rolle. Der Einbruch des Erdölpreises um mehr als die Hälfte seit Juni 2014 setzt die Staatshaushalte der erdölexportierenden Länder in dieser Region unter Druck. Die gesamte Region ist geprägt von politischer Instabilität. Die Rahmenbedingungen für Investitionen bleiben dementsprechend schlecht. 2015 dürfte die Region dennoch um 2,7 Prozent und 2016 sogar um 3,7 Prozent wachsen.

SPANIEN

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Spanien 2014*

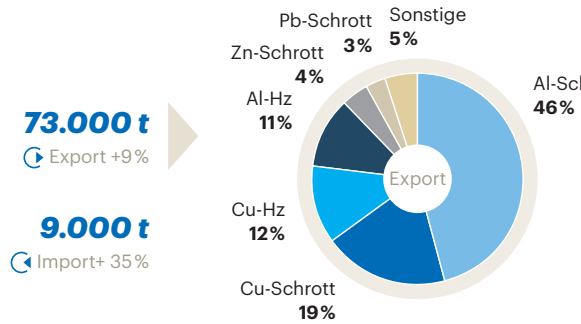


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Nach zwei Jahren der Rezession wächst Spaniens Wirtschaft 2014 erstmals wieder mit plus 1,4 Prozent. Exporte, vor allem auch in außereuropäische Absatzmärkte, stützten die spanische Konjunktur. Sinkende Lohnstückkosten und der schwache Euro verbesserten die Wettbewerbssituation spanischer Exporteure spürbar. Auch in Deutschland trat die spanische NE-Metallindustrie verstärkt auf. So importierte Deutschland 2014 zehn Prozent mehr NE-Metalle aus Spanien als 2013. Eine steigende Beschäftigung, eine Erholung der Immobilienpreise bei einer allgemeinen Teuerung von etwa null Prozent begünstigen den privaten Konsum in Spanien. Obwohl rückläufig, lag die Arbeitslosigkeit 2014 immer noch bei knapp 25 Prozent. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2015 und 2016 jeweils um etwa 2,4 Prozent steigt.

INDIEN

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Indien 2014*

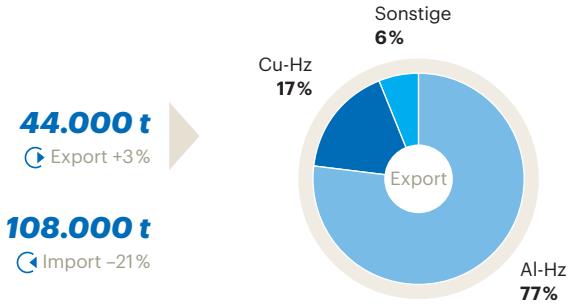


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Das indische Bruttoinlandsprodukt wuchs 2014 preisbereinigt um 7,2 Prozent. Als Absatzmarkt spielt Indien für die deutsche NE-Metallindustrie noch keine bedeutende Rolle. 72 Prozent der NE-Metallexporte waren im Jahr 2014 Schrotte. Entspannung auf den Nahrungsmittelmärkten und sinkende Rohölpreise in Verbindung mit einer Aufwertung der Rupie zum Beispiel gegenüber dem Euro um elf Prozent im Verlauf des Jahres 2014 minderten den Druck auf die Preise. So ging die Teuerung der Verbraucherpreise 2014 auf 4,1 Prozent zurück – nach 6,8 Prozent ein Jahr zuvor. Somit wurden Kaufkraft und damit Konsumnachfrage wieder gestärkt. Indien ist durch seine relativ niedrige Ausfuhrquote im Zusammenhang mit einer dienstleistungsorientierten Exportstruktur und einem großen Binnenmarkt weniger von der globalen Entwicklung abhängig als beispielsweise Deutschland oder Südkorea. Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für 2015 ein beschleunigtes Wachstum von 7,3 Prozent und für 2016 ein Plus von 7,5 Prozent.

TÜRKEI

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit der Türkei 2014*

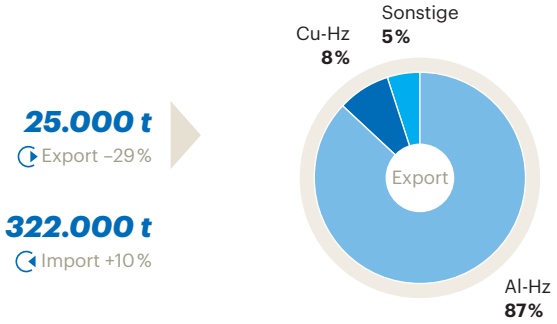


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug; Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Zu der hohen wirtschaftlichen Dynamik im Jahr 2011 – noch vor Zunahme der politischen Instabilität – mit einem Wirtschaftswachstum von 8,5 Prozent fand die Türkei auch 2014 mit einem Plus von 2,9 Prozent nicht wieder zurück. Die deutschen Exporte von NE-Metallen in die Türkei stiegen 2014 um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 44.000 Tonnen. 94 Prozent davon war Halbzeug. Aluminiumhalbzeug aus der Türkei sorgt in einigen Teilbereichen unserer Industrie für Wettbewerbsdruck. Die türkische Lira wertete gegenüber dem Euro von August 2012 bis Ende 2013 um gut ein Viertel ab. Im Jahresverlauf 2014 setzte hierzu eine leichte Gegenbewegung ein: So stieg der Wert der türkischen Lira gegenüber dem Euro wieder um 4,5 Prozent. Der IWF erwartet für 2015 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes der Türkei von 3,1 Prozent und 3,6 Prozent für 2016.

BRASILIEN

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Brasilien 2014*

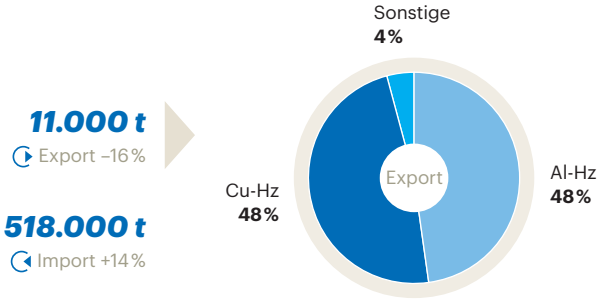


*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug;
Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Brasilien trat 2014 mit einem Wirtschaftswachstum von plus 0,1 Prozent auf der Stelle. Für die deutsche NE-Metallwirtschaft spielte Brasilien 2014 als Absatzmarkt keine große Rolle. Dagegen importierte Deutschland 2014 aus Brasilien mit 322.000 Tonnen zehn Prozent mehr NE-Metalle als im Vorjahr. Mit einer Jahresproduktion von 28 Millionen Tonnen und einem Anteil an der Weltproduktion von zwölf Prozent war Brasilien 2014 nach Australien und China der drittgrößte Bauxitproduzent. Brasilien litt unter einer schwachen Rohstoffnachfrage in Kombination mit sinkenden Rohstoffpreisen. In den vergangenen vier Jahren verlor der brasilianische Real gegenüber dem Euro ein Drittel seines Wertes. Importe verteuerten sich und heizten die Inflation im Jahr 2014 auf 6,3 Prozent an. Steuererhöhungen auf Benzin, Importe und Verbraucherkredite, um das Defizit im Staatshaushalt zu senken, verschärften die Situation noch. Als Gegenreaktion erhöhte die Zentralbank den Leitzins im März 2015 auf 12,75 Prozent und setzte die heimische Industrie zusätzlich unter Druck. Der IWF rechnet für das laufende Jahr sogar mit einer Rezession (minus ein Prozent). Erst 2016 dürfte das Wirtschaftswachstum wieder leicht auf ein Prozent steigen.

RUSSLAND

Deutscher NE-Metall-Außenhandel mit Russland 2014*



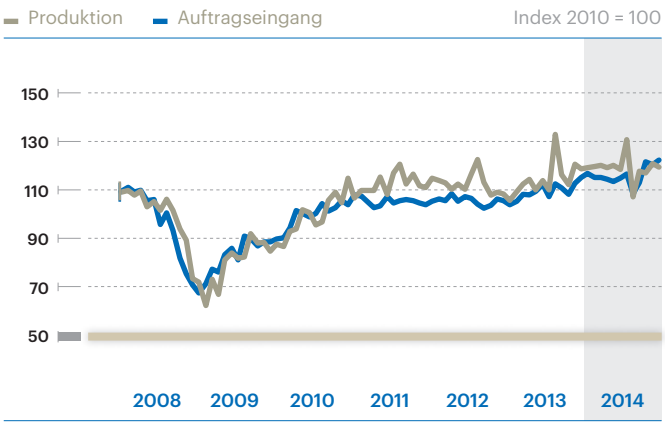
*vorläufig, einschl. Vorstoffe (Erze, Konzentrate, Schrotte); Hz = Halbzeug;
Quellen: Stat. Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

↳ Im Jahr 2014 stagnierte Russlands Volkswirtschaft. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Als direkter Absatzmarkt hat Russland für die deutsche NE-Metallindustrie keine große Bedeutung, wohl aber für den deutschen Maschinenbau und die deutsche Automobilindustrie – wichtige Abnehmer der metallerzeugenden und -verarbeitenden Industrie. Als Lieferant von NE-Metallen spielt Russland zwar eine bedeutende, aber nicht existenzielle Rolle. Maßgeblich für die Schwäche der russischen Wirtschaft sind stark rückläufige Einnahmen aus Rohstoffexporten. 2014 sank die Nachfrage nach Rohstoffen und damit auch deren Preise. Sanktionen im Rahmen der Ukrainekrise und ein erheblicher Kapitalabfluss ins Ausland in Höhe von mehr als 150 Milliarden US-Dollar zogen einen deutlichen Wertverlust des Rubels nach sich. Waren aus den Euroländern verteuerten sich für russische Käufer im Jahresverlauf 2014 wechselkursbedingt um 60 Prozent. Dadurch stiegen die Importpreise und heizten die Inflation 2014 auf acht Prozent an. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten 2015 einen deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3,4 Prozent. Auch für 2016 ist mit keiner Erholung der russischen Wirtschaft zu rechnen.

Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

Die NE-Metallindustrie beliefert alle modernen Schlüsselindustrien und bildet somit die Basis für funktionierende Wertschöpfungsketten.

AUTOMOBILINDUSTRIE



Preisbereinigt, X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt; Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

VERWENDUNGSBEREICHE

Die Automobilindustrie ist eine der wichtigsten Abnehmerbranchen der NE-Metallindustrie. Etwa 30 Prozent aller Produkte aus NE-Metallen werden in diese Branche eingebracht. Besondere Bedeutung kommt dabei der Aluminiumindustrie zu. 47 Prozent des verarbeiteten Aluminiums fließen in Deutschland in diesen Verwendungsbereich. Im Jahr 1978 wurden noch 32 Kilogramm Aluminium pro Pkw in Deutschland verwendet. Im Jahr 2010 waren es bereits 160 Kilogramm. Der Anteil von Kupfererzeugnissen, die in der Automobilindustrie verwendet werden, liegt bei neun Prozent. Der stärkere Einsatz von elektrisch und elektronisch betriebenen Bedienelementen lässt den Anteil von Kupfer nach Einschätzung von Sachverständigen in den nächsten 20 Jahren von heute 25 Kilogramm auf 40 Kilogramm je Pkw weiter steigen. Für die Verwendung von Blei stellt die Automobilindustrie den wichtigsten Einsatzbereich dar. Gut drei Viertel des in Deutschland eingesetzten Bleis werden zur Herstellung von Akkumulatoren verwendet. Als Starterbatterie wird der Blei-Akku seine Marktposition halten, möglicherweise kommen weitere Anwendungen in der Elektromobilität hinzu. Gegenüber einem Pkw mit Verbrennungsmotor wird der Kupfer-Anteil in einem Elektrofahrzeug bei 65 Kilogramm liegen. Die stärker in den Vordergrund tretende Lithium-Batterie würde den Einsatz von Aluminium um bis zu 50 Kilogramm, von Kupfer um 40 Kilogramm und von Nickel um zehn Kilogramm erhöhen. Pro Fahrzeug werden heute zudem im Durchschnitt zehn Kilogramm Zink verwendet.

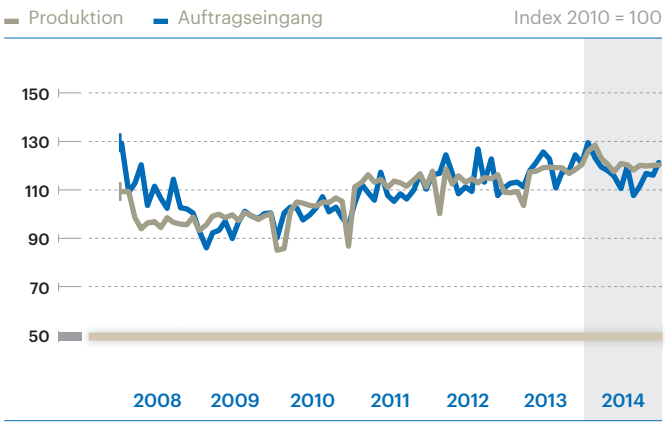
LAGE UND PROGNOSE

Für die deutsche Automobilindustrie war **2014** ein erfreuliches Jahr. So lagen die Inlandsproduktion mit 5,6 Millionen Pkw drei Prozent und die Exporte mit 4,3 Millionen Pkw zwei Prozent über 2013. Die Inlandsfertigung und der Export von Nutzfahrzeugen bis sechs Tonnen stiegen 2014 jeweils um neun Prozent auf 305.000 beziehungsweise 226.000 Nutzfahrzeuge. Laut ifo Institut, München, stieg die Kapazitätsauslastung der gesamten Branche von 87,4 Prozent im Januar 2014 auf 91,1 Prozent im Januar 2015 und lag damit weiter auf einem sehr hohen Niveau. Das zweite Standbein der deutschen Hersteller war die Auslandsfertigung, die 2014 nochmals um sechs Prozent auf 9,2 Mil-

lionen Einheiten zulegte. Der chinesische Automobilmarkt setzte sein dynamisches Wachstum fort und wuchs 2014 um 13 Prozent auf 18,4 Millionen Pkw. Der US-Markt und auch die EU 28 legten jeweils um sechs Prozent auf 16,4 beziehungsweise 12,6 Millionen Einheiten zu. Konjunkturbedingt verzeichneten Brasilien und Russland deutliche Rückgänge von sieben Prozent auf 3,3 Millionen Pkw beziehungsweise zehn Prozent auf 2,5 Millionen Pkw.

Der Verband der Automobilindustrie rechnet für das Jahr **2015** mit einer Inlandsproduktion von 5,7 Millionen Pkw – plus zwei Prozent gegenüber 2014. Der Pkw-Export dürfte im laufenden Jahr ebenfalls um zwei Prozent auf 4,4 Millionen Einheiten wachsen. Getragen von der Nachfrage aus China und den USA wird der Weltmarkt für Pkw 2015 auf 76 Millionen Fahrzeuge wachsen. Das sind zwei Prozent mehr als noch im Vorjahr.

BAUWIRTSCHAFT



Hochbau; preisbereinigt, X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt; Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

VERWENDUNGSBEREICHE

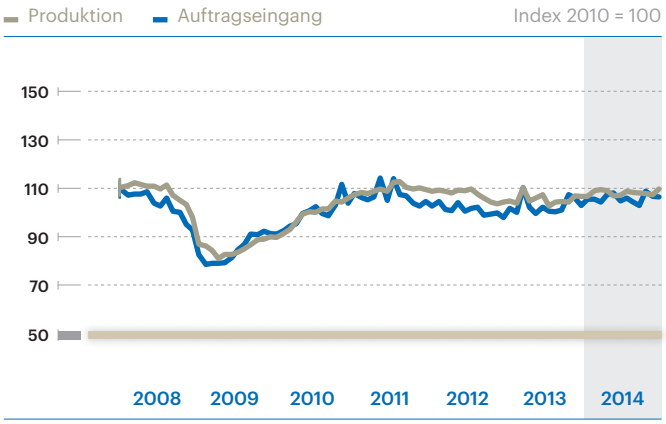
Die Bauwirtschaft ist der zweitgrößte Abnehmer der deutschen NE-Metallindustrie. Die NE-Metalle werden aufgrund ihrer hochwertigen Optik zunehmend in der modernen Architektur verwendet. Ihre Stärken liegen zusätzlich in ihrer Langlebigkeit, zudem sind sie leicht zu verarbeiten. Kupfer und Kupferlegierungen sind bewährte Werkstoffe im Bauwesen. Der bedeutendste Verwendungsbereich ist die Sanitär- und Installationstechnik. Kupferinstallationsrohre sowie Armaturen und sonstiges Sanitärzubehör aus Messing spielen eine wichtige Rolle. Daneben sind Gestaltungselemente aus Kupferblechen und -bändern für Fassaden und Dacheindeckungen, Regenrinnen und -fallrohre nicht wegzudenken. Die deutsche Aluminiumindustrie liefert ebenfalls einen bedeutenden Teil ihrer Erzeugnisse in Höhe von 14 Prozent in die Bauwirtschaft. Oftmals wird Aluminium in Verbindung mit Glas oder mit anderen Metallen verwendet. Die daraus hergestellten Bauelemente zeichnen sich durch besondere Korrosionsbeständigkeit und Leichtigkeit aus. Zink wird als hochwertiger und gut zu verarbeitender Werkstoff in der Bauwirtschaft vielfach als gestalterisches Element eingesetzt, zum Beispiel für Dacheindeckungen, Fassaden, Entwässerungssysteme und als Korrosionsschutz. Blei wird bevorzugt im Denkmalschutz für Kirchendächer und sonstigen öffentlichen Gebäuden verwendet.

LAGE UND PROGNOSE

Für das deutsche Bauhauptgewerbe war die Konjunktur **2014** zweigeteilt: Dem auch witterungsbedingt starken ersten Halbjahr folgte ein schwaches zweites. So stieg der Umsatz im ersten Halbjahr noch um 12,8 Prozent gegenüber den ersten sechs Monaten 2013, ging im zweiten Halbjahr allerdings um ein Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurück. Der Branchenumsatz nahm um nominal 4,1 Prozent auf 99,4 Milliarden Euro zu. Preisbereinigt entsprach das einem Plus von drei Prozent. Der **Wohnungsbau** war 2014 Wachstumstreiber, der nominale Umsatz stieg um 7,8 Prozent, der Auftragseingang verzeichnete ein Plus von 4,3 Prozent. Maßgeblich waren niedrige Kreditzinsen, der Wunsch von Kapitalanlegern nach einer wertbeständigen Investition und eine gute Arbeitsmarktlage. Der **Wirtschaftsbau** behauptete sich 2014 gegen die verbreitete gesamtwirtschaftliche Unsicherheit: So stieg der nominale Umsatz der Betriebe um 3,7 Prozent. Der Auftragseingang ging hingegen um 0,2 Prozent zurück. Die **öffentliche Bautätigkeit** zehrte 2014 noch von den hohen Auftragseingängen des Vorjahres: Dementsprechend stieg der Umsatz um 3,2 Prozent. Demgegenüber sanken die Auftragseingänge 2014 um 3,5 Prozent – eine Bürde für die Entwicklung im Jahr 2015.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hält für **2015** einen Zuwachs des nominalen Umsatzes im Bauhauptgewerbe von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr für möglich (preisbereinigt: plus 0,5 Prozent). Deutliche Impulse werden 2015 weiter im Wohnungsbau mit einem Umsatzwachstum von nominal drei Prozent erwartet. Für den Wirtschaftsbau geht die Branche im selben Zeitraum von einem Umsatzwachstum in Höhe von 1,5 Prozent aus. Am stärksten betroffen von der Investitionszurückhaltung bleibt der öffentliche Bau. Hier rechnet die Branche für 2015 nur mit einem kleinen Umsatzplus von einem Prozent.

ELEKTROTECHNIK- UND ELEKTRONIKINDUSTRIE



Preisbereinigt, X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt; Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

VERWENDUNGSBEREICHE

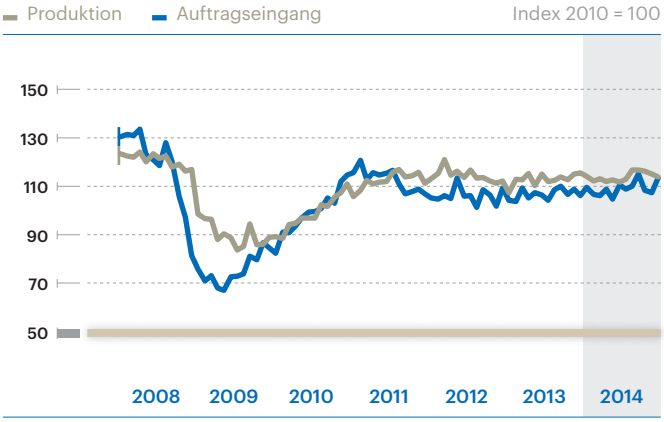
Insgesamt 57 Prozent der Erzeugnisse aus Kupfer und Kupferlegierungen werden im Bereich der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie einschließlich der Kabelindustrie sowie der Informationstechnologie und Telekommunikation verwendet. In der elektrotechnischen Industrie steigt der Bedarf an Energiekabeln aus Kupfer kontinuierlich. Der Transformatorenbau und die Telekommunikation benötigen Kupfer in zunehmendem Maß. Die Verwendung von Kupferdraht liegt bei Energieleitungen bei etwa 70 Prozent, bei Wickeldraht bei rund 20 Prozent und in der Kommunikation bei etwa zehn Prozent. Stranggussformate aus Kupfer werden als Vorprodukte für die Herstellung von Kabelbändern, Industrie- und Transformatorenbändern sowie als Spezialprodukte für die Elektronikindustrie benötigt. Bei der Stromübertragung spielen außerdem Freileitungen und Kabel aus Aluminium neben Kupfer eine bedeutende Rolle. Kabelummantelungen aus Blei dienen bei elektrischen Leitungen dem Schutz des Leitmaterials vor Umwelteinflüssen. Zinn ist als Legierungsbestandteil für Bronze wichtig für Anlagen und Einrichtungen in der Nachrichtentechnik. Die Verbreitung des bleifreien Lötens und der weltweit starke Zuwachs der Elektronikindustrie haben die Nachfrage nach Zinn deutlich erhöht.

LAGE UND PROGNOSE

Im Jahr **2014** überraschte die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie mit einem unerwartet deutlichen Wachstum der preisbereinigten Produktion von 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der nominale Umsatz verzeichnete im selben Zeitraum sogar ein Plus von 2,9 Prozent auf 171,8 Milliarden Euro. Die Inlandserlöse stiegen um 1,5 Prozent auf 86,6 Milliarden Euro. Der Umsatz mit der Eurozone legte um 2,6 Prozent auf 30,7 Milliarden Euro zu. Die Erlöse mit den Nicht-Euro-Ländern verzeichneten sogar ein Plus von 5,3 Prozent auf 54,5 Milliarden Euro. Der Auftragseingang der Branche stieg 2014 insgesamt um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Bestellungen aus dem Inland blieben stabil. Kunden aus den Euroländern bestellten hingegen 2,9 Prozent mehr. Aufträge aus den Nicht-Euroländern erhöhten sich um 0,3 Prozent. Laut ifo Institut lag die Kapazitätsauslastung der Unternehmen im Januar 2015 bei 84 Prozent der betriebsüblichen Vollauslastung – vor Jahresfrist waren es nur 82,6 Prozent.

Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie erwartet **2015** ein Plus der preisbereinigten Produktion von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Umsatz könnte so im selben Zeitraum auf knapp 174 Milliarden Euro steigen.

MASCHINEN- UND ANLAGENBAU



Preisbereinigt, X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt; Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

VERWENDUNGSBEREICHE

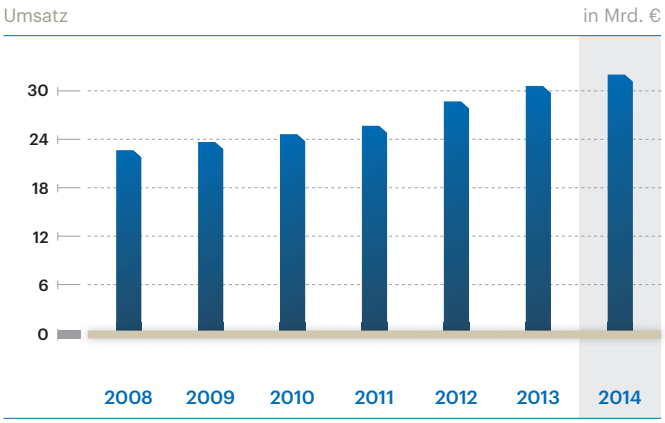
Besonders bei beweglichen Teilen wird Aluminium im Maschinenbau wegen seines geringen spezifischen Gewichts häufig eingesetzt. Rohre aus Kupfer und Kupferlegierungen sowie aus Aluminium spielen für die Herstellung von Wärme- und Kühlanlagen eine wichtige Rolle. Bei der Herstellung von Armaturen werden erhebliche Mengen von Kupferlegierungen, zum Beispiel Messing, benötigt. Kraftwerke, der Apparatebau in der chemischen Industrie sowie Meerwasserentsalzungsanlagen sind ohne die speziellen Eigenschaften von Erzeugnissen aus Kupfer und Kupferlegierungen nicht denkbar. Anlagen und Aggregate mit Bleiauskleidungen und Homogen-Verbleiung sind vor aggressiven Stoffen geschützt und haben eine lange Lebensdauer. Auch im Schallschutz hat sich Bleiwalzmaterial als besonders wirksam bewährt. Korrosionsbeständige Werkstoffe aus Nickel und Nickellegierungen spielen im Großanlagenbau der Chemie-, Öl- und Gasindustrie eine bedeutende Rolle.

LAGE UND PROGNOSE

Das Jahr **2014** war für die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer ein schwaches Jahr. So kamen die Inlandsinvestitionen nicht wie erwartet in Gang und im Export mussten in Russland sowie im Nahen Osten deutliche Dämpfer hingenommen werden. Auch die Schwellen- und Entwicklungsländer brachten in Summe kein Wachstum. Dementsprechend wuchs die preisbereinigte Produktion 2014 nur leicht um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der nominale Umsatz stieg um 2,9 Prozent auf 211,8 Milliarden Euro – preisbereinigt entsprach das einem Plus von 1,7 Prozent. Dabei wuchsen die Exporte 2014 mit 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf nominal 151,5 Milliarden Euro deutlich schwächer als die Importe mit 6,3 Prozent auf 59,3 Milliarden Euro. Preisbereinigt entsprach das einem Exportwachstum von 0,5 Prozent und einem Importanstieg um 6,2 Prozent. Der Auftragseingang verzeichnete 2014 insgesamt ein Plus von real zwei Prozent. Laut ifo Institut, München, sank die Kapazitätsauslastung der Branche im Januar 2015 auf 83,9 Prozent – nach 84,4 Prozent zu Jahresbeginn 2014. Damit lag sie weiter unter dem langjährigen Durchschnitt von 86,2 Prozent.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau bleibt bei seiner Wachstumsprognose für die Produktion von preisbereinigt zwei Prozent für **2015**. Die Abwertung des Euro sorgt aktuell für Rückenwind in der Branche, so zum Beispiel beim Verkauf von Maschinen und Anlagen in den USA, dem zweitwichtigsten Absatzmarkt der Maschinenbauer. Auch die Ausfuhren nach Europa dürften 2015 Wachstumsimpulse liefern.

LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE



Quelle: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V.

LAGE UND PROGNOSE

Im Jahr **2014** war das Wachstum der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie weiterhin kräftig: So wuchs der Umsatz der Gesamtbranche 2014 um fünf Prozent auf 32 Milliarden Euro. Die einzelnen Herstellergruppen haben sich unterschiedlich entwickelt: Luft- und Raumfahrtsysteme legten um 4,5 Prozent auf 19 Milliarden Euro, Ausrüstung um vier Prozent auf sieben Milliarden Euro und Werkstofftechnologien/Komponenten um acht Prozent auf eine Milliarde Euro zu. Die größte Dynamik verzeichnete die Herstellergruppe Antriebe: Gegenüber dem Vorjahr wuchs der Umsatz dieser Herstellergruppe um gut 19 Prozent auf fünf Milliarden Euro. (Statt: Einzig aus der Herstellergruppe Antriebe blieben 2014 die Wachstumsimpulse aus: Mit einer stabilen Entwicklung gegenüber dem Vorjahr verharrte der Umsatz dieser Herstellergruppe bei vier Milliarden Euro.) Für die Produktion von Antriebssystemen werden unter anderem hoch nickelhaltige Werkstoffe eingesetzt. Im Laufe der letzten 20 Jahre gab es zum Teil starke Auf- und Abwärtsbewegungen in dieser Herstellergruppe. Der leichte Umsatzruckgang um gut zwei Prozent in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 wurde bereits im Folgejahr annähernd ausgeglichen.

AUTOR

Oliver Eisenberg erstellt Konjunktur- und Quartalsberichte für die WirtschaftsVereinigung Metalle. Sie erreichen ihn unter eisenberg@gdb-online.org

04

STATISTIK

83 Kennzahlen

84 Produktion nach Metallen

85 Produktion nach Produktionsstufen

86 Recycling

86 Energie

88 Außenhandel

90 Preise

91 Produktion und Verwendung nach Regionen

92 Verwendung nach Sektoren

DIE DEUTSCHE NE-METALLINDUSTRIE IN ZAHLEN

Tabelle 1

KENNZAHLEN DER DEUTSCHEN NE-METALLINDUSTRIE

		2013	2014	+/– (%)
BESCHÄFTIGTE Anzahl				
	Erzeugung und erste Bearbeitung	57.239	55.640	–2,8
	Guss	31.826	32.169	1,1
	Aluminiumweiterverarbeitung	15.200	15.100	–0,7
	Feuerverzinkungsindustrie	4.800	4.800	0,0
GESAMT		109.065	107.709	–1,2
PRODUKTION 1.000 t				
	Erzeugung	2.421	2.434	0,5
	Halbzeug (erste Bearbeitung)	4.195	4.318	2,9
	Guss	1.026	1.130	10,1
	Aluminiumweiterverarbeitung	335	348	3,9
GESAMT		7.977	8.230	3,2
AUSSENHANDEL 1.000 t				
EINFUHR				
	Erzeugung	4.060	4.075	0,4
	Halbzeug (erste Bearbeitung)	1.608	1.681	4,5
AUSFUHR				
	Erzeugung	894	865	–3,3
	Halbzeug (erste Bearbeitung)	2.453	2.575	5,0
UMSATZ Mrd. €				
	Erzeugung und erste Bearbeitung	36,3	35,5	–2,1
	Guss	5,7	5,8	1,5
	Aluminiumweiterverarbeitung	3,1	3,2	1,6
	Feuerverzinkungsindustrie	0,6	0,6	7,4
GESAMT		45,6	45,0	–1,3
NE-METALLPREISE AN DER LONDON METAL EXCHANGE Jahresdurchschnitt, €/t				
	Aluminium	1.390	1.409	1,4
	Kupfer	5.515	5.170	–6,3
	Blei	1.612	1.580	–2,0
	Zink	1.437	1.632	13,6
	Zinn	16.789	16.477	–1,9
	Nickel	11.310	12.708	12,4
EDELMETALLPREISE Jahresdurchschnitt, €/kg				
	Gold	34.454	30.271	–12,1
	Silber	586	466	–20,6
	Platin	35.767	33.344	–6,8
	Palladium	17.598	17.891	1,7

Zahlen gerundet; 2014 vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; London Metal Exchange, London; NE-Metalle aktuell, MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG (MBI), Frankfurt am Main; Metals Week; GDA, GDB, BDG.

Tabelle 2

PRODUKTION NACH METALLEN

	2013 in t	2014 in t	+/– (%)
NICHTEISEN-METALLE GESAMT	7.976.859	8.230.451	3,2
ALUMINIUM[1,3]	4.805.188	5.019.906	4,5
Aluminium aus Erz	492.368	530.700	7,8
Aluminium aus Recycling	597.355	599.400	0,3
Halbzeug aus Al und Al-Legierungen	2.489.289	2.543.900	2,2
Leitmaterial aus Al und Al-Legierungen	5.000	4.600	–8,0
Aluminiumguss	885.661	992.806	12,1
Folien und dünne Bänder	271.041	270.600	–0,2
Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen	41.976	42.900	2,2
Metallpulver	22.498	35.000	55,6
MAGNESIUM[3]	16.371	14.921	–8,9
Magnesiumguss	16.371	14.921	–8,9
KUPFER[2,3]	2.310.654	2.376.812	2,9
raffiniertes Kupfer und Kupfergusslegierungen	711.278	707.219	–0,6
Halbzeug aus Cu und Cu-Legierungen	863.503	879.059	1,8
Leitmaterial aus Cu und Cu-Legierungen	667.350	719.410	7,8
Guss aus Cu und Cu-Legierungen	68.523	71.124	3,8
ZINK[3]	55.142	51.490	–6,6
Guss aus Zink und Zinklegierungen	55.142	51.490	–6,6
ANDERE BUNTMETALLE[2]	789.504	767.322	–2,8
Erzeugung von Zink, Blei, Zinn und deren Leg.	619.984	596.734	–3,8
Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Leg.	169.520	170.588	**0,6**

2014: vorläufig; Quellen:
1 Gesamtverband der Aluminiumindustrie
2 Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie
3 Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie.

Tabelle 3

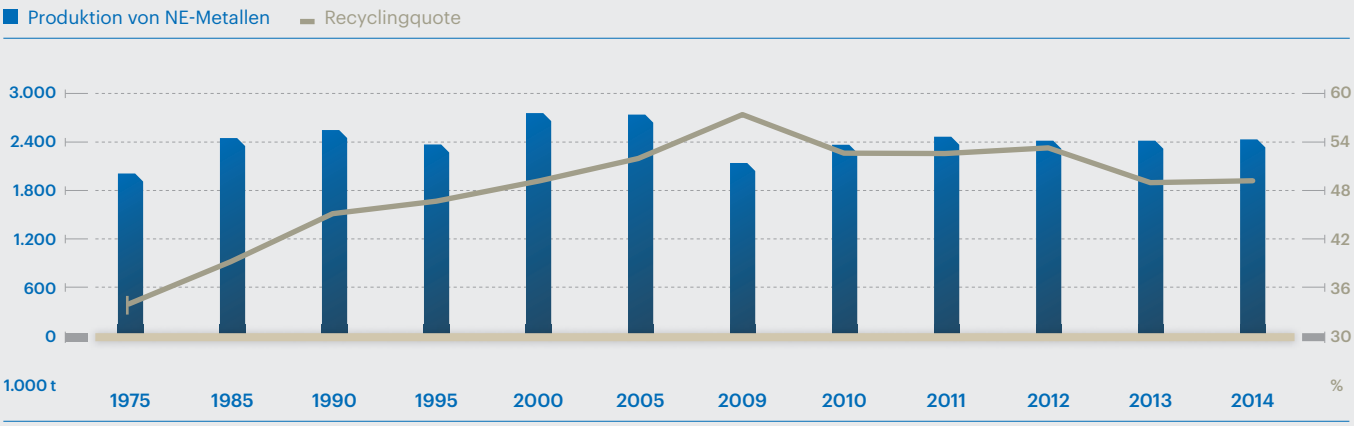
PRODUKTION NACH PRODUKTIONSSTUFEN

	2013 in t	2014 in t	+/– (%)
NICHTEISEN-METALLE GESAMT	7.976.859	8.230.451	3,2
ERZEUGUNG[1,2]	2.420.985	2.434.053	0,5
Aluminium aus Erz	492.368	530.700	7,8
Aluminium aus Recycling	597.355	599.400	0,3
ALUMINIUM GESAMT	1.089.723	1.130.100	3,7
raffiniertes Kupfer und Kupfergusslegierungen	711.278	707.219	–0,6
Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen	619.984	596.734	–3,8
BUNTMETALLE GESAMT	1.331.262	1.303.953	–2,1
HALBZEUG[1,2]	4.194.662	4.317.557	2,9
Al und Al-Legierungen	2.489.289	2.543.900	2,2
Al-Leitmaterial	5.000	4.600	–8,0
ALUMINIUM GESAMT	2.494.289	2.548.500	2,2
Cu und Cu-Legierungen	863.503	879.059	1,8
Cu-Leitmaterial	667.350	719.410	7,8
KUPFER GESAMT	1.530.853	1.598.469	4,4
ANDERE BUNTMETALLE	169.520	170.588	0,6
BUNTMETALLE GESAMT	1.700.373	1.769.057	4,0
GUSS[3]	1.025.697	1.130.341	10,2
Aluminium	885.661	992.806	12,1
Magnesium	16.371	14.921	–8,9
LEICHTMETALLGUSS GESAMT	902.032	1.007.727	11,7
Kupfer und Kupferlegierungen	68.523	71.124	3,8
Zink und Zinklegierungen	55.142	51.490	–6,6
BUNTMETALLGUSS GESAMT	123.665	122.614	–0,8
ALUMINIUMWEITERVERARBEITUNG[1]	335.515	348.500	3,9
FOLIEN UND DÜNNE BÄNDER	271.041	270.600	–0,2
TUBEN, AEROSOL- UND SONSTIGE DOSEN	41.976	42.900	2,2
METALLPULVER	22.498	35.000	55,6

2014: vorläufig; Quellen:
1 Gesamtverband der Aluminiumindustrie.
2 Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie.
3 Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie.

Grafik 4

RECYCLING-ANTEIL AN DER NICHTEISEN-METALLPRODUKTION

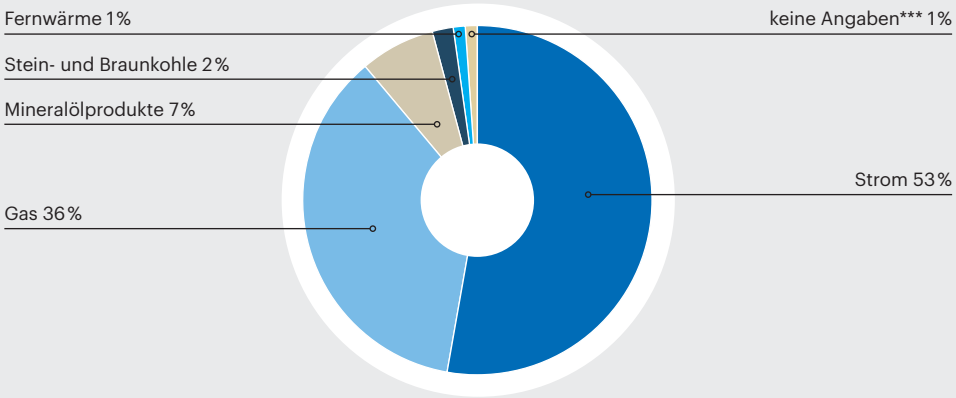


Hinweise:
Rekord-Recyclingquote 2009: In der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde ein Großteil der Primäraluminiumkapazitäten abgeschaltet.
Rückgang in den Folgejahren: Die Primäraluminiumkapazitäten wurden wieder zugeschaltet.
Rückgänge 2013, 2014: eingeschränkte Schrottverfügbarkeit;
Ausblick: Ein Kapazitätsausbau im Sekundärbereich wird die Quote wieder erhöhen.

Quellen: GDA, GDB; ab 2009 geänderte Datengrundlage

Grafik 5

NE-METALLINDUSTRIE* ENERGIEEINSATZ** NACH ENERGIEARTEN



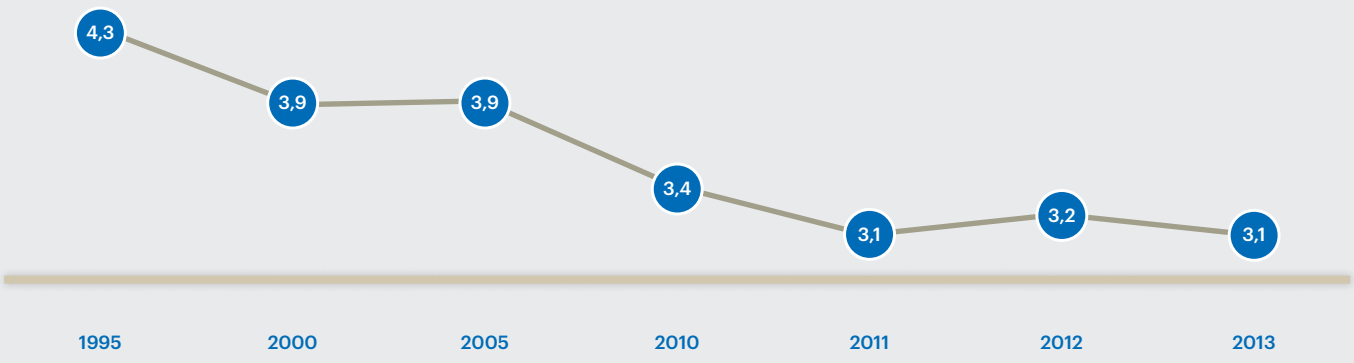
* Erzeugung und erste Bearbeitung, Guss;
** Mio. kWh 2012;
*** Statistische Geheimhaltung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Grafik 6

DIE NE-METALLINDUSTRIE* SENKT IHREN SPEZIFISCHEN ENERGIEEINSATZ.

Spezifischer Energieeinsatz in MWh/t



*Erzeugung und erste Bearbeitung, Guss;

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebung.

Tabelle 7

AUSSENHANDEL

	2013 in t	2014* in t	+/– (%)
ALUMINIUM			
EINFUHR			
Bauxit	2.410.523	2.622.914	8,8
nicht legiert	762.599	845.756	10,9
legiert	1.773.349	1.801.659	1,6
Bearbeitungsreststoffe	148.101	178.605	20,6
Schrott	412.594	450.880	9,3
Halbzeug	1.256.791	1.347.100	7,2
AUSFUHR			
nicht legiert	40.817	26.553	–34,9
legiert	383.595	378.319	–1,4
Bearbeitungsreststoffe	228.513	281.815	23,3
Schrott	706.826	753.258	6,6
Halbzeug	1.532.749	1.591.653	3,8
KUPFER			
EINFUHR			
Kupfererze u. -konzentrate	1.013.433	1.185.757	17,0
zum Raffinieren	113.412	49.089	–56,7
raffiniert	699.969	663.615	–5,2
legiert	39.390	36.435	–7,5
Schrott	619.097	647.721	4,6
Halbzeug	271.839	258.021	–5,1
AUSFUHR			
raffiniert	226.608	174.186	–23,1
legiert	14.466	14.215	–1,7
Schrott	518.633	526.078	1,4
Halbzeug	869.331	935.390	7,6
BLEI			
EINFUHR			
Bleierze u. -konzentrate	261.178	266.439	2,0
zum Raffinieren	49.539	39.412	–20,4
raffiniert	93.455	95.981	2,7
Schrott	28.460	26.352	–7,4
Halbzeug	3.089	2.754	–10,8
AUSFUHR			
zum Raffinieren	31.180	31.191	0,0
raffiniert	114.560	147.258	28,5
Schrott	12.896	16.117	25,0
Halbzeug	21.098	18.360	–13,0

*vorläufige Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen.

Tabelle 8

AUSSENHANDEL

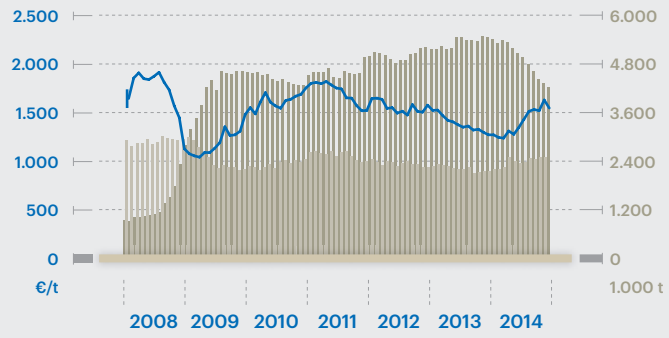
	2013 in t	2014* in t	+/– (%)
ZINK			
EINFUHR			
Zinkerze u. -konzentrate	292.042	356.777	22,2
Fein- und Feinstzink	311.678	321.708	3,2
Hüttenzink	59.890	53.695	–10,3
legiert	66.723	74.320	11,4
Schrott	20.424	23.126	13,2
Halbzeug	62.138	60.286	–3,0
AUSFUHR			
Fein- und Feinstzink	20.923	33.133	58,4
Hüttenzink	34.159	35.583	4,2
legiert	27.976	24.325	–13,1
Schrott	52.770	52.904	0,3
NICKEL			
EINFUHR			
nicht legiert	66.887	60.358	–9,8
legiert	7.910	10.885	37,6
Schrott	9.898	11.318	14,3
Halbzeug	13.290	11.596	–12,7
AUSFUHR			
Halbzeug	28.552	28.046	–1,8
ZINN			
EINFUHR			
nicht legiert	19.443	20.547	5,7
legiert	291	162	–44,3
Schrott	883	534	–39,5
Halbzeug	843	998	18,4
AUSFUHR			
Halbzeug	1.625	1.745	7,4
MAGNESIUM			
EINFUHR			
in Rohform	34.626	37.997	9,7
Schrott	3.792	2.842	–25,1

*vorläufige Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnungen.

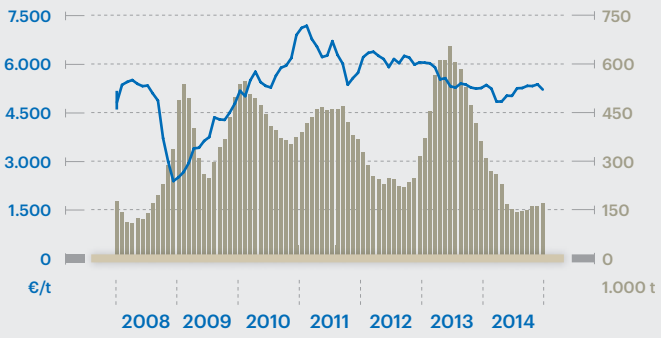
Grafik 9

BÖRSENPREISE: ALUMINIUM



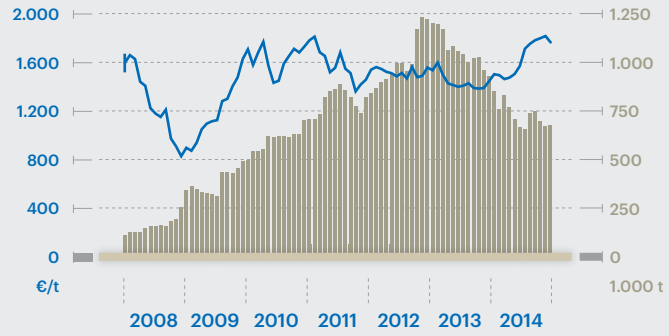
Grafik 10

BÖRSENPREISE: KUPFER



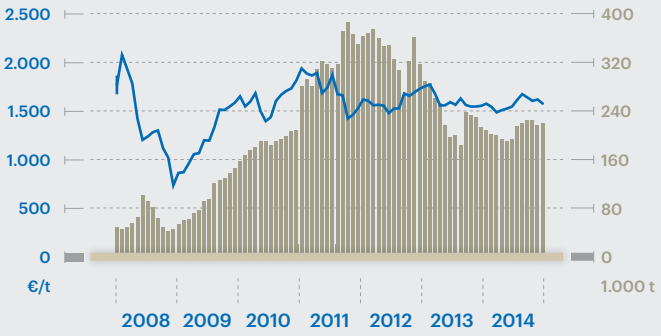
Grafik 11

BÖRSENPREISE: ZINK



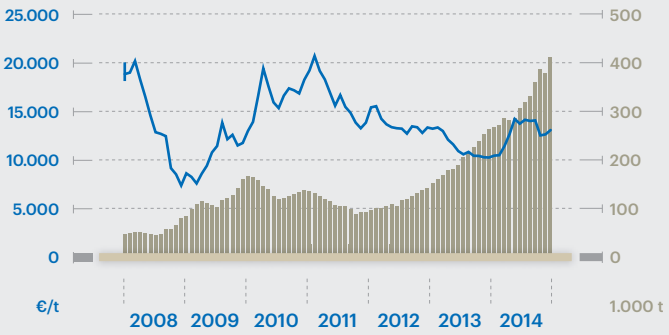
Grafik 12

BÖRSENPREISE: BLEI



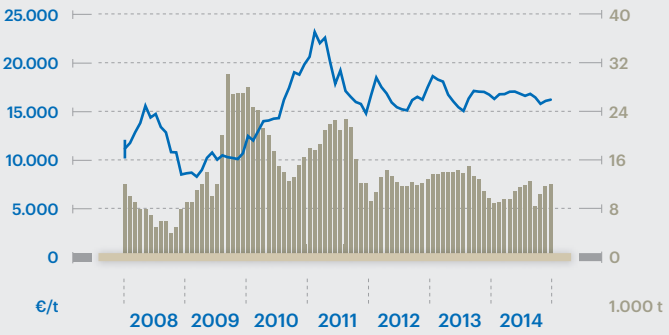
Grafik 13

BÖRSENPREISE: NICKEL



Grafik 14

BÖRSENPREISE: ZINN

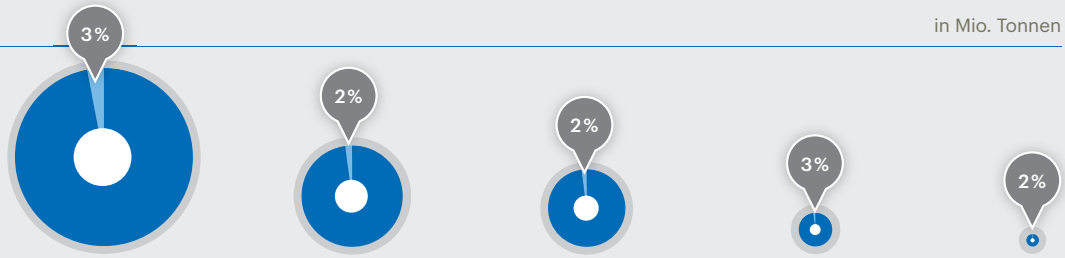


LME-Kassa Monatsdurchschnitt LME-Bestand zum Monatsende IAI-Bestand zum Monatsende Quelle: London Metal Exchange

Grafik 15

ANTEIL DER WELTPRODUKTION VERSCHIEDENER METALLE AN DEN LME-BÖRSENUMSÄTZEN IM JAHR 2014

in Mio. Tonnen



	Aluminium	Kupfer	Zink	Blei	Nickel
WELTPRODUKTION	61	23	14	11	2
HANDEL	1.746	1.021	796	327	116

vorläufig;
Quellen: raffiniertes Aluminium, World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien; raffiniertes Kupfer, International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zink- und Bleiblöcke: International Lead and Zinc Study Group, Lissabon, Portugal; raffiniertes Nickel: International Nickel Study Group, Lissabon, Portugal; London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen; Stand: März 2015.

Grafik 16

WELTPRODUKTION UND -VERWENDUNG

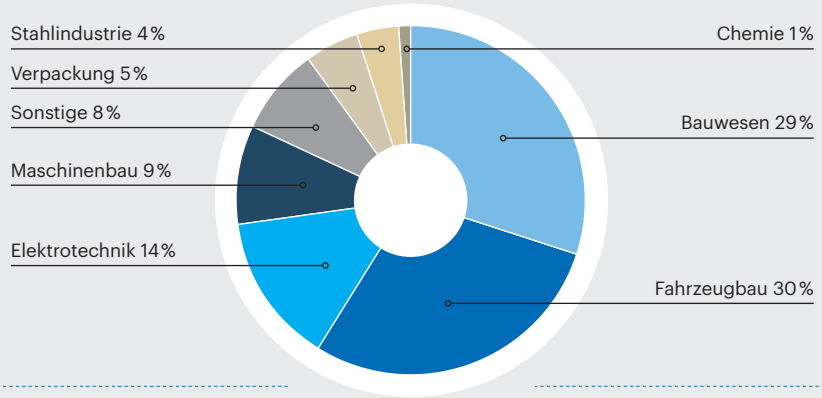
1.000 Tonnen

		Aluminium			Kupfer			Zink			Blei		
		2013	2014	+/– (%)	2013	2014	+/– (%)	2013	2014	+/– (%)	2013	2014	+/– (%)
EU 28	Produktion	4.249	4.180	–1,6	2.658	2.771	4,3	2.011	2.061	2,5	1.659	1.711	3,1
	Verwendung	6.297	6.828	8,4	3.022	3.216	6,4	2.000	2.027	1,4	1.560	1.612	3,3
USA	Produktion	5.430	5.354	–1,4	1.040	1.094	5,2	233	178	–23,6	1.264	1.148	–9,2
	Verwendung	4.632	5.250	13,3	1.826	1.798	–1,5	935	963	3,0	1.720	1.694	–1,5
CHINA	Produktion	24.050	26.385	9,7	6.667	7.640	14,6	5.100	5.827	14,3	5.000	5.070	1,4
	Verwendung	21.955	24.069	9,6	9.661	10.986	13,7	5.748	6.421	11,7	4.977	5.075	2,0
WELT	Produktion	58.845	61.088	3,8	21.084	22.561	7,0	12.873	13.513	5,0	11.122	11.274	1,4
	Verwendung	47.054	50.547	7,4	21.354	23.036	7,9	12.970	13.809	6,5	11.120	11.279	1,4

vorläufig;
Quellen: raffiniertes Aluminium: World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien; raffiniertes Kupfer: International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zink- und Bleiblöcke: International Lead and Zinc Study Group , Lissabon, Portugal; eigene Berechnungen; Stand: März 2015.

Grafik 17

VERWENDUNGSGEBIETE: NE-METALLE

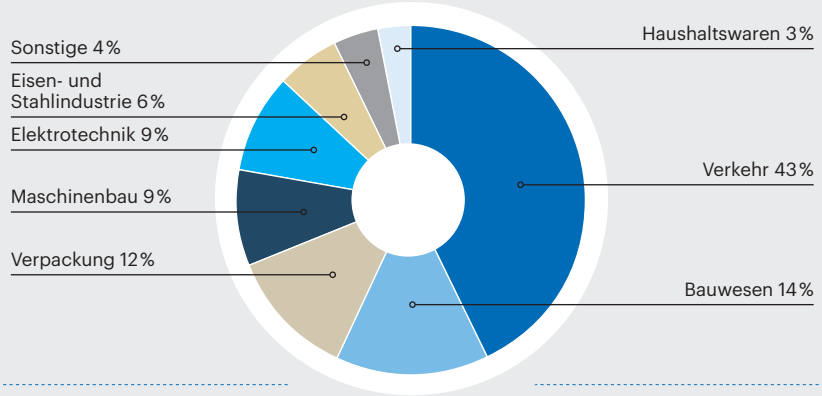


NE

Quellen: GDA, GDB, ILZSG, WBMS

Grafik 18

VERWENDUNGSGEBIETE: ALUMINIUM

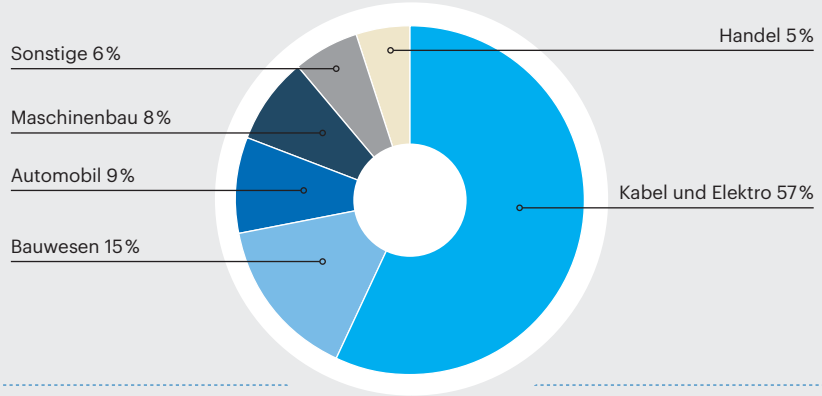


Al

Quelle: GDA

Grafik 19

VERWENDUNGSGEBIETE: KUPFER

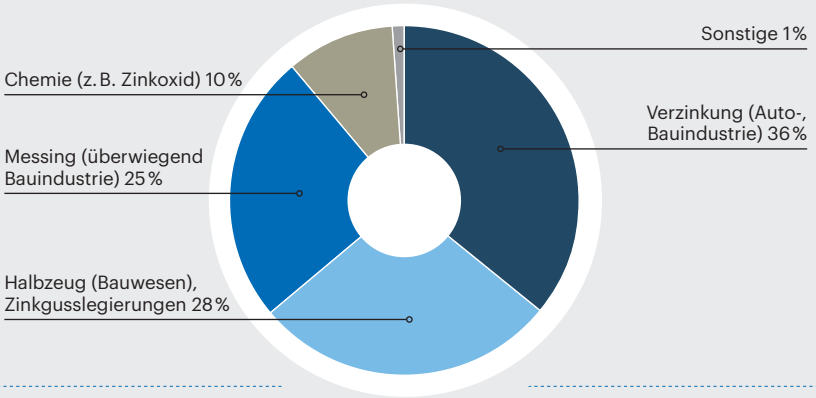


Cu

Quellen: GDB, IWCC

Grafik 20

VERWENDUNGSGEBIETE: ZINK

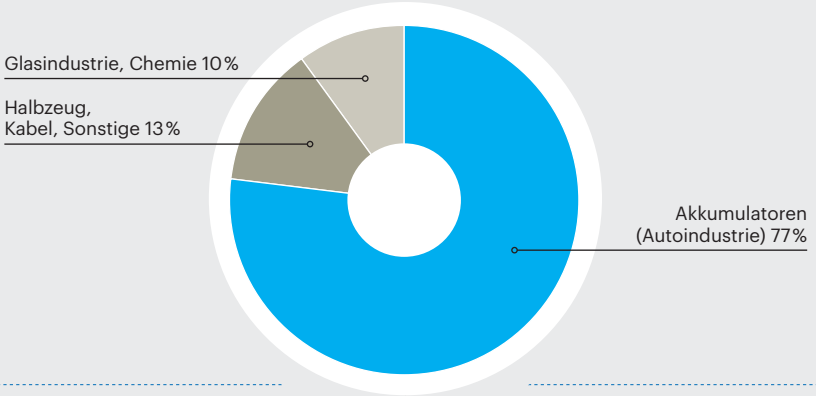


Zn

Quellen: GDB, ILZSG

Grafik 21

VERWENDUNGSGEBIETE: BLEI

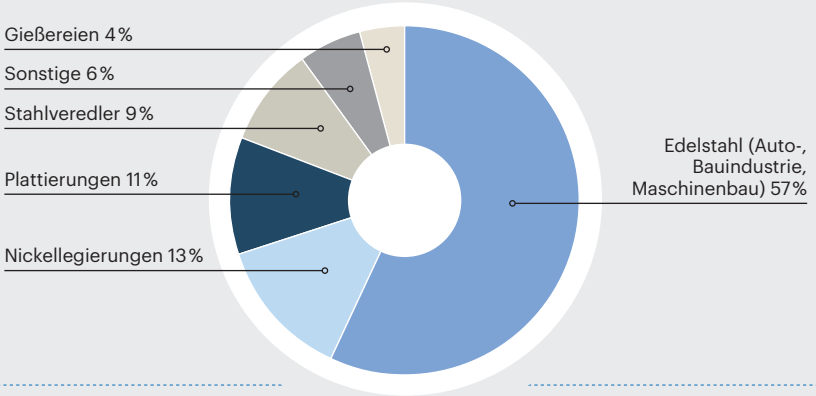


Pb

Quellen: GDB, ILZSG

Grafik 22

VERWENDUNGSGEBIETE: NICKEL



Ni

Quellen: GDB, WBMS

WIR – DAS TEAM FÜR DIE NICHTEISEN-METALLINDUSTRIE. DIE WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG METALLE.

Martin Kneer
Hauptgeschäftsführer 1998–2015

Sarah Bäumchen
Energie- und Klimapolitik

Carolin Becker
Kommunikation

Oliver Bell
Präsident

Martin Brüning
Kommunikation

Rainer Buchholz
Umwelt

Patricia Dichtl
Metalle pro Klima

Melanie Gabriel
Metalle pro Klima

Christoph Drobinski
Zentrale Dienste

Susanne Eggelmann
Assistenz Hauptgeschäftsführerin

Franziska Erdle
Hauptgeschäftsführerin

Dorit Ewert
Finanz- und Rechnungswesen

Stephanie Hemp
Assistenz

Vera Janssen
Assistenz

Rolf Kuby
Leiter Europabüro

Juliane Latzke
Assistenz

Ingeborg Linthicum
Assistenz

Dr. Michael Niese
Geschäftsführer

Sylvia Postranecky
Assistenz

Daniel Quantz
Boden, Wasser, Luft

Sebastian Schiweck
Rohstoffe, Außenhandel, Verkehr

Monika Setzermann
Steuerpolitik, Controlling

Dorothea Steiger
REACH und Stoffpolitik

Philipp Toebe
Metalle pro Klima

Dr. Martin Wieske
Arbeits- und Gesundheitsschutz

The Niles
stasis
issue 3 of
spex
Kill
Your

PRÄSIDIUM

Oliver Bell
Präsident

Prof. Dr.-Ing. Heiner Otten
Diehl Metall Stiftung & Co. KG,
Röthenbach
Vizepräsident

Heinz-Peter Schlüter
TRIMET Aluminium SE,
Essen
Vizepräsident

Rupprecht Kemper
Gebr. Kemper GmbH + Co. KG,
Olpe
Schatzmeister

Dr. Bernd Drouven
Aurubis AG,
Hamburg

Dr. Erwin Flender
Magma Gießereitechnologie GmbH,
Aachen

Ulrich Grillo
Grillo-Werke AG,
Duisburg

Harald Kroener
Wieland-Werke AG,
Ulm

Roland Leder
Aleris Rolled Products Germany GmbH,
Koblenz

Egon Mackowiak
KME Germany GmbH & Co. KG,
Osnabrück

Dr. Hinrich Mählmann
OTTO FUCHS KG,
Meinerzhagen

Stefan Neese
Seppeler Holding und Verwaltungs
GmbH & Co. KG,
Rietberg

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Franziska Erdle
Hauptgeschäftsführerin
(030) 72 62 07-115
erdle@wvmetalle.de

Dr. Michael Niese
Geschäftsführer
(030) 72 62 07-182
niese@wvmetalle.de

Dr. Matthias Simon (GDB)
Geschäftsführer
(030) 72 62 07-119
simon@GDB-online.org

Christian Wellner (GDA)
Geschäftsführer
(0211) 47 96-162
christian.wellner@aluinfo.de

ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER

Sarah Bäumchen
(030) 72 62 07-122
baeumchen@wvmetalle.de
Energie- und Klimapolitik

Carolin Becker
(030) 72 62 07-105
becker@wvmetalle.de
Kommunikation, Projektmanagement

Rainer Buchholz
(030) 72 62 07-120
buchholz@wvmetalle.de
Kreislaufwirtschaft, Abfallpolitik, Nachhaltigkeit, Produktpolitik, Initiative Zink

Martin Brüning
(030) 72 62 07-111
bruening@wvmetalle.de
Kommunikation, Projektmanagement

Patricia Dichtl
(030) 72 62 07-121
dichtl@metalleproklima.de
Unternehmensinitiative
„Metalle pro Klima“

Oliver Eisenberg
(030) 72 62 07-167
eisenberg@GDB-online.org
Konjunktur, Quartalsberichte, Betriebswirtschaftlicher Ausschuss

Rolf Kuby
+32 (2) 5 02 19 88
kuby@wvmetalle.de
Leiter Europabüro, EU-Industriepolitik, Koordination EUROMETAUX-WVM, Internationale Forschungspolitik

Dr. Michael Niese
(030) 72 62 07-182
niese@wvmetalle.de
Energie- und Klimapolitik

Daniel Quantz
(030) 72 62 07-181
quantz@wvmetalle.de
Boden, Wasser, Luft, Immissionsschutz, allgemeines Umweltrecht

Sebastian Schiweck
(030) 72 62 07-107
schiweck@wvmetalle.de
Handels-/Zoll- und Rohstoffpolitik, Verkehrspolitik

Monika Setzermann
(030) 72 62 07-177
setzermann@wvmetalle.de
Steuern, Finanzen, Controlling, Organisation

Dorothea Steiger
(030) 72 62 07-138
steiger@wvmetalle.de
EU-Stoffpolitik / REACH, Konsortialmanagement

Philipp Toebe
(030) 72 62 07-102
toebe@metalleproklima.de
Unternehmensinitiative
„Metalle pro Klima“

Dr. Martin Wieske
(030) 72 62 07-106
wieske@wvmetalle.de
Arbeits- und Gesundheitsschutz, Gefahrstoffrecht, Unfallgeschehen

WWW.WVMETALLE.DE

Das digitale Angebot der WirtschaftsVereinigung Metalle
Der Dachverband der Nichteisen-Metallindustrie informiert aktuell und umfassend aus der täglichen Arbeit. Neben Presseinformationen, Bildmaterial, Zahlen und Fakten sind vielfältige Publikationen über die Wirtschaftsbranche abrufbar. Für Mitgliedsunternehmen stehen im internen Bereich alle Rundschreiben und weiterführende Informationen der Fachbereiche zur Verfügung.

Besuchen Sie uns auch auf
www.facebook.com/wvmetalle
www.twitter.com/wvmetalle

ANSCHRIFTEN

WirtschaftsVereinigung Metalle
Wallstraße 58/59, 10179 Berlin
Telefon (030) 72 62 07-1 00, Fax (030) 72 62 07-1 98

Europabüro
Square Ambiorix 43, 1000 Brüssel, Belgien
Telefon +32 (2) 5 02 19 88, Fax +32 (2) 5 03 35 74

info@wvmetalle.de
www.wvmetalle.de

Metalle pro Klima
Wallstraße 58/59, 10179 Berlin
Telefon (030) 72 62 07-1 02, Fax (030) 72 62 07-1 98
info@metalleproklima.de
www.metalleproklima.de

MITGLIEDSCHAFTEN UND KOOPERATIONEN

Mitglied im **Bundesverband der Deutschen Industrie** *(BDI) und im Dachverband der NE-Metallindustrie Europas* **EUROMETAUX** *(EM). Kooperation im Zusammenschluss der* **Energieintensiven Industrien Deutschlands** *(EID).*

IMPRESSUM

Herausgeber:
Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin
WirtschaftsVereinigung Metalle, Berlin

Konzeption & Gestaltung:
KD1 Designagentur, Köln

Druck:
DCM, Druck Center Meckenheim

Bildnachweis:
ADAC / Christoph Michaelis (23); American Galvanizers (56); Audi AG (56); Aurubis AG (38, 51); Laurence Chaperon (2, 9, 21, 22, 29, 33, 37, 41, 45, 49, 53, 57, 59, 61, 81, 95); European Union 2014 – Source EP – Association des Architectes du CIC: Vanden Bossche sprl, CRV s. A., CDG sprl, Studiegroep D. Bontinck – Atelier de Genval – Cerau – M. Van Campenhout – Tractebel dev s.a. et ingénieurs associés (30); Volker Hartmann(61); Bernard Langerock (52); KD1 (16); Norsk Hydro ASA (8); shutterstock / amenic181 (8); shutterstock / Juanan Barros Moreno (11); shutterstock / bikeriderlondon (10); shutterstock / chbaum (52); shutterstock / Hywit Dimyadi (56); shutterstock / Ditty_about_summer (9); shutterstock / IM_photo (54); shutterstock / Jesus Keller (56); shutterstock / Mavar (6); shutterstock / melis (46); shutterstock / Monkey Business Images (13); shutterstock / Alexandru Nika (10); shutterstock / nikkytok (7); shutterstock / Christian Offenberg (26); shutterstock / Sean Pavone (6); shutterstock / Gencho Petkov (7); shutterstock / scyther5 (15); shutterstock / Stone36 (12); shutterstock / Jiri Vaclavek (43); shutterstock / vichie81 (5); shutterstock / Zemfira (34); shutterstock / zhangyang13576997233 (8); Tobias Wüstefeld (Umschlag)

WVM

WirtschaftsVereinigung Metalle

Die Nichteisen(NE)-Metallindustrie erzeugt und bearbeitet als Schlüsselindustrie Werkstoffe, die Lösungen für die Herausforderungen der Gesellschaft ermöglichen.

Lesen Sie den Geschäftsbericht und weitere Informationen online oder unterwegs.

Die Online-Version finden Sie unter
www.wir-die-nichteisen-metallindustrie.de

Die App-Version finden Sie in den entsprechenden Online-Stores.

Erhältlich im App Store

ANDROID APP BEI Google play